

# LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

# 3

2016

**EINSTÜRZENDE ÜBERBAUTEN** ARLIE RUSSEL HOCHSCHILD | MARCO REVELLI | JODI DEAN | FELIX SYROVATKA | CHRISTINE BUCHHOLZ | MORITZ WARNKE | KATALIN GENNBURG | MARIO CANDEIAS | HILARY WAINWRIGHT | VOLKER HINCK | HENRIK LEBUHN U.A.





# EINSTÜRZENDE ÜBERBAUTEN

»Alles deutete auf seinen Willen hin, reinen Tisch zu machen mit dieser ›Gesellschaft der Vermittlung‹, mit all ihren Institutionen, die zwischen Volk und Staat vermittelten, mit den geronnenen Formen einer repräsentativen Demokratie, zuvorderst dem Parlament, aber auch mit all den anderen Organen der Interessenvertretung, den Gewerkschaften, Berufsverbänden, der Handelskammer, bis hin zum Arbeitgeberverband – sie alle wollte er als zu korporatistisch hinwegfegen.«  
(Marco Revelli über das ›Modell Renzi‹, den Regierungspopulismus des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten)

»Mike war, als hätte man ihm am Eingangstor zur Mittelklasse ins Gesicht geschlagen. Seiner Wahrnehmung nach arbeiteten die Demokraten immer noch daran, den Staat zu einem Instrument seiner Verdrängung umzubauen, während linksliberale Medienleute ihn als ignoranten, zurückgebliebenen ›Redneck‹ darstellten. In kultureller wie demografischer und wirtschaftlicher Hinsicht und nun auch im Bezug auf Umweltschutz fühlte er sich im eigenen Land zunehmend fremd.«  
(Hochschild über Trump-Wähler im Mississippi-Delta)

## TIEFE RISSE

Warum die Sozialdemokratie die Grenze eines linken Projekts markiert

Von Mario Candeias

## ZARTE PFLÄNZCHEN

Wie die Linke wieder in die Nachbarschaften kommt

Mit Katalin Gennburg &

Moritz Warnke

## OFFENES TERRAIN

Wie die Trump'sche Wahrheitspolitik die Sehnsüchte von vielen stillt

Von Jodi Dean

## SCHWERPUNKT: EINSTÜRZENDE ÜBERBAUTEN

### 8 BILDSTRECKE:

#### My Home is The Delta

Von China Hopson und  
Jonas Kakó

### 12 Ausgehöhlt

Was ein Erdsturz in  
Louisiana mit Donald Trump  
zu tun hat

Von Arlie Russel Hochschild

### Tiefe Risse

#### 22 Die alte Tante

Warum die Sozialdemokra-  
tie die Grenze eines linken  
Projekts markiert  
Von Mario Candeias

#### 30 Rückkehr nach Reims?

Warum sich Frankreichs  
Sozialisten in die Bedeu-  
tungslosigkeit regieren  
Von Felix Syrovatka

#### 38 Autoritär gewendet

Wie ein Abbau der Demo-  
kratie als hippes Modernisie-  
rungsprojekt verkauft wurde  
Von Marco Revelli

#### 44 Drei Populismen und kein ›Volk‹

Warum Beppe Grillo nun  
das Spiel macht  
Von Beppe Caccia



## EINSTÜRZENDE ÜBERBAUTEN

### 50 Implosion

Warum sich die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) selbst zerstört

Von *Juan Andrade*

### 56 Ohne Grundlage

Warum einem Erfolg der Sozialdemokratie die Voraussetzungen fehlen oder: Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Von *Ingo Schmidt*

### LUXEMBURG ONLINE:

Von Corbyn lernen...

Von *Paul Mason*

### LUXEMBURG ONLINE:

Zwischen Aufbruch und Alternativlosigkeit – Die österreichische Sozialdemokratie am Scheideweg

Von *Hannah Lichtenberger*

Brexit, Trump und zweistellige Ergebnisse für die AfD markieren 2016 die tiefe Krise der Demokratie. Rechtspopulistische Forderungen nach »Souveränität« und »Bürgerbeteiligung«, die Kritiken an »Politiker-Filz« und »EU-Bürokratie« verfangen so massenhaft, weil sie ›Wahres‹ treffen: Der autoritäre Neoliberalismus hat die politischen Institutionen ausgehöhlt und Verfahren demokratischer Teilhabe auf Scheinpartizipation verengt. Politik gilt als Geschäft von Expert\*innen – auch weil die Interessen großer Teile der Bevölkerung tatsächlich nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die Apparate sind so sehr von verkrusteten Strukturen, Machtspielen und Ämtergeschacher geprägt, dass die Akteure selbst den Überblick verlieren, zwischen Strategie, Taktik und schierem Machterhalt kaum noch unterscheiden können. Zuweilen reicht es nicht einmal zu Letzterem, wie derzeit sozialdemokratische Parteien in ganz Europa vorführen. Die Geschwindigkeit, mit der eine politische Kraft, die lange zentraler Integrationsmechanismus eines befriedeten Kapitalismus war, zerfällt, ist beängstigend. Aber nicht nur sie: Die EU-Institutionen sind reformunfähig, politische Alternativen blockiert, vielfach bildet sich gar kein »Block an der Macht«, geht es eher darum, dass sich konkurrierende Eliten gegenseitig in Schach halten. Wir erleben eine Zeit EINSTÜRZENDER ÜBERBAUTEN.

In dieses Vakuum stoßen rechte Bewegungen und Parteien. Wie kann es sein, dass sie den Widerspruch zum Status quo derzeit am überzeugendsten artikulieren? Dass sie keinen echten Ausweg weisen, wissen viele – und doch: Solange die Linke keine echte Alternative präsentiert, für die es sich gemeinsam zu kämpfen lohnt, bleibt imaginierte Selbstermächtigung durch die Identifikation mit ›Anpackern‹ von Trump bis Renzi, bleibt ein ›Populismus von oben‹ das beste Spiel. *LuXemburg* 3/2016 fragt nach den Ursachen dieser Krise der Repräsentation und nach zarten Pflänzchen der Erneuerung. Wie können linke Handlungsoptionen aussehen – auch hinsichtlich der heiklen Frage von Regierungsbeteiligungen? Was können wir von denen lernen, wo eine Erneuerung der Sozialdemokratie partiell gelingt – wie in den USA und im UK? Aber auch: Wie müssen wir unsere Praxen grundlegend verändern, um überhaupt die Basis zu schaffen für einen Politikwechsel?

## Zarte Pflänzchen

### 66 **Ihr repräsentiert uns nicht**

Warum wir uns die  
Demokratie(kritik) zurück-  
holen müssen

Von *Alex Demirović*

### 76 **KONTROVERS:**

Was tun gegen Rechts? Das  
Bündnis »Aufstehen gegen  
Rassismus«

*Hanno Bruchmann vs.  
Christine Buchholz*

### LUXEMBURG ONLINE:

Vom wahren Kern der AfD

Von *Ingar Solty*

### 86 **Abstiegsgesellschaft oder Ausweitung der Kampfbzonen?**

Warum die soziologische  
Diagnose einen politischen  
Unterschied macht

Von *Thomas Goes*

### LUXEMBURG ONLINE:

Sicherheit von Links?

Von *Melanie Braselle*

### 92 **Mission possible?**

Warum es kompliziert  
ist, ohne gesellschaftliche  
Mehrheit zu regieren

Von *Volker Hinck*

### 98 **INTERVIEW:**

Die Platte gewinnen!

Wie die Linke wieder in die  
Nachbarschaften kommt

Mit *Katalin Gennburg und  
Moritz Warnke*

### LUXEMBURG ONLINE:

Rückkehr der Hoffnung.

Für eine linke Doppel-  
strategie

Von *Micha Brie und  
Mario Candeias*

### LUXEMBURG ONLINE:

Debatte zu Rot-Rot-Grün  
in Berlin

### 104 **Wie ich feministische Sozialistin wurde**

Von *Hilary Wainwright*



## Offenes Terrain

6 ROSA-LUX KOMPAKT

110 DER NAME DER ZEIT I:

Trumpiness

Von Tadzio Müller

112 DER NAME DER ZEIT II:

Donald Trumps Wahrheitspolitik des Geldes

Von Jodi Dean

114 »Ich bin New York«

Von Henrik Lebuhn

LUXEMBURG ONLINE:

US-WAHL

»Wir brauchen einen Block von Progressiven«

Interview mit Bernie Sanders

Let's #feeltheBern in Germany

Von Moritz Warnke

Der US-amerikanische Brexit-Moment

Von Ingar Solty

LUXEMBURG ONLINE:

Klasse, Scham und die

Linken – Debatte zu Eribons

Rückkehr nach Reims

124 IMPRESSUM

# WER



# WEISS



62 WER WEISS WAS?

100 Jahre Peter Weiss

Stafettenlesung in Rostock

# WAS



# ROSA-LUX KOMPAKT

## WAS WAR?

### **UNDERSTANDING CLASS LUXEMBURG-LECTURE MIT ERIK OLIN WRIGHT 12. OKTOBER 2016 IN BERLIN**

Wie lässt sich Klasse im heutigen Kapitalismus denken? Erik Olin Wright, linker Soziologe, unternimmt den Versuch, die divergierenden marxistischen, Weberianischen und Durkheim'schen Klassenkonzepte einer vergleichenden Analyse zu unterziehen. Allen Ansätzen ist gemein, dass sie zentrale Konfliktlinien im ökonomischen System identifizieren, die Menschen mit gemeinsamen ökonomischen Interessen in Konflikt mit anderen bringen. Sie unterscheiden sich jedoch Wright zufolge in der Frage, wie solche Gemeinsamkeiten und Interessenkonflikte entstehen.

Dokumentation  
[www.rosalux.de/event/56728/](http://www.rosalux.de/event/56728/)

### **KLASSE, SCHAM UND DIE LINKEN LUXEMBURG-LECTURE MIT DIDIER ERIBON NOVEMBER 2016 IN BERLIN**

Kaum ein Buch hat 2016 so viel Aufmerksamkeit erregt wie Didier Eribons »Rückkehr nach Reims«. Angesichts der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern Europas trifft es den Nerv der Zeit: Warum wählen so viele »Abgehängte«, oft ehemals linke Stammwähler\*innen, die Rechten? Eribons These ist schmerzlich: Die Linke habe sich abgewendet von der Klassenfrage und von den Arbeiter\*innen selbst – damit habe sie den Aufstieg der Rechten möglich gemacht. In seinem Vortrag in der Rosa-Luxemburg-Stiftung erklärte er vor fast 700 Leuten, warum ein »Linker Populismus« auf keinen Fall die Antwort auf diese Probleme sein kann. Jedes Kollektivsubjekt links-populistischer Anrufungen laufe Gefahr, eine ähnliche Homogenisierung vorzunehmen – und damit zwangsläufig Ausschlüsse zu produzieren. Mit Eribon diskutierte Christina Kaindl, Leiterin der Strategieabteilung der Partei die LINKE.

Infos  
[www.rosalux.de/documentation/57001](http://www.rosalux.de/documentation/57001)

## WAS KOMMT?

### **RENTE MIT ZUKUNFT? FACHTAGUNG ZU GERECHTER ALTERSSICHERUNG 13. JANUAR 2017 IN KÖLN**

Angst vor Altersarmut und Sorge um den Lebensstandard treiben viele Menschen um. Nach einem Jahrzehnt neoliberaler Rentenreformen ist das Leistungsniveau weiter im Sinkflug. Für eine Absicherung im Alter sollen die Einzelnen privat vorsorgen – doch die Rechnung geht in Zeiten unsicherer Finanzmärkte und prekärer Beschäftigung nicht auf. Besonders betroffen sind Geringverdiener\*innen, Teilzeitschäftigte, Alleinerziehende und Erwerbslose – häufig Frauen und Migrant\*innen.

Die Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des DGB Köln-Bonn fragt: Was muss sich ändern in Rente und Arbeitsmarkt, um Ungleichheit zu überwinden? Wie sieht eine solidarische und gerechte Alterssicherung für alle aus?

Programm und Anmeldung  
[www.rosalux.de/rententagung/](http://www.rosalux.de/rententagung/)

### **»GENUG FÜR ALLE« KONFERENZ ZUM SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAU 27. UND 28. JANUAR 2017 IN ESSEN**

Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen: Große Ziele, große Aufgaben. Für einzelne Bewegungen zu groß. Für einzelne Parteien unerreichbar. Deshalb stellt sich die Frage: Wie kommt zusammen, was zusammengehört? Welchen ökologischen Geist brauchen Verteilungskämpfe? Was tun Umweltbewegungen gegen Armut im Hier und Jetzt? Was hat Geschlechtergerechtigkeit mit dem Schutz der Umwelt zu tun? Welche Leitideen und Projekte braucht ein Plan B? Erfolgreiche Kampagnen wie Volksentscheide für Stromnetze und Wasserversorgung in öffentlicher Hand haben gezeigt: Der Veränderungswille kommt vor allem dann in Bewegung, wenn sich die Abwehr des Falschen mit Visionen der Gerechtigkeit verbündet.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert die Konferenz in Essen gemeinsam mit der Fraktion der LINKEN.

Infos  
[www.sozial-oeko-logisch.de](http://www.sozial-oeko-logisch.de)



## **WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE NEU DENKEN VON PRODUKTION BIS GESUNDHEIT 18. FEBRUAR 2017 IN BERLIN**

Die Demokratisierung der Wirtschaft war schon immer ein zentrales Thema der Linken: Was kann von ökonomischer Demokratie erwartet werden? Welche Formen sollte sie annehmen und wie lässt sie sich durchsetzen? In Genossenschaften, Kooperativen oder öffentlichen Unternehmen wird mit solidarischer Ökonomie und unternehmerischer Mitbestimmung experimentiert. Die Konferenz fragt, wie kapitalistische Entscheidungsmacht verändert und Demokratie auch in der materiellen Produktion des Lebens zur Geltung gebracht werden kann. Wie lassen sich demokratische Entscheidungsprozesse auch auf den Dienstleistungsbereich, auf Innovationsprozesse und Industriepolitik ausdehnen? Und wie steht es um eine Neugliederung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung?

Infos

[www.rosalux.de/event/57205](http://www.rosalux.de/event/57205)

## **MIT WEM?**

### **ICH, DANIEL BLAKE PREVIEW DES NEUEN SPIELFILMS VON KEN LOACH NOVEMBER 2016 IN BERLIN**

Wieder einmal ist dem britischen Filmemacher Ken Loach großes sozialkritisches Kino gelungen. »Ich, Daniel Blake« erzählt die Geschichte eines Arbeiters, dem im britischen Workfare-Staat trotz Arbeitsunfähigkeit die Sozialhilfe verwehrt wird und der daraufhin beginnt, um sein Recht zu kämpfen. Loach und sein Drehbuchautor Paul Laverty führten zahlreiche Interviews, sowohl mit »Klienten« wie auch mit »Fallmanager\*innen« der britischen Jobcenter. In Großbritannien hat der Film eine Debatte über die scharfe Austeritätspolitik ausgelöst. Auf dem diesjährigen Filmfestival in Cannes erhielt er die Goldenen Palme.

Im November veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem British Council eine Preview in Anwesenheit des Regisseurs. Mittlerweile ist der Film auch in den deutschen Kinos zu sehen.

Infos

[www.idanielblake.co.uk/home](http://www.idanielblake.co.uk/home)

## **WER SCHREIBT?**

### **DIE EU ZWISCHEN ZERFALL, AUTORITARISMUS UND DEMOKRATISCHER ERNEUERUNG**

Die Europäische Union ist seit einigen Jahren enormen Verwerfungen ausgesetzt: Banken- und Wirtschaftskrise, Eurokrise, Grexit und Brexit, autoritäre Maßnahmen zur austeritätspolitischen Ausrichtung und der Zusammenbruch der Dublin- und Schengen-Regelungen stellen die EU vor eine Zerreißprobe. Nationalistische und etatistische Regierungen, autoritär-populistische Parteien und die Regierungsmethode des Ausnahmezustands bedrohen die Demokratie. Vonseiten der Linken gibt es neben viel EU-Skepsis zahlreiche Initiativen, die eine Demokratisierung von unten anstoßen wollen. Die Beiträge des von Mario Candeias und Alex Demirović herausgegebenen Bandes »Europe - what's left?« analysieren die Krisendynamiken und loten Möglichkeiten linken Handelns aus. Erscheinen wird das Buch im März 2017.

Infos

[www.dampfboot-verlag.de/shop/artikel/europe-what-s-left](http://www.dampfboot-verlag.de/shop/artikel/europe-what-s-left)

### **KONZERNATLAS DATEN UND FAKTEN ÜBER AGRAR- UND LEBENSMITTELINDUSTRIE 2017**

Die Übernahme von Monsanto durch Bayer oder die Aufteilung der Filialen von Kaisers/Tengelmann zwischen Rewe und Edeka sind nur die Spitze des Eisbergs: Auf fast allen Ebenen der Produktion und Verarbeitung finden Konzentrationsprozesse mit enormer Dynamik statt. Technologische Innovationen wälzen unterschiedliche Bereiche wie Zucht oder Logistik im Lebensmitteleinzelhandel um. Neue Konzernholdings aus Schwellenländern verschieben die Machtverhältnisse in der Agrarproduktion. Finanzfonds investieren auf allen Stufen des Ernährungssystems – mit weitreichenden Folgen für Mensch und Natur. Der »Konzernatlas«, den die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit *Le Monde Diplomatique*, der Heinrich-Böll-Stiftung und dem BUND, Oxfam und Germanwatch herausgibt, beleuchtet diese komplexen Zusammenhänge mit anschaulichen Grafiken und Textbeiträgen.

Download (ab Mitte Januar 2017)

[www.rosalux.de/konzernatlas](http://www.rosalux.de/konzernatlas)



# MY HOME IS THE DELTA

CHINA HOPSON UND JONAS KAKÓ



Das Jahr 2016 stand im Zeichen der Präsidentschaftswahlen in den USA. Skandalgetrieben und von einer Welle rassistischer Gewalt begleitet standen die unbeliebtesten Kandidat\*innen aller Zeiten zur Wahl. Nun ist es entschieden und was viele für unvorstellbar hielten, wurde wahr: Trump siegt über Clinton – Rechtspopulismus schlägt Establishment. Was hat die Leute zu dieser Entscheidung bewegt?

Die Fotojournalist\*innen China Hopson und Jonas Kakó waren in den Wochen vor der Wahl in einer der ärmsten Regionen der USA unterwegs. Entlang des Mississippi, von den Sümpfen Louisianas bis nach Memphis sprachen sie mit Studierenden, Migrant\*innen, Angestellten und Rentner\*innen und baten sie um Statements zu ihrer Wahlentscheidung. Entstanden sind Porträts, die Erwartungen und Befürchtungen der Einzelnen ebenso zeigen wie kollektive Desillusionierung und Frust über die herrschende Politik und die alltägliche Misere.

[www.china-hopson.com](http://www.china-hopson.com); [www.jonaskako.de](http://www.jonaskako.de)



TIMLA, BEAMTIN, GREENVILLE, MISSISSIPPI: »Ich bin der Meinung, dass die Wahlen sehr wichtig für die Menschen im Delta sind. Und ich glaube, dass die Probleme im Delta die Republikaner nicht interessieren. Wir müssen das Vermächtnis des amtierenden Präsidenten im Interesse der Mehrheit fortführen. Zum Beispiel brauchen wir bessere Bildung für die junge Generation, bessere Ernährung, Jobs, bezahlbaren Wohnraum, und Medicare darf nicht gestoppt werden.«



DANIEL, BAYOU GAUCHE, LOUISIANA: »Mit 18 bin ich von der High School geflogen und habe seitdem gearbeitet. Hier draußen interessieren sich nicht viele für Politik. Ich bin enttäuscht von der Politik seit 30 Jahren. Ich glaube, nach Reagan ging alles den Bach herunter. Mit 18 habe ich das erste und letzte Mal gewählt. Wenn ich wählen würde, würde ich höchstwahrscheinlich für eine der dritten Parteien stimmen. Ich würde weder Hillary noch Trump wählen. Dieser eine Typ, sein Name fällt mir gerade nicht ein, möchte Gras legalisieren und viel Geld ins System stecken. Das wäre eine gute Sache.«

# AUSGEHÖHLT

## DIE TEA PARTY, EIN ERDSTURZ IN LOUISIANA UND DIE ABGRÜNDE AMERIKANISCHER POLITIK

---

**ARLIE RUSSELL HOCHSCHILD**

Manchmal muss man einen langen Weg zurücklegen, um auf Wahrheiten zu stoßen, die im Grunde sehr nahe liegen. In den letzten fünf Jahren habe ich genau dies getan: Ich verließ meine vorzeigelibérale Heimatstadt Berkeley in Kalifornien und begab mich auf eine Reise zu den Bayous, in das Louisiana der Tea Party, wo ich ein anderes Amerika entdeckte. Von dieser Reise bringe ich ein Gleichnis aus dem wahren Leben mit. Es handelt von einem Mann, der viele der Widersprüche unserer Trump'schen Welt in sich vereint.

Mike Schaff hätte eigentlich nicht mehr in Bayou Corne sein dürfen, einer kleinen Siedlung von Häusern entlang eines Kanals, der direkt in einen prächtigen Bayou mündet, einen Fluss durch die Sumpflandschaft, über den Silberreihler, Ibis und Löffelreihler dahingleiten. Infolge der Katastrophe vom August 2012 hatte der Gouverneur von Louisiana die Evakuierung des Ortes angeordnet. Doch als ich im März 2013 hierherkam, wohnte Mike noch immer in seinem zerstörten Haus. Ich treibe eine Horde verwilderter Katzen auseinander, als ich auf der Crawfish Stew Street parke, gegenüber einem gelben Holzhaus, am Rande der Gewässer, die durch Bayou Corne fließen. Die Straße ist verlassen, der Rasen am Straßenrand steht hoch und die Äste der Satsuma- und Grapefruitbäume neigen sich unter der Last reifer Früchte. In seiner Einfahrt kommt mir Mike Schaff entgegen, ein hochgewachsener, kräftig gebauter Mann mit schütter werdendem Haar, in T-Shirt, Jeans und Turnschuhen.

»Tut mir leid wegen des Rasens«, entschuldigt er sich auf unserem Weg ins Haus. »Ich komme in letzter Zeit so selten dazu mich darum zu kümmern.« Im Wohnzimmer wie im Esszimmer stehen halbvoll gepackte Umzugskartons. Der Wohnzimmerteppich steht aufgerollt in einer Ecke und gibt den Blick frei auf einen dünnen, gezackten Spalt im Fußboden. Mike öffnet die Küchentür, die in die Garage

führt. »Hier befindet sich mein Gas-Messgerät«, erklärt er. »Diese Firma bohrte ein Loch in den Boden meiner Garage, um herauszufinden, ob sich darunter Gas befand. Und in der Tat: Der Gasgehalt ist dort 20 Prozent höher als normal. Ich stehe sogar nachts auf, um die Anzeige zu überprüfen.« Als wir uns zum Kaffee an den kleinen Esstisch setzen, bemerkt Mike: »Kommenden Montag ist es genau sieben Monate her; die letzten fünf waren wohl die längsten meines Lebens.«

### »ALKA SELTZER« IN DEN PFÜTZEN

Das erste Anzeichen, dass etwas nicht stimmte, war eine kleine Ansammlung von Bläschen auf der Oberfläche des Bayou Corne gewesen, die in der Folge an immer mehr Stellen auftauchten. War möglicherweise ein unter dem Bayou verlaufendes Gasrohr leckgeschlagen? Ein Mitarbeiter der örtlichen Gaswerke kam und führte Messungen durch, doch laut seinen Ergebnissen waren alle Rohre in Ordnung. Und doch, so erinnert sich Mike, »roch es nach Öl, und zwar sehr stark«. Später wurden er und seine Nach-

barn erneut aufgeschreckt, als die Erde plötzlich zu beben begann. »Ich lief gerade durchs Haus, als ich mich etwa zehn Sekunden lang wie bei einem Schlaganfall oder wie im Vollrausch fühlte«, erinnert sich Mike. »Ich verlor vollends mein Gleichgewicht.« Da bemerkte er den Spalt im Fußboden seines Wohnzimmers und hörte ein Geräusch wie einen Donnerschlag. Rasenflächen begannen abzusacken und sich zu neigen. Unweit von Mikes Haus brach die Erde unter dem Bayou auf und an seinem Grund wurde nun, ähnlich einer entstöpselten Badewanne, Gestrüpp, Wasser und Kiefernholz hinabgesogen.

Majestätische, jahrhundertealte Zypressen bewegten sich in Zeitlupe auf das Maul der Doline zu und verschwanden mit einem lauten Krachen in ihrem Schlund. Zwei Aufräumarbeiter hatten unweit des Einsturztrichters eine Barriere ausgelegt, um einen Bereich mit ölig schimmerndem Wasser abzutrennen. Um ihr Boot zu stabilisieren, hatten sie es an einen Baum gebunden, der nun mit dem Boot in den Trichter glitt. Die Männer konnten gerade noch gerettet werden. Während der folgenden Wochen, als das Gas begann aus der Erde auszutreten, wurde der zuvor unberührte Sumpfwald mit öligem Schlamm überzogen. »Während eines Regengusses fingen die Pfützen an zu glitzern und zu sprudeln, als ob man eine Alka-Seltzer-Tablette hineingeworfen hätte«, sagt Mike. Allmählich erreichte die gasförmige Brühe auch das Grundwasser und bedrohte die lokale Trinkwasserversorgung.

**ARLIE RUSSELL HOCHSCHILD** ist Professorin für Soziologie an der University of California in Berkeley. Sie beschäftigt sich in zahlreichen Büchern mit Geschlechterverhältnissen, emotionaler Arbeit und globalen Care-Ketten. Wir veröffentlichen hier einen Auszug aus ihrem neuesten Buch »Strangers in Their Own Land: Anger and Mourning on the American Right«, das im September 2016 erschienen ist.

Was hatte den Erdsturz ausgelöst? Der Schuldige war Texas Brine, ein kaum reguliertes Ölbohrunternehmen aus Houston. Dieses Unternehmen hatte ein 1700 Meter tiefes Loch unter Bayou Corne gebohrt, um dort stark verdichtetes Salz abzubauen und an Firmen zu verkaufen, die Chlor herstellen. Dabei traf es versehentlich eine unterirdische geologische Formation mit dem Namen Napoleon Salt Dome, einer fast 200 Kilometer breiten und 1,5 Kilometer tiefen Salzkuppel, ummantelt von einer Schicht aus Öl und Erdgas. Als die Bohrung versehentlich eine Seitenwand der Salzkuppel durchstieß, brach diese unter dem Druck des umgebenden Schiefergesteins zusammen und riss alles über ihr Liegende mit in die Tiefe.

Der Einsturztrichter wuchs weiter. Anfangs hatte er die Größe eines Grundstücks, dann von fünf Grundstücken, schließlich die Länge der Crawfish Stew Street. Bis 2016 erreichte er eine Größe von 15 Hektar. Auch der Asphalt der Hauptstraße, die durch Bayou Corne führt, senkte sich ab, ebenso wie die Deiche entlang des Bayou, dazu gedacht, die Wassermassen in Zeiten von Hochwasser im Zaum zu halten. Damit drohten die öligen Schlammmassen sich auf die angrenzenden Wiesen und in die umgebenden Wälder zu ergießen. Unterdessen suchten die fassunglosen Evakuierten in Gästezimmern von Freunden und Verwandten, in Wohnwagen und Motels Zuflucht.

»Meine Frau und ich hatten gerade geheiratet und wollten unser neues Leben beginnen, doch mit all diesen Methanemissionen ist es hier nicht mehr sicher. Also ist meine Frau zurück nach Alexandria gezogen, was ungefähr 190 Kilometer nördlich von hier liegt und von wo aus sie nun zur Arbeit pendelt. Wir sehen uns an den Wochenenden. Die Enkelkinder kommen auch nicht mehr, weil, naja, was passiert, wenn jemand ein Streichholz anzündet? Das ganze Haus könnte in die Luft fliegen. Ich bin noch hier, um es vor Einbrechern zu schützen und den anderen *stayers*, den Hiergebliebenen, Gesellschaft zu leisten«, sagt er und fügt nach einer längeren Pause hinzu: »Im Grunde will ich hier auch überhaupt nicht weg.«

### **UMWELTSCHUTZ: »MISSING IN ACTION«**

Mike fährt mit seinem Boot rückwärts in den Kanal und ich hüpfte hinein. Der Motor erwacht stotternd zum Leben und wir tuckern langsam auf den breiter werdenden Bayou hinaus. »Hier draußen kannst du Barsch, Seewolf, Amerikanischen Streifenbarsch und Weißen Sonnenbarsch rausholen«, sagt er, »oder zumindest konnten wir das mal.« Mike liebte das Wasser und das Fischen. Er konnte aus dem Stand Aussehen und Verhaltensweisen eines guten Dutzends örtlicher Fischarten beschreiben. Er fuhr raus, sooft er nur konnte. »Umwelt« war nicht bloß ein Wort für ihn; sie war seine Leidenschaft, sein Refugium, seine Lebensweise.





JAYLEN (18), WEST HELENA, ARKANSAS: »Du kannst dir nicht aussuchen, was andere Leute denken. Du musst dich für die Person entscheiden, die dir selbst am meisten bringt. Ich werde vermutlich wählen gehen. Für Clinton. Trump hat zwar auch gute Punkte, aber du musst das Negative an ihm sehen. Wie kannst du für die Wahl zum Präsidenten antreten, wenn du dir aussuchst, zu wem du gut bist und zu wem nicht? Du solltest alle Menschen gleich fair behandeln als Präsident. Wenn ich etwas ändern könnte in diesem Land: Gleichberechtigung. Und jeder, der krank ist, sollte auch Hilfe bekommen können.«



BETHANY (18), ATLANTA, GEORGIA: »Hillary manipuliert die Leute. Und Trumps ›Locker Room Talk‹ hätte nicht sein müssen. Ich glaube nicht alles, was Trump sagt, aber ich glaube, dass sein Weg der einfachere sein wird. Ihrer dagegen wird etwas schwerer werden. Beide sprachen in den Debatten vom Gleichen, nur wollen sie es anders umsetzen. Es ist schwer für jemanden wie mich, sich zu entscheiden. Ich bin politisch nicht ausreichend gebildet. Das ist meiner Meinung nach ein generelles Problem der Jugend. Uns interessiert viel mehr der Entertainment-Kram, als uns auf die wichtigen Dinge zu konzentrieren. Wir sind einfach für das, was gut klingt.«

Wie viele andere der konservativen weißen ›Cajun Catholics‹ aus seiner Nachbarschaft war Mike stets strammer Republikaner gewesen und zudem begeisterter Anhänger der Tea Party. Die Bundesregierung wollte er mehr oder weniger vollständig entkernen. In einer perfekten Welt gäbe es für ihn weder ein Innen- noch ein Bildungs- oder Gesundheitsministerium, keinen öffentlichen Dienst und keine staatliche Sozialfürsorge. Auch die Umweltschutzbehörde EPA (Environmental Protection Agency) würde er zu großen Teilen auflösen, ebenso wie er den Großteil der Bundesgelder an die einzelnen Bundesstaaten streichen würde. Die Bundesregierung steuert 44 Prozent des Staatshaushalts von Louisiana bei – was jedes Jahr einer Summe von 2 400 US-Dollar (etwa 2 140 Euro) pro Person entspricht. Diese Gelder fließen in die Hurricane-Hilfe, die Mike gutheißt, doch zum Teil auch in das Medicaid-Programm, der Gesundheitsversorgung für Bedürftige, was Mike folgendermaßen kommentiert: »Die meisten Empfänger könnten arbeiten gehen, wenn sie wirklich wollten, und, ganz ehrlich, sie wären mit Sicherheit besser dran.«

Louisiana ist ein klassischer *red state*, also ein Staat fest in republikanischer Hand (im Gegensatz zu den *blue states*, die mehrheitlich ›demokratisch‹ wählen). Im Jahr 2016 war er der ärmste Bundesstaat der USA; auch was Bildung, Gesundheit und Wohlstand seiner Einwohner\*innen angeht, lag er an letzter Stelle. Doch Wähler\*innen wie Mike Schaff haben bereits zweimal für den Gouverneur Bobby Jindal gestimmt, der sich während seiner achtjährigen Amtszeit standhaft einer Erhöhung der Medicaid-Leistungen verweigerte, die Mittel für Hochschulbildung um 44 Prozent kürzte und Entlassungen bei Umweltschutzbehörden vornahm. Seit 1976 haben die Einwohner\*innen von Louisiana bei sieben von zehn Präsidentschaftswahlen republikanisch gewählt und im Mai 2016 zogen einer Umfrage zufolge 52 Prozent von ihnen einen Präsidenten Donald Trump einer Präsidentin Hillary Clinton (36 Prozent) vor.

Mike war schon immer gegen das Konzept einer starken Bundesregierung gewesen, da in seinen Augen »die Menschen anfangen, sich auf den Staat statt aufeinander zu verlassen«. Er war als fünftes von sieben Kindern eines Klempners und einer Hausfrau in einer sehr engen Gemeinschaft auf der Zuckerrohrplantage Armelise in der Nähe von Bayou Corne aufgewachsen. »Ich lief den ganzen Sommer barfuß herum und schoss mit meinem Gewehr Krähen, deren Eingeweide ich als Fischköder benutzte.« Als Erwachsener hatte er als Kostenplaner gearbeitet, hatte Materialien vermessen und ausgepreist, die für den Bau gigantischer Ölbohrplattformen im Golf von Mexiko verwendet wurden. Die unkomplizierte Geselligkeit in Bayou Corne kam Mike entgegen. »Wir sind hier eine enge Gemeinschaft. Wir schließen nicht mal unsere Haustüren ab. Zu Hochwasserzeiten unterstützen wir uns gegenseitig beim Deichbau.« Er wünsche sich nicht lediglich die Abwesenheit des Staats; ihm gehe es

um das Gefühl des Zusammenhalts, darum, sich innerhalb einer Gruppe zu wissen. Und dies sei es, was der Staat in seinen Augen zu verdrängen versuchte: die Gemeinschaft. Warum sollte man also hohe Steuern an die Regierung zahlen und ihr dabei helfen, einem das zu nehmen, was einem am teuersten ist? Doch Mike ist ein intelligenter, akademisch gebildeter Mann, der sich für das Land und die Gewässer, die er liebt, verantwortlich fühlt. Ich überlege, ob er angesichts der mysteriösen Spalte in seinem Fußboden und des Gasmessgeräts in seiner Garage im Staat schließlich doch noch eine willkommene Unterstützung erkennen würde. Hat sein Schicksal vielleicht sogar seine Ansichten über die Präsidentschaftskandidaten verändert?

### **BLEIBEN ODER GEHEN**

Schon aus einiger Entfernung erkennen wir ein an den Stamm eines Tupelobaums genageltes Schild: »Gefahr, Zutritt verboten, hochentzündliche Gase«. Um den Baum herum steigen in konzentrischen Kreisen kleine Bläschen wie winzige Insekten aus dem Wasser empor. »Methan«, stellt Mike sachlich fest.

Mitte 2013 hatten die Behörden Bayou Corne zur Sperrzone erklärt, woraufhin die meisten der 350 Einwohner\*innen geflohen waren. Eine kleine Gruppe von *stay-ers* wie Mike wurden nun von jenen, die fortgegangen waren, für ihr Bleiben kritisiert: Sie befürchteten, das Bleiben könnte von Texas Brine als Zeichen interpretiert werden, die Lage sei »gar nicht so schlimm«, und so den Preis senken, den die Geflüchteten als Entschädigung für ihr Leiden fordern konnten. Jeder wusste, dass das Senkloch durch die Bohrungen verursacht worden war, doch die Schuldfrage blieb ungeklärt. Anfangs schob Texas Brine die Schuld auf Mutter Natur und behauptete (fälschlicherweise), dass Erdbeben in der Region völlig normal seien. Als Nächstes versuchte das Bohrunternehmen die Firma, von der es die Bohrrechte innerhalb der Salzkuppel erworben hatte, verantwortlich zu machen.

Sowohl die, die geblieben, als auch die, die fortgegangen waren, waren vor allem wütend auf »die Regierung«. Gouverneur Bobby Jindal hatte sieben Monate verstreichen lassen, ehe er die Opfer besuchte. Wie viele seiner Nachbarn hatte auch Mike Schaff Jindal gewählt. Als jemand, der sein Leben lang in der Ölindustrie gearbeitet hatte, war er auch vollends mit dessen Plan einverstanden, noch mehr Vertreter dieser Industrie in den Bundesstaat zu locken, mittels Steuererleichterungen in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar (1,44 Milliarden Euro). Drei Jahre lang konnte nicht festgestellt werden, ob die Ölfirmen seitdem überhaupt einen einzigen Cent Steuern an den Staat Louisiana gezahlt hatten. Dies lag auch daran, dass die Durchführung von Betriebsprüfungen unter Jindal dem Amt für mineralische Bodenschätze überantwortet wurde, das eng mit der Industrie verzahnt ist und zwischen 2010 und 2013 nicht eine einzige Prüfung vornahm. Die gesetzeskonforme Einhaltung von Umweltbestim-



mungen wurde durch konservative Abgeordnete auf Bundesstaatsebene nur äußerst zaghaft eingefordert. Viele von ihnen waren selbst Öl-Männer oder nahmen, wie Gouverneur Jindal, Spenden aus dem Energiesektor an. Im Jahr 2003 stufte ein Bericht des Generalinspektors der EPA Louisiana hinsichtlich der Umsetzung umweltrechtlicher Bundesbestimmungen auf dem letzten Platz in der Region ein. Louisianas Datenbank zu Einrichtungen mit toxischen Abfallstoffen war fehlerhaft. Das staatliche Department of Environmental Quality (Amt für Umweltqualität) – und man beachte hier das Fehlen des Wortes *protection*, bzw. »Schutz« – hatte keine Kenntnis darüber, wie viele derjenigen Firmen, die es inspizieren sollte, tatsächlich die Auflagen einhielten. Die Inspektoren hatten viele Unternehmen schlicht nicht untersucht, und selbst dort, wo Verstöße entdeckt wurden, wurden sie für gewöhnlich nicht geahndet.

»My Home is The Delta«,  
© China Hopson/Jonas Kakó

### **JE ›RÖTER‹ DER RED STATE, DESTO MEHR TOXISCHE ABFÄLLE**

Wie sich herausstellte, befand sich Louisiana in bester Gesellschaft. Eine Studie des Soziologen Arthur O'Connor aus dem Jahr 2012 zeigte, dass Einwohner\*innen der sogenannten *red states* höheren Graden industrieller Verschmutzung ausgesetzt sind als die der *blue states*. Und bei der Analyse von Statistiken zur Belastung mit Gift-

müll entdeckten meine Forschungsassistentin Rebecca Elliot und ich, dass Menschen, die glauben, Amerikaner »sorgen sich zu viel um die Umwelt« und die USA machten »schon genug«, mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer Gegend leben, die hohe Verschmutzungsraten aufweist. Als Mitglied der Tea Party und jemand, der in die Katastrophe der Doline von Bayou Corne verwickelt war, stellte Mikes Geschichte lediglich eine etwas zugespitzte Version einer Tragödie dar, die sich überall im Land abspielte. Ich fragte mich, wie Mike seine tiefe Liebe für Bayou Corne – und seinen Willen, diesen Ort zu schützen – mit seiner starken Abneigung gegen staatliche Regulierung in Einklang bringen würde. Mit diesem Widerspruch konfrontiert, zimmerte er sich aus verzweifelten Vorstellungen und Hoffnungen notdürftig ein neues Weltbild zusammen. Es machte ihn zu einem »Tea Party Conservationist« (»Tea-Party-Naturschützer«), wie er es nannte.

Mike schrieb Beschwerden an die Abgeordneten des Staates Louisiana und forderte sie auf, Unternehmen wie Texas Brine dazu zu zwingen, den Opfern unverzüglich Entschädigungen ausbezahlen, die Aufbewahrung toxischer Abfallstoffe in der Nähe von sensiblen Gewässern zu verbieten und eine Wiederaufnahme von Bohrungen in Lake Peigneur, wo es bereits 1980 einen dramatischen Bohrungsunfall gegeben hatte, zu untersagen. Bis August 2015 hatte er 50 solcher Briefe an Politiker\*innen auf Staats- und Bundesebene geschickt. »So kurz war ich noch nie davor, ein Ökofreak zu werden«, sagt er. »Neunundneunzig Prozent der Umweltschützer, die ich kennenlerne, sind eher links. Aber ich musste schließlich etwas tun. Dieser Bayou wird nie wieder so wie früher.«

Mike und seine Frau sind inzwischen aus ihrem zerstörten Haus nahe des Trichters in ein renovierungsbedürftiges Haus am Rande eines Kanals gezogen. Das neue Zuhause liegt in der Nähe des atemberaubenden Atchafalaya-Beckens, einem etwa 320 000 Hektar großen Wildtierschutzgebiet – dem größten Auwald und Hartholz-Sumpfbereich der USA. »Ich bin vom Regen in die Traufe gekommen. Die entsorgen Millionen von Litern an Fracking-Abfällen – oder wie es die Industrie nennt, »produziertem Wasser« –, und zwar genau hier in das Becken. Da können Methanol, Chlor, Sulfate und Radium enthalten sein. Sie importieren das Zeug sogar aus Pennsylvania und von anderen Fracking-Standorten, um es in einen Schluckbrunnen hier in der Nähe zu pumpen. Aber Salz kann die Wände solcher Brunnen zersetzen, und dann sind wir wieder gefährlich nahe an unserem Grundwasser.«

## EINE DOLINE DES STOLZES

Mike liebt die Gewässer Louisianas mehr als alles andere auf der Welt. Die Wahl Hillary Clintons hätte den Fortbestand des Clean Water Act (Wasserschutzgesetz) sowie der EPA garantiert und sichergestellt, dass sich der Staat weiterhin als Ge-

gengewicht zu den Texas Brines des Landes positioniert hätte. Doch es gab eine Sache, die für Mike mehr zählte als sauberes Wasser: Der Stolz auf seine Leute. Er hatte sich abgestrampelt, um der Welt eines fünften Sohns eines Klempners zu entkommen, hatte es als Angestellter einer Firma, die Ölbohrplattformen baute, auf ein Jahresgehalt von 70 000 Dollar (63 000 Euro) gebracht, hatte zum dritten Mal geheiratet und sich ein Eigenheim aufgebaut, das nun zerstört war. Ihm war, als hätte man ihm am Eingangstor zur Mittelklasse ins Gesicht geschlagen. Für die progressiven Bewegungen – in Solidarität mit Schwarzen, Frauen, sexuellen Minderheiten, Migrant\*innen, Geflüchteten – war der Staat aus seiner Sicht seit den 1960er Jahren ein großer Selbstbedienungsladen. Und das zu einer Zeit, in der auch weiße Angestellte und Arbeiter\*innen jene Härten des Arbeitsmarktes und der Ökonomie zu spüren bekamen, die zuvor vor allem Schwarze erfuhren. Seiner Wahrnehmung nach arbeiteten die Demokraten immer noch daran, den Staat zu einem Instrument umzubauen, das auf Mikes Verdrängung zielte, während links-liberale Medienleute ihn als ignoranten, zurückgebliebenen »Redneck« darstellten. In kultureller, demografischer, wirtschaftlicher Hinsicht und nun auch im Bezug auf Umweltschutz fühlte er sich im eigenen Land zunehmend fremd.

Es war ihm herzlich egal, dass Donald Trump den von ihm so herbeigesehnten Abbau des Staates gar nicht umsetzen würde, ebenso dass er die Anti-Abtreibungs- und Anti-Homoehe-Positionen, die ihm selbst so viel bedeuteten, nur halbherzig vertrat, oder dass er noch nicht ein Wort über das Thema der Staatsverschuldung verloren hatte. Nichts davon spielte eine Rolle, da Trump, so glaubte er, vor allen Dingen diese Ausgrenzungsmaschine abstellen und die Ehre von Leuten wie ihm – und auch seine ganz persönliche Ehre – wiederherstellen würde. Mike wusste, dass die Linken den Umweltschutz wesentlich ernster nahmen als die Republikaner, die Tea-Party-Anhänger oder Donald Trump. Und doch war er wie viele seiner älteren weißen Nachbarn ein überzeugter Trump-Wähler. Es war ein Zeichen dafür, wie sehr sein Stolz verletzt worden war und spiegelte das Ausmaß seiner Verbitterung über diese Verletzung wider (vgl. Müller in diesem Heft). Was würde Trump tun, damit sich ein solches Unglück wie in Bayou Corne, mit seinem methangetränkten Schlamm, den verlorenen Wäldern und dem toten Fisch, nicht wiederholt? Auch wenn er uns in Bezug auf viele seiner Vorhaben bisher im Unklaren gelassen hat, eines dürfte sicher sein: Die Umweltschutzbehörde EPA wird er wohl abschaffen.

*Dieser Essay erschien zuerst bei TomDispatch.com. Für die LuXemburg wurde er leicht gekürzt und bearbeitet.*

*Aus dem Amerikanischen von Jan-Peter Herrmann*

# DIE ALTE TANTE

## ZUR ERNEUERUNGS(UN)FÄHIGKEIT DER SOZIALDEMOKRATIE

**MARIO CANDEIAS**

Müssen wir wieder von vorn anfangen? Ausgehend von den Impulsen der Arabellion (vgl. *LuXemburg* 2/2011) hatte 2011 mit den Platzbesetzungen ein Bewegungszyklus begonnen, der in der Krise eine neue Hoffnung auf Veränderung in die Welt brachte. Am deutlichsten wurde dies in den Demokratiebewegungen der Empörten des 15M in Spanien, auf dem Syntagma-Platz in Griechenland und bei Occupy Wall Street in den USA. Ist dieser Bewegungszyklus an sein Ende gekommen? Ich denke, nein. Es gibt keinen linearen Aufstieg solcher politischer Bewegungen, die Entwicklung erfolgt über Brüche, ist geprägt von Rückschlägen, Niederlagen, Reorganisation und Neuanfang. Bestimmte Strategien erschöpfen sich, dann muss ein anderer Weg, müssen neue Organisationsformen gesucht werden. Das war nach der Räumung der Plätze so, ebenso nach der Niederlage in Griechenland. Wichtig ist, aus dem Bisherigen zu lernen, eine Kontinuität der strategischen Debatte zu gewährleisten. Sonst wird



Vielversprechendes abgebrochen, wenn die ersten Probleme auftauchen, und das Rad neu erfunden.

Momentan zeigt sich, dass elektorale Prozesse – nicht nur die Wahlen selbst, sondern auch die vorhandenen Potenziale einer organisierenden Wahlkampagne – immer wieder überschätzt werden. Ihre Wirkung bleibt aber gering, solange sie nicht mit langfristiger und mühseliger Organisationsarbeit in den Nachbarschaften verbunden sind. Erst wenn sich Organisation den Alltagsproblemen zuwendet und über eine Präsenz im Alltag Glaubwürdigkeit erzeugt, kann sie Räume öffnen, in denen die Einzelnen selbst etwas tun können, die aber auch für diejenigen attraktiv wirken, die nicht politisch aktiv sein können oder wollen. In der einseitigen Konzentration auf Wahlen und Wahlprozesse treffen sich traditionelle Parlamentsorientierung und ein rein diskursiv konstruierter Populismus: Die punktuelle, aber konzentrierte Mobilisierung kann durchaus Erfolge zeitigen, sie ist aber immer prekär, wenn sie nicht mit einer Verankerung und nachhaltigen politischen Organisation verbunden wird. Bei den nächsten Wahlen oder einer neuen, wirkungsvolleren populistischen Anrufung – »raus aus der EU«, »gegen die da oben«, »gegen Flüchtlinge und Arbeitsmigrant\*innen« – zieht die Wähler\*in weiter.

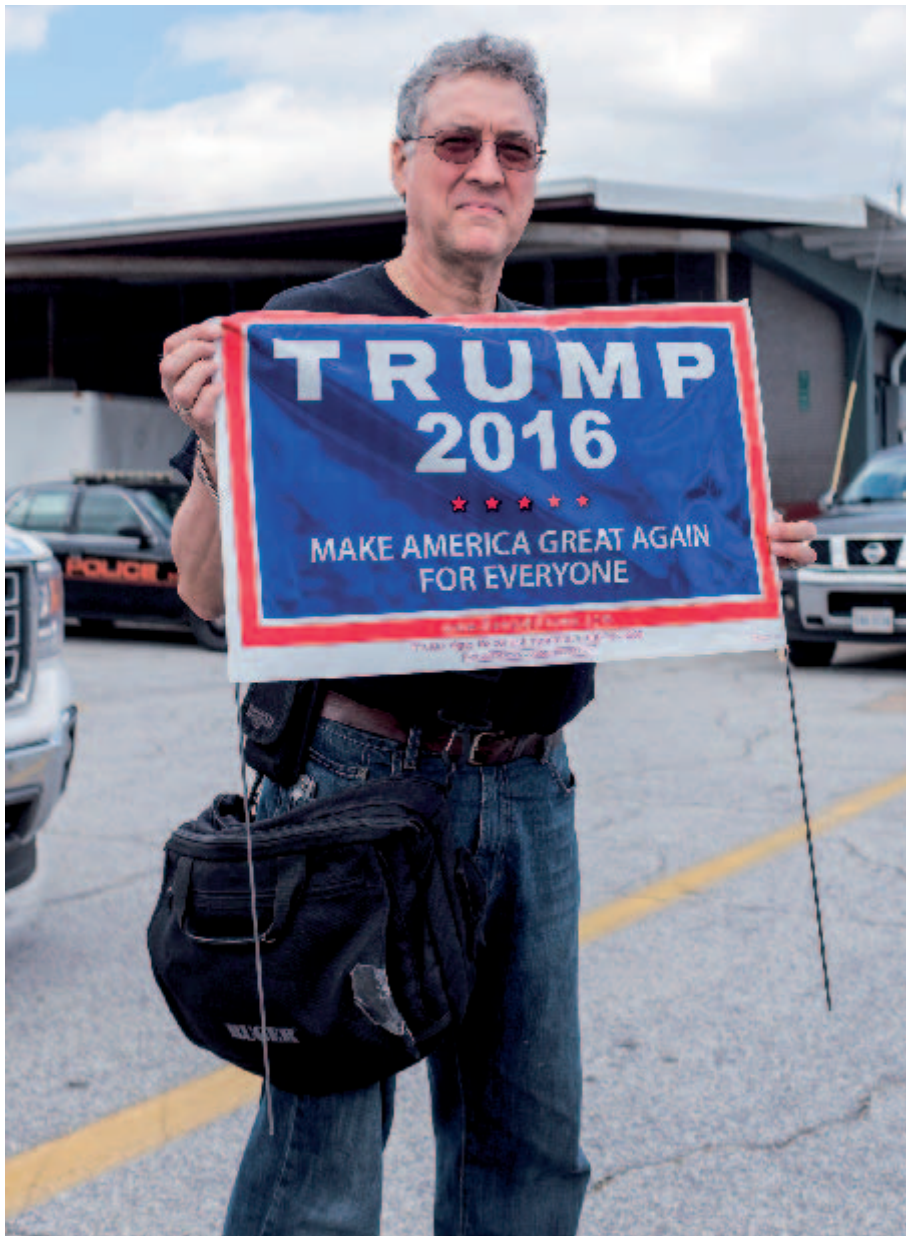
In Griechenland, Portugal und im spanischen Staat ist der Zyklus, der mit den Protesten und Platzbesetzungen begann und scheinbar bruchlos zu grandiosen Erfolgen bei den Wahlen führte, nicht vorüber, sondern er ist an eine gläserne Decke der Macht gestoßen, die so nicht zu durchbrechen war.

Die Perspektive der Verdichtung und Übersetzung der gesellschaftlichen Mobilisierung in Regierungsmacht hat sich vorübergehend erschöpft (wenn nicht bei Teilen der Linken und der Bewegungen diskreditiert). Jetzt gilt es, wieder eigene Institutionen (aus)zubauen, die Basis zu erweitern und – wo es möglich ist – neue verbindende Praxen zwischen den unterschiedlichen Funktionen von Regierung, Partei, Bewegung und gesellschaftlicher Selbstorganisation zu entwickeln. Dann wären auch die sehr unterschiedlichen Regierungsprojekte – die Tolerierung einer Anti-Austeritätsregierung der PS in Portugal (vgl.

**MARIO CANDEIAS** ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitbegründer dieser Zeitschrift.

Principe in *LuXemburg* 2/2016), die aus den verbindenden Plattformen hervorgegangenen rebellischen Regierungen in den spanischen Kommunen und die Syriza-Regierung in Griechenland (vgl. Griechenland-Special auf *LuXemburg-Online*) – nicht umsonst gewesen. Wie solche verbindenden Praxen nach dem Scheitern der Syriza-Partei in Griechenland aussehen könnten, ist allerdings offen (vgl. Candeias 2016; Giovanopoulos in *LuXemburg* 2/2016).

Dass der Bewegungszyklus noch nicht vorüber ist, zeigt sich auch an den fortbestehenden »transnationalen Resonanzen« (Candeias 2013). Am offensichtlichsten wird der Impuls der Demokratiebewegungen bei *Nuit Debout* in Frankreich, mit allen



GRAIG BEI EINER GUN SHOW, ATLANTA, GEORGIA: »Er ist nicht perfekt. Keiner ist perfekt, um Präsident zu werden. Das größte Problem, das wir haben, ist der Mangel an Jobs. Gerade für die Jugendlichen. Die rutschen ab, wenn sie nichts zu tun haben. Trump weiß, wie man Sachen organisiert, damit sie auch erledigt werden. Wir brauchen Veränderung. Es gibt zu viel Korruption in der Politik. Trump ist noch kein Politiker, daher gebe ich ihm eine Chance. Wer weiß, ob er es überhaupt schaffen wird.«

seinen Stärken und Schwächen. Doch auch dort waren die stabilen Institutionen der Herrschaft weder durch Platzbesetzungen noch durch militante Streiks zu erreichen. Darüber hinaus weder die gewerkschaftlichen Aktionen und die Versammlungen auf den Plätzen weder von der ehemaligen Arbeiterklasse in den deindustrialisierten Gebieten noch von der abstiegsbedrohten (unteren) Mittelschicht im ländlichen Raum als ihr Ausdruck betrachtet (vgl. Syrovatka 2016 auf *LuXemburg-Online*). Die undemokratische Umsetzung des Loi El Khomri ohne Abstimmung in der Nationalversammlung ist vielmehr Wasser auf die Mühlen des Front National, der die Arbeitsrechtsreform als ein »Diktat aus Brüssel« darstellt und Frankreich durch den »bürokratischen Superstaat EU« in seiner Souveränität bedroht sieht. Erneut stellt sich die Frage, ob es nach den großen Mobilisierungen gelingt, den Impuls aufzunehmen und in eine Form der Organisierung zu übersetzen (vgl. Candeias/Völpel 2014), sei es in neue zivilgesellschaftliche Organisationen (vergleichbar der PAH in Spanien oder den Solidaritätsstrukturen in Griechenland) oder in parteipolitische Formen. Geschieht dies nicht, verpufft der Impuls.

Verbindende Praxen entwickeln sich nicht automatisch. Frankreich ist das jüngste Beispiel: »Wir erleben eine ›Konvergenz der Kämpfe‹ in Frankreich [...] aber es ist nicht selbstverständlich, dass sich diese Kämpfe und die existierenden politischen Organisationen verbinden lassen. Die alte Arbeitsteilung zwischen Partei, Bewegung und Gewerkschaft ist Geschichte. Alle müssen sich verändern und über ihre alten Praxen hinausgehen«,

konstatiert Maurilio Pirone von der Coalizione dei centri sociali auf der Europäischen Strategiekonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juni 2016.

Der Kommunistischen Partei (KP), der Parti de Gauche, aber auch der 2009 gegründeten Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) gelingt es bisher weder, die neu entstandene gesellschaftliche Strömung aufzunehmen, noch die alten länger zu repräsentieren. Sowohl die parteipolitische Linke in Frankreich als auch die radikale Linke und die »Linke« innerhalb der Grünen und der Sozialistischen Partei befinden sich in einem desolaten Zustand. Angesichts dessen ist es fraglich, ob dieser »Dritte Pol« bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen ausreichend sichtbar werden kann, um nicht zwischen neoliberaler Elite auf der einen und dem Front National auf der anderen Seite zerrieben zu werden und schon im ersten Wahlgang auszuschneiden. Die wahrscheinliche Folge: eine Präsidentin Le Pen und das mögliche Ende der Europäischen Union.

### **SOZIALDEMOKRATIE ALS GRENZE PROGRESSIVER TRANSFORMATION?**

Auch vor der Sozialdemokratie macht die Dynamik des Bewegungszyklus nicht halt. Zugleich markiert diese zurzeit die Grenze einer progressiven Transformation in Europa. Sie hat drei Optionen, von denen auch die Zukunft aller anderen, weiter links stehenden Projekte abhängt.

- Die Sozialdemokratie kann mit einer Art *Populismus aus der Regierung* heraus versuchen, die autoritäre neoliberale Krisenpolitik fortzuführen und (schwindende) Mehrheiten

gegen die Rechtspopulist\*innen zu sichern, indem sie sich der Denunzierung »korrup-ter«, mindestens »verkrusteter« politischer Institutionen bedient und fehlende Erfolge auf die Verwaltungen, Parteibürokratien und »Partikularinteressen« der Gewerkschaften schiebt (vgl. Revelli und Caccia in diesem Heft). Dieser Regierungspopulismus, wie ihn etwa Matteo Renzi verkörpert hat, zielt auf die Marginalisierung und Unterordnung – nicht die Ausschaltung – aller vermittelnden Institutionen der repräsentativen Demokratie unter die Regierung. Und er zielt auf die Zerstörung oppositioneller, vor allem linker Kräfte, innerhalb und außerhalb der Demokratischen Partei. Unabhängig davon, ob diese Strategie erfolgreich ist oder nicht, arbeitet sie einem autoritären Projekt in Europa und einer Faszisierung zu.

■ Einer Sozialdemokratie, die über Jahrzehnte programmatisch wie personell eng mit dem Neoliberalismus verwoben war, deren Führung aber noch an den Schaltstellen der Regierungs- und Verwaltungsmacht sitzt, fehlt das Potenzial zur Erneuerung. Sie verpasst den geschichtlichen Moment, an dem der »Zwiespalt zwischen Repräsentierten und Repräsentanten« zu groß wird: »An einem bestimmten Punkt ihres geschichtlichen Lebens lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt.« (Gramsci, Gef.7: 1577f.). Hier droht die Gefahr eines Abdriftens in die politische

Bedeutungslosigkeit. Dies musste die PASOK in Griechenland erleben.

Der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) droht ein ähnliches Schicksal. Trotz massenhafter Proteste und niederschmetternder Umfragewerte (14 Prozent im September 2016) hält die Regierung unter François Hollande und Manuel Valls autoritär an der Durchsetzung einschneidender neoliberaler Maßnahmen fest, was in der Partei nur verhaltenen Protest hervorruft (vgl. Syrovatka in diesem Heft). Die spanische PSOE hat starke Verluste erlitten. Sie errang bei den letzten Wahlen 22 Prozent der Stimmen – eine Halbierung innerhalb der letzten zehn Jahre. Sie hatte die historische Entscheidung zu treffen, ob sie mit dem linken Wahlbündnis Unid@s Podemos eine »Regierung des Wandels« wagen sollte, oder ob sie dem Verfassungsregime von 1978 treu bleibt und die Fortsetzung des Alten ermöglicht – eine weitere Minderheitsregierung des rechtskonservativen Partido Popular (PP). In dem Moment, als der Parteivorsitzende Pedro Sánchez überlegte, eine Mitte-Links-Regierung zu bilden, wagte der Flügel um Felipe González den Putsch. Die Entscheidung fiel zugunsten einer »Regierung der nationalen Einheit«, oder wie es die innerparteiliche Konkurrentin des Parteivorsitzenden, Susana Díaz, ausdrückte: »Erst kommt die Nation, dann die Partei.« Für dieses Ziel wird die Zerstörung der eigenen Partei in Kauf genommen. Bezeichnend ist, dass es kaum Widerstand von den verbliebenen Linken in der Partei oder der Basis gab (vgl. Andrade in diesem Heft).



JOE, RENTNER, LAFITTE, LOUISIANA: »Ich fühle mich alleingelassen. Nach einer OP entzündete sich mein Knie und mein Bein musste amputiert werden. Ich habe 15 000 Dollar für einen Anwalt ausgegeben, doch er hat nichts erreicht. Ich habe nie eine Entschädigung gesehen. Wir brauchen eine vernünftige Krankenversicherung. Außerdem sollten wir mehr für unsere Veteranen tun. Trump wäre der Richtige. Hillary lügt zu viel.«

Die mangelnde Erneuerungsfähigkeit der Sozialdemokratie erweist sich als entscheidende Blockade für einen Richtungswechsel. Ohne sie geraten alle linken Projekte, einschließlich der Bewegungsprojekte wie in Frankreich oder Spanien an eine Grenze. Aber auch in Griechenland scheiterte ein Neuanfang nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Unterstützung durch die europäische Sozialdemokratie, mit Martin Schulz an der Spitze.

Dies gilt auch für die deutsche SPD, deren Umfragewerte sich mittlerweile nahe der 20-Prozent-Marke bewegen und sich gegenüber der Wahl von 1998 (40,9 Prozent) ebenfalls fast halbiert haben. Sie hält an einer Regierung fest, die mit Macht das autoritäre neoliberale Krisenregime in ganz Europa durchsetzte und unerbittlich die Vernichtung jeder Alternative betreibt.

Eine echte Erneuerung ist gegenwärtig ausgeschlossen. Keinesfalls sollte jedoch eine (mehr oder weniger opportunistische) Wende ausgeschlossen werden – schon zur Selbsterhaltung, angesichts der Beispiele ihrer nahezu vernichteten Schwesterparteien.

Fraglich ist nur, ob die SPD bis dahin nicht jeden Rest an Glaubwürdigkeit verspielt hat. Auch mangelt es an entsprechendem Personal. Große Teile des linkssozialdemokratischen Spektrums haben die SPD verlassen, sind über die WASG zur Partei die LINKE gewechselt oder haben sich von Parteipolitik abgewendet. Diese Möglichkeit muss in Betracht gezogen, darf aber nicht überschätzt werden. Doch Opportunismus reicht nur zu Modifikationen der Politik. Ein wirklicher Richtungswechsel gemeinsam mit der SPD ist vorläufig unrealistisch. Linke Politik muss

deshalb auch darauf gerichtet sein, den Druck für eine linke Erneuerung der SPD zu erhöhen. Diese Option wird aber nicht nach dem Modell Sanders oder Corbyn zu realisieren sein.

■ Für die dritte Option, die Erneuerung einer linken Sozialdemokratie, stehen jene Prozesse, die mit den Namen Jeremy Corbyn und Bernie Sanders verbunden sind. Auch diese sind durchaus als spezifische Resonanzen des Bewegungszyklus von 2011 zu verstehen. Bei Sanders, dem linken Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei in den USA, liegt dies auf der Hand: Vielfältige Community-Organizing-Initiativen und Bewegungen wie Occupy hatten den Boden für dessen »politische Revolution« bereitet. Die elektorale Mobilisierung ist an ihr Ende gekommen. Die Bewegung sucht jetzt eine neue Form, um den Impuls zu erhalten und einem »Dritten Pol« jenseits von Donald Trump und Hillary Clinton Sichtbarkeit zu verleihen und zugleich Partei und Fraktion der Demokrat\*innen zurückzuerobern.

Auch in Großbritannien gab es immer wieder Mobilisierungserfolge von Student\*innen, Gewerkschaften und linken Anti-Austeritätsbewegungen. Doch auch sie konnten keine Form der Organisierung finden – die zersplitterte und teils sektiererische Linke schien keine erfolgversprechende Alternative. Labour galt wie die US-Demokrat\*innen als Ausdruck einer offensiven neoliberalen Sozialdemokratie, kaum anders als ihre rechtskonservativen Konkurrenten – sie repräsentierten das politische Establishment. In diesem Moment konnten Personen, die zwar nie dazugehörten, aber immer irgendwie da waren, zur Personifikation des

Wunsches nach glaubwürdigen politischen Repräsentanten werden und eine Revolution gegen diese vermeintlich linken Partei-Eliten anstoßen.

Obwohl sich Old New Labour um alles in der Welt bemühte, Corbyn wieder loszuwerden, wurde die Unterstützung für den neuen Parteichef mit jedem Angriff größer und die Zahl der Parteimitglieder explodierte. Hunderttausende traten ein oder ließen sich als Unterstützer\*innen registrieren. Trotz juristischer Winkelzüge, die 183 000 neu Dazugekommene von der jüngsten Wahl ausschlossen, wurde Corbyn wiedergewählt. Der innerparteiliche Coup der »Blairistas« gegen ihren legitimen Parteivorsitzenden ist gescheitert. Nach diesem offenen Machtkampf zwischen Revolution und Konterrevolution bei Labour ist nun offen, ob es ein gemeinsames Projekt geben kann oder die Partei sich spaltet.

Beide Beispiele der Erneuerung einer linken Sozialdemokratie ereigneten sich in Ländern, in denen unter den Parteien keine ernst zu nehmende Kraft links von der Sozialdemokratie existiert. Es ist fraglich, ob eine solche Erneuerung in Ländern möglich wäre, in denen der Platz einer linken Sozialdemokratie von anderen streitig gemacht wird.

Darüber hinaus gibt es bisher nur zwei Beispiele in Europa, wo es gelang, links der Sozialdemokratie eine machtvolle parteipolitische Alternative zu konstruieren: In Griechenland wurde diese Alternative durch die europäischen Institutionen zerstört, nun wird versucht, die schlimmsten Folgen abzufedern. Im spanischen Staat gelang es mit Podemos, dann Unid@s Podemos, eine solche Alternative aufzubauen. Doch auch sie stößt an Grenzen.

Den Weg einer vorsichtigen Erneuerung ohne Bruch versucht die portugiesische PS zu gehen: eine sanfte Aufweichung des Austeritätskurses ohne wirklichen Richtungswechsel. Hier sollten wir genauer hinschauen: In Portugal gab es im europäischen Vergleich die größten Krisenproteste, aber keine Verdichtung in neue Organisationsformen. Der Impuls der Bewegung drohte zu verpuffen. Die Bewegung fand in der Wahl radikaler linker Parteien einen vorübergehenden Ausdruck. Vor diesem Hintergrund bot im Oktober 2015 die Tolerierung einer gegen die Austerität positionierten Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei durch Kommunist\*innen und Linksblock eine Perspektive. Dies wäre durchaus ein möglicher Weg für die Bundesrepublik Deutschland und eine Alternative zur ungeliebten rot-rot-grünen Koalition: eine Minderheitsregierung (vgl. Candeias/Brie auf *LuXemburg-Online*).

Für einen Richtungswechsel in Europa ist also entscheidend, ob eine Erneuerung der Sozialdemokratie möglich ist. Aber selbst wenn es dazu käme, braucht es eine starke radikale Linke, die in einem gemeinsamen Projekt als Transformationslinke wirken kann, um über den vorgegebenen Rahmen hinaus zu gehen.

#### LITERATUR

- Candeias, Mario, 2016: Die verbindende Partei im Praxis-Test, in: *Prokla* 182, 1, Berlin, 153–166
- Ders./Völpel Eva, 2014: Plätze besetzen!, Hamburg
- Ders., 2013: Wo bitte geht's zum Winterpalast? In: *LuXemburg*, Heft 3–4, Berlin, 10–21
- Gramsci, Antonio, 2012: *Gefängnishefte*, hg.v. Klaus Bochmann, Wolfgang F. Haug, Hamburg

# RÜCKKEHR NACH REIMS?

FRANKREICHS SOZIALDEMOKRATIE IM FREIEN FALL

**FELIX SYROVATKA**

Die Sozialistische Partei ist zerrissen wie nie. Ihre aktuelle Situation erinnert an das Jahr 2008, als auf dem Parteitag in Reims der innerparteiliche Machtkampf eskalierte. Vorausgegangen war eine jahrelange Auseinandersetzung zwischen dem sozialliberalen und dem linkssozialistischen Flügel. Diese erreichte ihren Höhepunkt 2005: Der linke Flügel um Henri Emmanuelli und Jean-Luc Mélenchon sprach sich entgegen der offiziellen Parteilinie für eine Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages aus, suchte den Schulterschluss mit der Kommunistischen Partei (PCF) und anderen linken Organisationen und mobilisierte gegen die eigene Parteiführung um den damaligen Parteivorsitzenden François Hollande für ein Nein beim Referendum (vgl. Bell/Criddle 2014, 184ff). Die inhaltliche wie personelle Spaltung der französischen Sozialdemokratie trat offen zutage. Auf dem Parteitag in Reims traten Teile des linken Flügels aus und gründeten die französische Linkspartei Parti de Gauche (PdG).



Heute ist die Situation noch dramatischer. Der wirtschaftsliberale Reformkurs des sozialistischen Präsidenten François Hollande hat die Partei für weite Teile der Bevölkerung unwählbar gemacht und die innerparteilichen Gräben weiter vertieft. Zerrissen von Machtkämpfen, gelähmt durch strukturelle Probleme und ratlos gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes befindet sich die Parti Socialiste (PS) in ihrer wohl größten Krise. Historisch verknüpft mit dem Zweiparteiensystem der V. Republik droht sie nun mit diesem mittelfristig unterzugehen (vgl. Lefebvre 2016, 9).

### DAS ENDE DES ZWEIPARTEIENSYSTEMS

Dieser Zustand der PS muss vor dem Hintergrund der französischen Repräsentationskrise verstanden werden. Ihr Niedergang geht einher mit der Erosion des Zweiparteiensystems und einer schweren Vertrauenskrise des politischen Systems. In einer Umfrage des IPSOS-Instituts (2016) gaben 83 Prozent der Befragten an, dass das demokratische System in Frankreich sehr schlecht funktioniere und ihre Interessen nicht repräsentiert würden. 89 Prozent stimmten der Aussage zu, dass es den Politiker\*innen egal sei, was die Bevölkerung denke. Und nur acht Prozent aller Französ\*innen erhoffen sich Veränderungen von den etablierten politischen Parteien, während 92 Prozent jegliches Vertrauen in diese verloren haben. Die Vertrauenserosion umfasst alle Schichten und Bevölkerungsgruppen, ist jedoch – gemessen an den Nichtwähler\*innen – bei Arbeiter\*innen und Arbeitslosen am stärksten ausgeprägt.

Einen politischen Ausdruck findet diese Krise im raketenhaften Aufstieg des rechts-

radikalen Front National (FN) ebenso wie in den landesweiten Platzbesetzungen und Protesten der Nuit-Debout-Bewegung. Beide politischen Phänomene müssen als Protest unterschiedlicher Bevölkerungsteile gegen ein parlamentarisches System verstanden werden, das aufgrund der »unterschiedlichen Propagierung der gleichen Politik« (Poulantzas 2002, 169) der beiden großen Parteien Parti Socialiste und Les Républicains jegliche Fähigkeit zur Vertretung politischer Interessen und Bedürfnisse verloren hat.

Ihre Wurzeln hat die Krise in der Transformation der Parteien seit den 1980er

**FELIX SYROVATKA** ist Politologe und promoviert derzeit zur Europäischen Arbeitsmarktpolitik an der Universität Tübingen. Er ist außerdem Autor des Buches »Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise« und Mitglied des AK Europaforschung der AkG.

Jahren. Stellten die großen Parteien früher Orte dar, an denen um Hegemonie gerungen wurde, so fungieren sie heute als »bloße Kanäle der Popularisierung und Propagierung einer staatlichen Politik, die zum großen Teil außerhalb von ihnen entschieden wird« (ebd.). Als Verwalterinnen neoliberaler Politik gleichen die beiden großen französischen Parteien heute mehr denn je Karrierenetzwerken. Ihr Spitzenpersonal rekrutiert sich aus denselben Elitehochschulen und hat kaum noch einen Bezug zu den Lebenswelten ihrer Wähler\*innen. Vielmehr findet eine permanente Selbstreproduktion der staatlichen und wirtschaftlichen Eliten des Landes in den grand écoles (HEC, Sciences



LANA (26), KELLNERIN, MEMPHIS, TENNESSEE: »Ich mag Hillary nicht besonders, doch ich stimme dennoch für sie, auch wenn Tennessee immer republikanisch bleiben wird, meine Stimme somit für die Präsidentschaftswahl nicht zählt. Die Menschen hier im Süden stimmen für Trump, da sie zu beschäftigt sind mit ihrem harten Alltag und sich so nicht um Politik kümmern wollen. Ich hoffe, dass die Demokraten im Kongress die Mehrheit bekommen. Dann wäre Hillary handlungsfähiger, als es Obama die letzten Jahre war. Außerdem hätte Bernie Sanders den Vorsitz. Das wäre gut. Wir brauchen ein Grundeinkommen, keinen Mindestlohn. Mehr Chancen. Mit abgeschlossenem Bachelor arbeite ich als Kellnerin für 2,35 Dollar die Stunde plus Trinkgeld.«

Po, ENA etc.) statt, zu denen Menschen aus den sogenannten *classes populaires* so gut wie keinen Zugang haben.<sup>1</sup> Diese Produktion von Berufspolitiker\*innen umfasst alle Ebenen, bis hin zur Kommunalpolitik. Zugleich fehlt es der PS an innerparteilicher Demokratie und Mitbestimmung; Basisinitiativen haben kaum die Möglichkeit, Entscheidungen der hauptamtlichen Parteifunktionäre infrage zu stellen.

Durch die Transformation der Partei und ihrer Funktionäre wandelte sich auch die Mitgliedschaft und die Wählerbasis, die heute zu großen Teilen aus älteren weißen Männern besteht, die im öffentlichen Dienst oder in der Verwaltung von Staatsbetrieben arbeiten. Außerdem hat die Partei massiv an Mitgliedern verloren. Seit der neoliberalen Wende des sozialistischen Präsidenten François Mitterand 1984 haben rund 100 000 Mitglieder die PS verlassen.<sup>2</sup> Allein seit der Amtsübernahme von François Hollande haben 60 000 Mitglieder ihr Parteibuch zurückgegeben. Heute besitzt die Partei nur noch rund 100 000 Mitglieder. Die Transformation der PS hat – neben einer Reihe von Skandalen und Fällen von Misswirtschaft auf kommunaler Ebene – dazu beigetragen, dass die Partei heute kaum noch im Arbeitermilieu verankert ist. Wählten 1981 noch 72 Prozent der Arbeiter\*innen und Arbeitslosen die PS, waren es bei den Kommunalwahlen 2015 nur noch 20 Prozent (vgl. IPSOS 2015, 5). Alle anderen haben sich entweder ganz vom parlamentarischen System distanziert oder wählen verstärkt den FN (vgl. IPSOS 2016; Syrovatka 2015). Zugleich hat die Partei ihre Strahlkraft in die intellektuellen Milieus

verloren. Das zeigt sich nicht nur in fehlender Unterstützung von Intellektuellen bei Wahlen, sondern auch in der Nuit-Debout-Bewegung, die zu großen Teilen von Studierenden und Intellektuellen getragen wurde.

Eine Reihe von Wahlsiegen hat die strukturellen Probleme und die Zerrissenheit der Partei überdeckt. 2012 gewann die PS die Präsidentschafts- und die Parlamentswahlen, zudem verfügte sie über eine absolute Mehrheit in der Assemblée nationale und eine Mehrheit im Senat. Sie regierte in 21 von 22 Regionen und stellte in 15 Großstädten die Bürgermeister\*innen (vgl. Lazar 2015). Selten zuvor war die PS bei Wahlen so erfolgreich. Innerhalb der Partei führte das zu neuer Einigkeit. Dies zeigte sich auch in der Regierung, welche 2012 die ganze Spannbreite der Partei repräsentierte und alle relevanten innerparteilichen Flügel einbezog. Während mit Manuel Valls (Innenminister) und Laurent Fabius (Außenminister) Vertreter des rechten Flügels in die Regierung berufen wurden, besetzten mit Arnaud Montebourg (Industrie) und Christiane Taubira (Justiz) auch Vertreter\*innen des linken Flügels zentrale Positionen im Kabinett. Die Siegesserie der PS beruhte jedoch weniger auf inhaltlicher und personeller Stärke als vielmehr auf einer leichten Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links und der Zerrissenheit der regierenden konservativen UMP. Ausgehend von den Protesten gegen die Rentenreform 2010 hatte sich ein linker Block aus Gewerkschaften, Organisationen und Parteien gebildet, der für einen Politikwechsel bei den Präsidentschaftswahlen warb. Vor dem Hintergrund der autoritären

Krisenpolitik und der neoliberalen Reformpolitik unter dem damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy erhofften sich viele einen politischen Kurswechsel und ein Gegengewicht zur ordoliberalen Dominanz Deutschlands in der Europäischen Union.

### **NEOLIBERALE REGIERUNGSPOLITIK UND SINKENDE ZUSTIMMUNGSWERTE**

Die erste Phase der Regierungszeit von Hollande war geprägt durch die krisenhaften Entwicklungen in Frankreich und die Etablierung eines neuen Krisennarrativs. Waren zuvor die Besonderheiten und die Standfestigkeit des französischen Kapitalismusmodells gelobt worden, so setzte sich mit der wachsenden Arbeitslosigkeit ab 2011 eine neue Erzählung durch, welche die im Vergleich relativ hohen Lohnstückkosten für die französische Wirtschaftskrise verantwortlich machte. Vermittelt über die Vorschläge des ehemaligen Airbus-Vorsitzenden Louis Gallois, einer Kampagne des größten französischen Unternehmensverbandes MEDEF und den Empfehlungen der Europäischen Kommission wurde die Krise neu gerahmt: als Wettbewerbskrise. Diese Perspektive erhob die deutsche Agenda 2010 zum Leitbild für eine Erneuerung des französischen Arbeitsmarktes und delegitimierte die neokeynesianischen Wahlversprechen von François Hollande. Dieser scheiterte zudem auf der europäischen Ebene mit dem Versuch, sich der deutschen Austeritätspolitik zu widersetzen, und geriet aufgrund des drohenden Defizitverfahrens und zunehmenden Drucks von den europäischen Institutionen gleich zu Beginn seiner Amtszeit in Bedräng-

nis (vgl. Lux 2016). Intern und extern in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, blieb die Politik der sozialistischen Regierung in dieser ersten Phase unglücklich und inkohärent. Eine ernsthafte Konfrontation mit der deutschen Bundesregierung blieb aus. Stattdessen stimmte Hollande schließlich doch dem Fiskalpakt zu, den er im Wahlkampf noch vehement abgelehnt hatte. Gleichzeitig geriet sein »europäischer Wachstumspakt« finanziell so klein, dass er keine Wirkung auf die europäische Krisenpolitik entfalten konnte. Auch auf der nationalen Ebene wurden die im Wahlkampf angekündigten Reformen verwässert, gar nicht erst angegangen wie die Regulierung des Banken- und Finanzsektors oder erhielten wie in der Arbeitsmarktpolitik eine angebotspolitische Stoßrichtung. Konkret bedeutete dies Steuer- und Abgabensenkungen für Unternehmen sowie den Abbau von Arbeitnehmerrechten (vgl. Syrovatka 2016, 158ff).

Als Resultat dieser Politik brachen die Umfragewerte innerhalb eines Jahres massiv ein. Waren im Juli 2012 noch 56 Prozent der Bevölkerung mit der Arbeit von Hollande zufrieden, war diese Zahl ein Jahr später auf 27 Prozent gesunken. Konservative Wähler\*innen, die Hollande aus Protest gegen die Politik von Sarkozy gewählt hatten, wandten sich ab, nachdem er die gleichgeschlechtliche Ehe legalisierte. Linke Wähler\*innen zeigten sich enttäuscht über die wenigen progressiven Maßnahmen. Der linke Parteiflügel kritisierte den Präsidenten offen für seinen fehlenden Willen, einen Politikwechsel in Frankreich und Europa durchzusetzen.

## FLÜGELKÄMPFE INNERHALB DER PARTEI ...

Bei den Kommunalwahlen im April 2014 erlitt die PS starke Verluste und verlor ihre Mehrheit im Senat. Hollande reagierte auf die Wahlniederlage mit einer Radikalisierung seiner angebotspolitischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Er ernannte Manuel Valls zum neuen Premierminister. Valls repräsentiert den liberalen Flügel der PS und hatte sich in der Vergangenheit mehrmals offen für einen neoliberalen Kurs ausgesprochen. Mit dem *pacte de responsabilité et de solidarité* führte er eine Arbeitsmarktreform durch, die den Unternehmen Entlastungen in Höhe von 30 Milliarden Euro versprach, zugleich sollten bis 2017 die Staatsausgaben um mehr als 50 Milliarden Euro gekürzt werden (vgl. ebd., 172ff). Der Kurswechsel führte nicht nur innerhalb der Partei zu Empörung, sondern hatte auch den Austritt der Grünen aus der Regierung zur Folge. Innerhalb der Regierungsfraktion formierte sich eine Gruppe linker Abgeordneter unter dem Namen *frondeurs*, die die Sparpolitik in einem offenen Brief scharf kritisierten. Auch die beiden Vertreter des linken Flügels in der Regierung, Montebourg und Hamon, forderten eine Korrektur des angebotspolitischen Wegs und griffen die eigene Regierung in Interviews scharf an.

Hollande und Valls nutzten die Angriffe, um sich bei einer erneuten Regierungs-umbildung im August 2014 ihrer Kritiker zu entledigen. Danach war mit Christiane Taubira nur noch eine Vertreterin des linken Parteiflügels in der Regierung, sie hatte als Justizministerin kaum Einfluss auf die Ausgestaltung der weiteren Reformpolitik.

Dafür wurde der ehemalige Berater des Präsidenten, Emmanuel Macron, zum Wirtschaftsminister ernannt. Der ehemalige Investmentbanker gilt als Kopf hinter Hollandes Reformprojekten. Seine Ernennung zum Wirtschaftsminister vollendete die neoliberale Umorientierung der Regierung und war der Startpunkt einer ganzen Batterie neoliberaler Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, etwa dem Loi Macron oder dem umkämpften Loi El Khomri.

## ... UND RICHTUNGSWECHSEL

Diese Wende in der Regierungspolitik erschütterte die politische Mehrheitskultur der Linken in Frankreich. Die Position von Manuel Valls war bis zu seiner Ernennung zum Premierminister eine klare Minderheitenposition innerhalb der PS – nun war sie auf einmal überproportional stark in der Regierung vertreten.<sup>3</sup> Der Austritt der Grünen aus der Regierung und der Reformkurs der Regierung verschärfte die inhaltliche und strategische Spaltung der Partei in zwei Blöcke: Der eine vertritt weiterhin Positionen der traditionellen Linken, der andere verfolgt eine sozialdemokratische Reformposition des »Dritten Wegs«, durch die Regierungen von Gerhard Schröder und Tony Blair inspiriert. Während sich in Großbritannien und Deutschland die Position des New Labour durchsetzen konnte und alternative Positionen marginalisiert wurden, hatte die Mehrheit der französischen Sozialdemokratie lange an einer sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsposition festgehalten. Mit der aktuellen Regierungspolitik und der neuen Dominanz des rechten Parteiflügels

holt Frankreich die Entwicklung der Nachbarländer nach. Zentrale Positionen und Errungenschaften der französischen Sozialdemokratie, wie etwa die 35-Stunden-Woche, stehen grundsätzlich infrage. Die inhaltliche Spaltung äußert sich auch in der bündnispolitischen Strategie. Während der linke Flügel sich für eine engere Zusammenarbeit mit den verschiedenen linken Parteien und den Grünen ausspricht, präferiert der Parteiflügel um Manuel Valls ein Bündnis mit der Zentrumspartei Mo Dem.

Die tiefe Zerrissenheit der PS hat zur Ausbildung verschiedener Oppositionszentren geführt. In der Partei und im Parlament haben sich mit *Vive la Gauche!* und den *frondeurs* feste Strukturen gebildet, die dem Kurs der Partei widersprechen und in Opposition zur Regierungspolitik stehen. Diese Gruppen um die beiden Abgeordneten Christian Paul und Marie-Noëlle Lienemann verfügen an der Parteibasis über starken Rückhalt und verstehen sich selbst als Verteidiger der Wahlversprechen von François Hollande. Auch wenn sie in der Vergangenheit keine eigenen Mehrheiten organisieren konnten, gelang es ihnen doch, die eigene Parteiführung und Regierung unter Druck zu setzen. Ihr Alternativantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes auf dem letzten Parteitag erhielt rund ein Drittel der Mitgliederstimmen und zwang die Parteiführung, viele Forderungen der Linken zu übernehmen. Der Widerstand der *frondeurs* im Parlament zwang Premierminister Valls, sowohl die Liberalisierung des Arbeitsmarktes (Loi Macron) als auch die umstrittene Arbeitsrechtsreform (Loi El Khomri) mithilfe des Paragraphen 49-3 der

französischen Verfassung durchzusetzen. Der Paragraph erlaubt es der Regierung, ein Gesetz auch ohne die Zustimmung des Parlaments durchzusetzen, wenn sich die Regierung einem Misstrauensvotum stellt.

## **DIE SOZIALDEMOKRATIE VOR DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2017**

Vor den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017 steckt die französische Sozialdemokratie in der schwersten Krise ihrer Geschichte. Der derzeitige Amtsinhaber François Hollande hat bereits angekündigt, nicht mehr kandidieren zu wollen. Er hatte keine realen Chancen, in die zweite Runde zu kommen. Zu gering sind die Zustimmungswerte zu seiner Politik, zu zerstritten ist die französische Linke.

Gegen den Widerstand des Parteivorstandes konnte in dieser Situation der linke Flügel der PS durchsetzen, dass im Januar 2017 Vorwahlen für einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten oder eine gemeinsame Präsidentschaftskandidatin stattfinden, zu denen die gesamte parteiförmige Linke eingeladen wurde. Dieser »*Primaire de gauche*« sollte die gespaltene Linke hinter einem oder einer Kandidat\*in vereinigen – nicht nur, um den Einzug von Marine Le Pen (FN) in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen zu verhindern, sondern auch, um eine grundlegende Erneuerung der Sozialdemokratie auf den Weg zu bringen. Die Strategie ist schon vor den Vorwahlen gescheitert. Nach langen Debatten haben die Parti de Gauche, die Grünen und die Kommunisten jeweils beschlossen, sich nicht an den Vorwahlen zu beteiligen und lieber

einen eigenen Kandidaten aufzustellen. So werden an den Vorwahlen nur noch die PS und drei grüne Splitterparteien teilnehmen. Zu groß ist die Angst der anderen Parteien, durch die regierenden Sozialisten politisch vereinnahmt zu werden, und zu stark sind die eigenen Organisationsinteressen.

Doch es gibt noch andere Gründe, weshalb die Strategie gemeinsamer linker Vorwahlen scheitern musste. So können die meisten Kandidat\*innen der Vorwahlen auf eine lange Karriere in der Partei zurückblicken und hatten bereits wichtige Posten inne. Eine inhaltliche und strukturelle Erneuerung der Sozialdemokratie – wie sie etwa Jeremy Corbyn für die britische Labour-Partei verspricht – ist von ihnen nicht zu erwarten. Vor allem aber fehlt ein kohärentes sozialdemokratisches Projekt, das mit Ideen für eine ökonomische und politische Entwicklung des Landes wie auch Europas imstande wäre, die französische Linke über machtstrategische Fragen hinaus zu vereinen und gesellschaftliche Anziehungskraft zu entfalten. Ein solches Projekt müsste nicht nur die Austeritätspolitik infrage stellen, sondern Antworten auf kommende Herausforderungen geben und einen motivierenden sozialen Mythos entfalten (vgl. Bieling/Steinhilber 2000). Kern eines solchen Projektes müsste ein neues Akkumulationsmodell mit einer sozial-ökologischen Industriepolitik sein, zusammen mit der Entwicklung partizipativer demokratischer Strukturen. Es müsste die linken Kräfte in Frankreich bündeln und große Bevölkerungsgruppen wieder in den politischen Prozess einbeziehen. Solch ein Projekt wäre die Voraussetzung für eine wirk-

liche Erneuerung der Sozialdemokratie, wie sie den Wahlsiegen von François Mitterand 1981 und Lionel Jospin 1998 vorausgegangen waren. Und nur ein solches Projekt hätte das Potenzial, den Rechtsruck in Frankreich zu stoppen.

#### LITERATUR

- Bell, David S./Criddle, Byron, 2014: *Exceptional Socialists*, London
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen, 2000: Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: dies. (Hg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, 102–130
- IPSOS, 2015: *Sociologie des électorats et profil des abstentionnistes*, Paris
- Dass., 2016: *Fractures Françaises 2016*, Paris
- Keslassy, Eric, 2010: *Les classes populaires dans l'enseignement supérieur*, Paris
- Lazar, Marc, 2015: In welchem Zustand befindet sich die Parti Socialiste? Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin
- Lefebvre, Rémi, 2016: L'autodestruction du Parti socialiste, in: *Le Monde diplomatique* 748, 1, 8–9
- Lux, Julia, 2016: Disciplining large member states during the crisis. Analyzing the discursive strategies of the EU and German actors on France, in: *Critical Policy Studies*, 1–17
- Poulantzas, Nicos, 2002: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg
- Syrovatka, Felix, 2015: Der Aufstieg der Madame Le Pen. Die Strategie der Front National im Europawahlkampf, in: *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 180, 387–409
- Ders., 2016: *Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung*, Wiesbaden

---

1 Der derzeitige Anteil von Studierenden aus den *classes populaires* an den *grandes écoles* beträgt knapp 4 Prozent (vgl. Keslassy 2010).

2 Die französischen Parteien unterscheiden zwischen zahlenden (*adhérents*) und aktiven (*militants*) Mitgliedern. Gezählt werden ausschließlich die zahlenden Mitglieder, da nur diese wahlberechtigt sind.

3 Valls hatte bei den parteiinternen Vorwahlen 2011 nur 5,6 Prozent der Stimmen erhalten und konnte sich in der Vergangenheit auf Parteitagen nur selten durchsetzen.

# AUTORITÄR GEWENDET

## REGIERUNGSPOPULISMUS UND DAS MODELL RENZI

**MARCO REVELLI**

Die Regierung in Italien, die Matteo Renzi ab 2014 geführt hat,<sup>1</sup> betreibt eine Politik, die in vielerlei Hinsicht auf einer Linie liegt mit den Entwicklungen, die in zahlreichen europäischen Staaten zu beobachten sind: Sie vollzieht einen Wandel der traditionellen Form der repräsentativen Demokratie hin zu einer tendenziell oligarchischen Machtausübung, in der Entscheidungskompetenzen von der Legislative zur Exekutive, also vom Parlament hin zur Regierung, verschoben werden. Zugleich wird die Entscheidungsautonomie repräsentativer Organe zugunsten nicht gewählter Expertengremien und Institutionen eingeschränkt. Einige haben das als »Vollstreckungsdemokratie« bezeichnet oder auch als Postdemokratie.

Dennoch weist die Art, wie der italienische Ministerpräsident seine Rolle interpretierte, einige Besonderheiten auf, die den italienischen Fall zu einer originären Form des »Populismus von oben« oder des »Regierungspopulismus« macht (vgl. Caccia in



diesem Heft). Es ist eine neue Form des Populismus, der die Massen ergreift und gleichzeitig in den Institutionen verankert ist. Diese politische Form breitet sich auf dem ganzen Kontinent aus. Sie ist besorgniserregender als andere, ähnliche ›Krankheiten‹, da sie nicht an den Rändern, sondern im Zentrum der Macht ausbricht. Sie kommt nicht von unten, wie es bei solchen Bewegungen sonst oft der Fall ist, sondern ›von oben‹, aus dem Herzen der Regierung selbst.

Wenn ich hier von Populismus spreche, beziehe ich mich weniger auf dessen programmatische Inhalte – die längst vom europäischen Establishment geteilt werden – sondern vielmehr auf die politische Form. Ihr Kennzeichen ist es, das ›Volk‹ als solches anzurufen, und zwar nicht nur jenseits der Institutionen, die es repräsentieren, sondern in vieler Hinsicht sogar gegen diese. Das ›Volk‹ wird als eine Gesamtheit angesprochen, die sich dem eigenen Vertretungsanspruch entgegenstellt, ihre Vertretungsorgane als ›Kaste‹ denunziert. Dieser Populismus arbeitet mit einer Rhetorik oder einer Erzählung, die auf der emotionalen Identifikation der ›Masse‹ mit der ›Führung‹ beruht. Letztere ist insofern mit einer übergroßen Macht ausgestattet, da es als ihre Aufgabe gilt, die betrogenen Interessen und Rechte der Machtlosen zu vertreten. Mit anderen Worten: Es geht um eine starke Personalisierung von Herrschaft und um eine radikale Feindschaft gegenüber allen Formen gesellschaftlicher Vermittlung und Vertretung.

Wenn das die charakteristischen Merkmale eines Populismus des Post-20.-Jahrhunderts sind – eines Populismus, der sich immer deutlicher als »Alterskrankheit

der Demokratie« entpuppt, als pathologisches Symptom einer Demokratie, der es nicht mehr gelingt, weite Teile der eigenen Bevölkerung zu vertreten – dann verkörpert Matteo Renzi all diese Charakteristika in Reinform. Es beginnt damit, wie er sich im Februar 2014 ins Zentrum des politischen Systems Italiens katapultierte: Zunächst beseitigte er die Letta-Regierung, und zwar auf außerparlamentarischem Weg, durch eine Art ›Palastrevolte‹. Trotz massiven Drängens war es Renzi nicht gelungen, seinen innerparteilichen Konkurrenten, Ministerpräsidenten Enrico Letta, nach nur zehnmonatiger Amtszeit zum Rücktritt

**MARCO REVELLI** lehrt als Politologe und Soziologe an der Universität Piemonte Orientale. Politisch sozialisiert wurde er in der operaistischen Bewegung der 1960er Jahre. Er war Mitbegründer von Lotta Continua und schrieb für verschiedene linke Zeitschriften. 2014 gehörte er zu den Unterstützern der Liste Tsipras bei den Europawahlen.

zu bewegen, um ihn politisch zu beerben. Daraufhin erzwang er Lettas Abdanken durch eine Abstimmung des erweiterten Parteivorstandes der Demokratischen Partei (PD) – vorbei an Abgeordnetenkammer und Senat.<sup>2</sup> Dies konnte ihm nur durch eine enge Absprache mit dem Präsidenten der Republik, Giorgio Napolitano, gelingen, der Neuwahlen unbedingt verhindern wollte. Renzi wurde eher zum Ministerpräsidenten ›erwählt‹ denn ›gewählt‹ – und das in einem Moment der tiefen politischen und institutionellen Krise, quasi in einem politischen Vakuum. Die Regierung befand sich an einem toten Punkt, ihr fehlte jede Initiative und sie litt unter einem

massiven Zustimmungsverlust in der Bevölkerung. Charakteristisch für diesen politischen Tiefpunkt war sowohl eine Delegitimierung des Parlaments – man erinnere sich an die peinliche Aufführung anlässlich der Wahl des Präsidenten der Republik im April 2013 – als auch eine Krise der PD, die sich niemals vollständig vom ›Sieg ohne Sieg‹ bei den Wahlen im Februar 2013 erholt hat.<sup>3</sup>

Wahrscheinlich war es dieses ›systemische Vakuum‹ – ein institutionelles, politisches und organisatorisches Vakuum – das alle relevanten formellen wie informellen Machtzentren dazu brachte, sich auf einen solch abseitigen politischen Weg zu begeben. Diese Machtzentren reichten von den Europäischen Institutionen, Vertretungen und Staatskanzleien über die globalen Finanzzentren bis hin zu der unmittelbarsten Macht, dem italienischen Staatsoberhaupt, das gleichzeitig als König und Königsmacher fungierte – sie alle zuzustimmen, die Figur eines absoluten Außenseiters mit einem barbarischen Stil als Ministerpräsident einzusetzen und dies als ›letzten Ausweg‹ aus der bestehenden Systemkrise darzustellen – als ob diese Extradosis Populismus nötig gewesen wäre, um ein offen anti-populäres Programm zur Regierungspraxis zu machen.

Auf der anderen Seite war Matteo Renzi der Erste, der es mit der systemischen Krise der italienischen Politik insofern aufnahm, als er sie statt als Hemmnis als Ressource betrachtete. Regierungs-, Legitimations- und Repräsentationskrise, die Krise der Parteiform und natürlich die ökonomische Krise, all das vermochte er für sein eigenes Programm zu nutzen: als Rechtfertigung für seinen

Anspruch, der »einzig Mann am Steuer« zu sein, und als Rechtfertigung einer unglaublichen Personalisierung von Macht, die auf die traditionellen Institutionen nicht mehr bauen konnte. Renzi war der Erste, der sich bewusst dafür entschied, aus der Krise der repräsentativen Ordnung und der ihr zugrunde liegenden Parteiform Gewinn zu schlagen und seine eigene Rolle im Rahmen eines explizit post-demokratischen Modells aufzuwerten.

All das war von Anfang an klar. Man könnte sagen, Renzi habe sein Programm vom ersten offiziellen Akt an offensiv zur Schau gestellt: Seine erste Rede hielt er am 24. Februar 2014, gerade mal zehn Tage nach der Entmachtung von Letta, im Senat – in dem Senat, der gerade dabei war, sich selbst in eine Kammer lokaler Administrator\*innen zu verwandeln. Es war eine gewollt zusammenhanglose Rede, die informell und volkstümlich erscheinen sollte, und während der er die ganze Zeit den Blick in die Ferne und die Fernsehkameras richtete, um den Eindruck zu erwecken, er spräche direkt in die Wohnzimmer der Familien – jedenfalls ganz klar über die besorgten Gesichter der vor ihm sitzenden Senator\*innen hinweg. Von diesem Moment an deutete alles klar auf seinen Willen hin, reinen Tisch zu machen mit dieser ›Gesellschaft der Vermittlung‹ mit all ihren Institutionen, die zwischen Volk und Staat vermittelten, mit den geronnenen Formen einer repräsentativen Demokratie, zuvorderst dem Parlament, aber auch mit all den anderen gesellschaftlichen Organen der Interessenvertretung, den Gewerkschaften, Berufsverbänden, der Handelskammer bis hin zum Arbeitgeberverband – sie alle wollte er als zu korporatistisch hinwegfe-



gen. Sogar seine Kleidung an diesem Tag war entsprechend inszeniert: in Hemdsärmeln (ein wenig wie die peronistischen »Hemdlosen« der 1950er Jahre), das Smartphone in der Hand, immer für einen Tweet bereit oder für ein Bild auf Facebook wie ein 15-Jähriger, und mit dem Laufschrift eines Menschen, der keine Zeit zum Plaudern hat, getrieben vom Fieber des Handelns.

Dieses Projekt der ›Ent-Mittlung‹, der Entmachtung aller repräsentativen Institutionen und der Unterordnung jeder einzelnen Instanz unter die Sphäre der Regierung, wurde in den zwei Jahren seiner Regierung mit einer unglaublichen Geschwindigkeit durchgezogen:

- Mit dem Jobs Act, der neoliberalen Arbeitsmarktreform von 2014, und der massiven Ein-

Renzi (rechts) am Fenster, Parma 2014, Città di Parma/flickr ①②

schränkung des Rechts auf Tarifverhandlungen, die Renzi abwertend als »korporatistisch« bezeichnete, verpasste er den Gewerkschaften einen herben Schlag und schränkte ihre Rolle massiv ein. Im renzianischen Sprachgebrauch hieß das: »Sie wurden plattgemacht«. Aber auch die Rolle der Arbeitgeberorganisationen wurde beschnitten zugunsten direkter Beziehungen zwischen Regierungschef (oder einem seiner Minister\*innen) und einzelnen Spitzenvertreter\*innen der großen Konzerngruppen, allen voran Fiat Chrysler).

- Das nach Maria Elena Boschi benannte Gesetz zur Verfassungsreform vom Oktober 2015 schränkt die repräsentative Funktion des

Parlaments stark ein.<sup>4</sup> Im Grunde stellt es vor allem eine Senatsreform dar und stuft diesen zu einem Organ indirekter Vertretung zurück, in dem zudem eine Reihe von Mitgliedern der Regierung ernannt werden – letztlich zu einem Organ der Klassen-Herrschaft. Außerdem befördert es die Vertikalisierung von Entscheidungsprozessen zugunsten von Regierungsinitiativen. Die Art und Weise, mit der dieses Gesetz parlamentarisch durchgesetzt wurde – durch ein Misstrauensvotum und mit einer einfachen Regierungsmehrheit – zeigt, wie die völlig verzerrte Wahrnehmung demokratischer Prozesse durch die Regierungen die grundlegenden Prinzipien der modernen Verfassung beschädigt. Eine Verfassungsänderung kann niemals per Erlass einer Regierung zustande kommen. Es zeigt darüber hinaus auch die Verkehrung im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative.

■ Die eigentliche Grundlage des Repräsentationsprinzips schließlich wurde mit dem neuen Wahlgesetz, dem sogenannten *Italicum*, auf den Kopf gestellt. Es weist der Partei, die im zweiten Wahlgang die Stichwahl gewinnt, einen unverhältnismäßigen Mehrheitsbonus von 55 Prozent zu – und das unabhängig von dem in der ersten Runde erzielten Ergebnis. Dies zerstört das Verhältnis zwischen Wählerschaft und gewähltem Organ, zwischen Wähler\*innen und Gewählten, und zieht eine weitere Grenze zwischen oben und unten.

Die Verfasser\*innen des Aufrufs »Libertà e Giustizia« (Freiheit und Gerechtigkeit), die 2002 gegen die Regierung Berlusconi die gleichnamige Bürgerplattform bildeten, waren insofern vorausschauend, als sie schon damals auf das Risiko eines Autoritarismus neuen Typs

hinwiesen und sich mit dieser These als Erste aus der Deckung begaben. Dieser renzianische Weg basiert auf der Zerstörung der gesamten institutionellen Architektur einer repräsentativen Demokratie und der »Verschrottung« ihrer eigentlichen Idee. Dies geschieht mit einer jugendlichen Unbekümmertheit, als wäre es ein Spiel, in dem das Glück über die Berechnung und die Geschwindigkeit über den Gedanken siegt. »Wir sehen ohnmächtig zu, wie unsere Verfassung umgestoßen wird, und zwar vonseiten eines durch das Urteil des Verfassungsgerichtes (Nr. 1/2014) explizit delegitimierten Parlaments, mit dem Ziel, ein autoritäres System zu errichten, das dem Ratspräsidenten unbeschränkte Macht verleiht«, so der Wortlaut eines Aufrufs, der von einigen der angesehensten italienischen Verfassungsrechtler\*innen, wie Gustavo Zagrebelsky, Lorenza Carlassare und Stefano Rodotà, unterschrieben wurde, sowie von zahlreichen Intellektuellen, die seit Langem für ihr zivilgesellschaftliches Engagement bekannt sind. Sie kommen zu dem Schluss: »Eine plebiszitäre Demokratie ist mit unserer Verfassung nicht vereinbar und ist gleichzeitig etwas, das kein Bürger, der seine politische und zivile Freiheit achtet, sich wünschen kann.« Doch der triumphale Durchmarsch Renzi ist holpriger geworden. Kulturelle Instabilität und charakterliche Schwächen haben das Podest der Zustimmung, auf das die Europawahlen Renzi gestellt hatten, inzwischen ausgehöhlt. Die Partei, mit deren Hilfe er an die Spitze des Landes gelangen wollte, bröckelt selbst, ihr Programm schwimmt und ihr Zusammenhalt schwindet, je schwächer die charismatische Führung wird und je mehr Mühe sie hat, als

verbindender Pol von oben zu funktionieren, während die lokalen Machthaber allmählich Vorstehern prämoderner Kleinfürstentümer ähneln. Die letzten Wahlen, bei denen die PD von Rom bis Turin und Neapel kräftige Verluste hinnehmen musste, zeigen dies.

Nach dem Referendum vom 4. Dezember 2016 und angesichts der Kräfteverhältnisse innerhalb der europäischen Institutionen ist derzeit unklar, ob der von Renzi eingeschlagene Weg nun am Ende ist. Er wird sicher verschlungener und unwegsamer werden, fand aber bislang Unterstützung vonseiten mächtiger nationaler Oligarchien. Auch auf europäischer Ebene wurde ihm kaum etwas entgegengesetzt. Zum momentanen Machtvakuum kommt eine neue Bankenkrise hinzu. Diese wird in eine politische Krise führen, die tiefer ist als jene, die Renzi vorgefunden hatte. Möglicherweise wird es auch zu einer neuen »technischen Regierung« kommen, wie die, zu der Italien zwischen 2011 und 2012 bereits gezwungen war. Oder es gelangt mit Beppe Grillo ein noch aggressiverer Demagoge an die Macht. In jedem Fall werden wir uns in einer bisher ungekannten Form der Postdemokratie wiederfinden, in der sich das, was von der historischen Linken übrig geblieben ist, in einer extrem schwierigen Lage befindet, eingequetscht zwischen drei unterschiedlichen Formen des Populismus: dem offen reaktionären und xenophoben der Rechten von Salvini und Meloni; dem zwischen links und rechts angesiedelten der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und dem »Populismus von oben« der PD von Renzi. Insbesondere mit Blick auf die beiden letztgenannten Kräfte, die das Terrain linker Politik systematisch ausgetrocknet

haben, muss die Linke zwingend einen echten »Neuanfang« entwerfen. Und zwar sowohl was die Sprache angeht als auch die Organisationsform und die Kategorien der politischen und gesellschaftlichen Analyse. Sonst wird sie mit endgültiger Irrelevanz gestraft werden.

*Aus dem Italienischen von Uwe Michel*

---

1 Der Artikel wurde verfasst, bevor am 4. Dezember 2016 das Referendum über die von Renzi angestoßene Verfassungsreform in Italien stattfand. Da rund 60 Prozent der Wähler\*innen mit »Nein« stimmten, reichte Renzi am nächsten Tag seinen Rücktritt ein. Ob es einen neuen Ministerpräsidenten geben oder neu gewählt werden wird, war bis Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

2 Die beiden Parlamentskammern, Senat der Republik und Abgeordnetenversammlung, sind im Gesetzgebungsverfahren absolut gleichberechtigt und unterscheiden sich nur hinsichtlich Anzahl, Zusammensetzung und Wahlmodus ihrer Mitglieder. Sie werden zeitgleich alle fünf Jahre gewählt. Anders als die Abgeordnetenversammlung, deren 630 Sitze auf nationaler Ebene gewählt werden, setzt sich der Senat auf regionaler Basis zusammen. Jede der 20 Regionen stellt eine festgelegte Anzahl an Senator\*innen, die je nach Bevölkerungszahl in der Region variiert.

Hinzu kommen maximal fünf vom Staatspräsidenten ernannte Senator\*innen auf Lebenszeit. [Anm. d. Red.]  
3 Die Mitte-links-Koalition um den Ministerpräsidentenskandidaten und PD-Vorsitzenden Pier Luigi Bersani hatte sich damals im Abgeordnetenhaus äußerst knapp gegen das rechte Bündnis um Berlusconi durchgesetzt. Im Senat dagegen gab es ein Patt. Nachdem Bersanis Versuche, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden, fehlgeschlagen waren, kündigte Staatspräsident Napolitano Anfang April den Einsatz einer zehnköpfigen Expertenkommission aus Politik, Wirtschaft und Justiz an, die auf Grundlage der Parteiprogramme innerhalb von zehn Tagen wichtige institutionelle Reformen und wirtschaftliche Maßnahmen erarbeiten und damit eine Annäherung der großen Parteien ermöglichen sollte. Als auch dies nicht gelang, trat Bersani zurück. Am 23. April 2013 beauftragte schließlich der wiedergewählte Staatspräsident Napolitano den PD-Vize Enrico Letta mit der Regierungsbildung. [Anm. d. Red.]

4 Der Gesetzesentwurf wurde bereits von beiden Kammern genehmigt, am 4. Dezember sollte per Referendum endgültig über sein Inkrafttreten entschieden werden. Nachdem rund 60 Prozent für »Nein« gestimmt hatten, kündigte Renzi seinen Rücktritt an. Ob die bereits beschlossenen Teile der Reform, unter anderem die Änderung des Wahlrechts, wieder rückgängig gemacht werden, war bis Redaktionsschluss noch nicht entschieden. [Anm. d. Red.]

# DREI POPULISMEN UND KEIN ›VOLK‹

POLITISCHE KONSTELLATIONEN IN ITALIEN

**BEPPE CACCIA**

Aus linker Sicht bildete die Geschichte Italiens im Vergleich zu anderen westlich-kapitalistischen Ländern lange Zeit eine positive ›Anomalie‹: In den 1970er Jahren gab es die heftigsten Arbeiterkämpfe und zu Beginn des 21. Jahrhunderts die breiteste Antiglobalisierungsbewegung. Die politischen Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre stechen hingegen eher negativ hervor: Klassenkonflikte sind schwach ausgeprägt, die sozialen Bewegungen zersplittert und die politische Linke steht abgedrängt am Rand.

Viele haben das Phänomen Renzi mit der allgemeinen Krise und dem Niedergang der Sozialdemokratie in Europa in Verbindung gebracht. Ich möchte die Politik des vormaligen italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi darüber hinaus im Kontext der Entstehung unterschiedlicher Populismen in Italien interpretieren. Populismus verstehe ich dabei als eine Politikform, die sich unmittelbar auf ein vermeintliches ›Volk‹ bezieht und es als organisch-homogenes Ganzes ohne Klassen-

unterschiede betrachtet (vgl. Mezzadra 2016; Visentin 2016, ). Ich sehe drei Formen eines solchen Populismus: erstens den Rechtspopulismus, wie er von Matteo Salvini und der Lega Nord vertreten wird. Interessanter und wichtiger sind jedoch zum einen der ›doppelbödeige Populismus‹ von Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung (MoVimento 5 Stelle) und zum anderen der ›Regierungspopulismus‹, wie Matteo Renzi und die Demokratische Partei (PD) ihn geprägt haben (vgl. Revelli, 2015 und in diesem Heft).

## RECHTSPOPULISMUS

Die rechte Form des Populismus in Italien lässt sich in erster Linie vor dem Hintergrund verstehen, dass sich das reaktionäre Spektrum nach zwei Jahrzehnten Berlusconi-Hegemonie noch nicht wirklich neu aufgestellt hat: Die Rechte hat ein Führungsproblem, das auf eine tiefe Krise der sozialen und politischen Identität zwischen gemäßigtem Konservatismus und gehässigem Trumpismus verweist. Die innerrechte Konkurrenz hat Matteo Salvini, Chef der Lega Nord, zu einem schnellen Aufstieg verholfen. Von einer regionalistischen und separatistischen Partei verwandelte er die Lega Nord in eine nationalistische und ausländerfeindliche Kraft, die dem französischen Front National oder der Alternative für Deutschland (AfD) ähnelt. Mit etwa 14 Prozent erzielt sie schon jetzt beunruhigend hohe Wahlergebnisse.

## REGIERUNGSPOPULISMUS

Renzi hat es geschafft, der historischen Kontinuität innerhalb der ehemaligen kommunistischen Partei (PCI) ein Ende zu setzen. Es gelang ihm, eine Parteiführung an den Rand

zu drängen, die noch innerhalb der Jugendorganisationen der PCI politisiert worden war, die nach 1989 die Transformation zu einer sozialdemokratischen Kraft durchgesetzt hatte und die schließlich mit den sozial eingestellten, eher linksgerichteten Katholik\*innen zur PD fusionierte. Mit dem Vorsatz, diese alte Führung »zu verschrotten«, verwandelte Renzi die PD in eine stark zentralisierte Organisation, die in den letzten Jahren nur auf nationales Regierungshandeln ausgerichtet war. Das wichtigste Parteiziel bestand darin, neoliberale Politiken durchzusetzen und eine zentristische nationale Volkspartei zu werden.

**BEPPE CACCIA** ist Philosoph, Post-Operaist und arbeitet zur Geschichte des politischen Denkens. Er ist in sozialen Bewegungen aktiv, unter anderem bei Blockupy International, ist Mitglied des Kollektivs EuroNomade und im Board von European Alternatives. Von 2001 bis 2005 war er stellvertretender Bürgermeister in Venedig.

Renzi spielte eine zentrale Rolle, als es darum ging, das Europäische Krisenmanagement zu ›normalisieren‹ und in ein strukturiertes Akkumulationsregime zu überführen, welches durch ein extremes Ungleichgewicht der Kräfte, wachsende Prekarisierung und ein Auseinanderdriften der Vermögensverteilung gekennzeichnet ist. Dazu diente die Arbeitsmarktreform Jobs Act, die soziale Rechte noch radikaler abbaute als das in Frankreich höchst umstrittene Loi El Khomri (vgl. Syrovatka in diesem Heft). Den nächsten Schritt wollte Renzi mit dem Referendum zur Verfassungsreform gehen. Zusammen mit der bereits beschlos-

senen Reform des Wahlrechts zielte diese auf eine Schwächung des Parlaments bei gleichzeitiger Stärkung der Exekutive. Auch wenn Renzi mit diesem Referendum nun eine schwere Niederlage erlitten hat (59,1 Prozent der Wahlberechtigten stimmten am 4. Dezember 2016 mit »Nein«), so handelt es sich doch um eine Tendenz, die sich auch auf europäischer Ebene beobachten lässt. Renzis Erzählung und seine Rhetorik, die von einer beeindruckenden medialen Propagandamaschine gestützt wurden, setzten einerseits auf Innovation, Optimismus und Hoffnung und andererseits auf ein Schüren von Angst vor »Instabilität«. Das unterschied ihn von anderen europäischen Ländern und deren Austeritätspolitiken. Gepaart mit einigen demagogischen Maßnahmen konnte er für eine gewisse Zeit außergewöhnliche politische Erfolge erzielen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 erhielt die PD mehr als 40 Prozent der Stimmen. Dieser Konsens begann jedoch vor einiger Zeit zu bröckeln. Bei den Bürgermeisterwahlen von 2016 erlitten die Kandidaten der PD in Rom und Turin beispielsweise deutliche Niederlagen und in aktuellen Umfragen liegt die Partei mit 30 Prozent unterhalb der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S). Letztlich hat Renzis »Regierungspopulismus« dazu geführt, dass die Mitte-links-Wähler\*innen wegbrechen, die die Partei lange Zeit getragen haben, ohne dass sich eine neue stabile Klientel herausgebildet hätte. Die Niederlage im Referendum wurde nicht zuletzt durch eine soziale Ablehnung der Regierungspolitik verursacht, die über den Inhalt der Verfassungsreform weit hinausgeht.

In der M5S und ihrem »doppelbödigen Populismus« hatte Renzi außerdem einen

starken Gegenspieler. Es war einfach zu zeigen, wie sehr das Phänomen Renzi von einer »Innovation« bereits zum »Establishment« geworden war. Entsprechend führte der Wunsch nach Veränderung vor allem zu einem Stimmenzuwachs für M5S. Auch die Stimmen für rechte Kandidat\*innen und Parteien kamen in der zweiten Wahlrunde der Kommunalwahlen jeweils den M5S-Kandidat\*innen zugute, die gegen die PD antraten. Ähnliches wird sich wahrscheinlich in den nächsten landesweiten Wahlen wiederholen, die für Frühjahr 2018 angesetzt waren, nun aber vielleicht vorgezogen werden. Trotz allem sehen wir ziemlich sicher nicht das Ende des Phänomens »Renzi«. Dieser wird auch in der komplizierten politischen Phase eine Rolle spielen, die jetzt beginnt.

## **DOPPELBÖDIGER POPULISMUS**

Wenn ich den Populismus der M5S als »doppelbödig« bezeichne, beziehe ich mich nicht nur auf die vielen Widersprüche, die sich in ihren Reden und Programmen ausmachen lassen: ihre zweifelhaften Ansichten zu den Themen Migration und Rassismus, ihre unterwürfige Haltung gegenüber ökonomischer Macht und der kapitalistischen Marktlogik oder die heterogene Zusammensetzung ihrer Führungsriege und Aktivisten-Basis. Ich möchte vielmehr auf die Tatsache hinweisen, dass die Fünf-Sterne-Bewegung trotz ihres »Anti-System«-Tickets im Grunde die letzte Instanz darstellt, die das bestehende System noch zu legitimieren vermag. Wie unter anderem das Schreibkollektiv Wu Ming schon 2013 argumentierte, hat die M5S »das bestehende System insofern effektiv verteidigt, als sie als



Kraft agiert, die Aufstände unterdrückt und das System stabilisiert«. In diesem Sinne hat sie die schwächelnde politische Repräsentation neu belebt und soziale Konfliktodynamiken in Italien »eingefroren«.

Während in Europa und in vielen anderen Teilen der Welt die Bewegungen der Plätze die politische Bühne bespielten, gelang es Beppe Grillo und dem kürzlich verstorbenen Gianroberto Casaleggio in Italien, die dort artikulierte »Empörung« aufzunehmen und in Wahlerfolge zu verwandeln. Beide sind wohlhabende Männer Mitte 60, die aus der Unterhaltungsindustrie und dem Marketing kommen. »Sie haben«, so Wu Ming, »ein politisch-wirtschaftliches Franchise geschaffen mit eigenem Copyright und eigener Marke – eine Bewegung, die rigoros von oben kontrolliert und motiviert wird, die Slogans und Ideen sozialer Bewegungen kapert und diese mit Rechtfertigungen eines »ethischen Kapitalismus« sowie mit oberflächlichen Statements zu individueller Aufrichtigkeit vermengt« (ebd.).

Doch die M5S behindert nicht nur soziale Konfliktodynamiken, sondern greift auch parasitär auf die Forderungen und Aktivitäten von Grassroots-Bewegungen zu. In lokalen Kämpfen gegen Infrastrukturprojekte oder für den Schutz von Gemeingütern (wie im Fall der No-TAV-Bewegung gegen die italienischen Hochgeschwindigkeitszüge) stellt M5S nie die Inhalte der Proteste infrage, sondern bindet diese einfach in bestehende Institutionen und Strukturen ein. Indem sie die Anliegen und Vorschläge sozialer Bewegungen kopiert, ohne jedoch Mitbestimmung von unten zuzulassen, reproduziert sie eine strikte Arbeitsteilung zwischen Grassroots-Initiativen auf der einen



Studierendenproteste gegen Renzi's Politik, Ivan Crivellaro/flickr ©

und institutionalisierter politischer Repräsentation auf der anderen Seite. Damit schreibt sie die starre Trennung zwischen dem Sozialen und dem Politischen fort und zementiert das Prinzip, politische Verantwortung an Vertreter\*innen abzugeben. Ganz anders als Podemos in Spanien spielt die M5S mit ihrer hierarchischen und unternehmerischen Form der Organisation schlicht eine konservative Rolle in der italienischen Politik.

### **IST EIN LINKER POPULISMUS MÖGLICH?**

Meine abschließende Frage ist: Kann sich vor diesem Hintergrund ein »vierter Pol« herausbilden, der im Stande wäre, eine

linke Perspektive auf das »soziale Nein« des Referendums zu geben? Oder anders: Gibt es Spielraum für eine neue Linke, die es mit den aktuellen Herausforderungen in Europa aufnehmen könnte und in der Lage wäre, sowohl dem Neoliberalismus an der Regierung als auch den nationalistischen Populismen etwas entgegenzusetzen?

Traditionelle linke Handlungsformen funktionieren nicht mehr. Wie sich in Italien gezeigt hat, wird die Linke von den drei beschriebenen Populismen an den Rand gedrängt. Ich möchte dennoch ein paar Bedingungen skizzieren, unter denen es weiterhin schwer, aber nicht unmöglich wäre, den »Fluch der drei Populismen« zu brechen. Unabhängig davon, was wir von einem »linken Populismus« halten, müssen wir feststellen, dass die wichtigsten »leeren oder schwebenden Signifikanten« (Laclau), die in den vergangenen Jahren in Spanien eine Rolle gespielt haben, in Italien bereits genutzt werden. Das ist zum einen das »weder rechts noch links«, das einen wichtigen rhetorischen Baustein aller drei italienischen Populismen bildet. Zum anderen ist es das Motiv »das Neue gegen das Alte« – Renzis Hauptargument im »Verschrotten« der früheren Mitte-links-Führung der PD. Die dritte Spielart, das »unten gegen oben« oder »das Volk gegen die politische Kaste« bildet den entscheidenden Punkt in jeder M5S-Rede, es ist eine Art Markenzeichen der Bewegung. Anders als in Spanien meinen die Wortführer der M5S mit dem Wort Kaste jedoch ausschließlich die Berufspolitiker\*innen und vermeiden jeden Angriff auf die Eliten in einem weiteren Sinne, der die ökonomischen, finanziellen, medialen und politischen Oligarchien einschließt.

Dieser Gedankengang birgt die Gefahr, die »populistische Methodologie« zu mechanisch anzuwenden, zu abstrakt und zu weit entfernt von einer wirklichen Bearbeitung der relevanten Themen. Die Dynamiken der vergangenen Monate haben deutlich mehr politische Räume geöffnet, die es wert wären gefüllt zu werden. Auf der einen Seite ist die von der Renzi-Regierung versprochene Umverteilung angesichts der wirtschaftlichen Stagnation in Europa, besonders aber in Italien, gescheitert. Das führt zu wachsender sozialer Unzufriedenheit. Auf der anderen Seite können wir bei M5S das zweifelhafte Bemühen erkennen, sich beim ökonomischen und medialen Establishment beliebt zu machen. Sie hofft so, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Gleichzeitig kämpft sie darum, in den bei den Kommunalwahlen neu gewonnenen Städten und Verwaltungen die Regierungsarbeit halbwegs in den Griff zu bekommen – das zeigt insbesondere ein Blick nach Rom.

### **SPIELRÄUME ÖFFNEN**

Diese Widersprüche öffnen Räume für eine innovative linke Politik, wie sie zum Teil schon bei den letzten Kommunalwahlen zu beobachten war. In Neapel beispielsweise wurde Luigi de Magistris für eine zweite Amtszeit gewählt. Er war als Unabhängiger zur Bürgermeisterwahl angetreten und beschreibt seine Erfahrungen in diesem Amt mit dem Begriff der »rebellischen Stadt«, worunter er einen offenen und produktiven Austausch mit sozialen Bewegungen, bürgerschaftlichem Engagement und selbstorganisierten Stadtteilinitiativen versteht. In Neapel wurden Grundrechte verteidigt und lokalpolitische Entscheidungen getroffen, die

das herrschende neoliberale Paradigma auf Landesebene herausforderten – teils sogar durch bewusstes Überschreiten der kommunalpolitischen Befugnisse und zivilen Ungehorsam gegenüber Regeln, die von außen und von oben aufgezwungen wurden.

Es gibt in Italien mehrere Beispiele solcher »Bürgerplattformen«, die derzeit noch am Anfang stehen, aber allesamt einen radikalen municipalistischen Ansatz verfolgen, einen Ansatz, der auf lokaler Ebene versucht, alte und neue linke Kräfte in einem gemeinsamen Projekt zusammenzubringen. Aus diesem Blickwinkel könnte in Italien sogar die Gründung einer neuen linken Partei ein nützlicher Schritt sein, der Räume der Vernetzung öffnet. Dies allerdings nur unter der Bedingung, dass diese weder in einer fruchtlosen Debatte über Mitte-links-Bündnisse stecken bliebe noch einfach die politische Klasse neu aufstellen würde, die in den vergangenen 15 Jahren abgewählt wurde. Ein solcher Prozess könnte dann erfolgreich sein, wenn die neue Partei eine veränderte Verbindung zu den Bewegungen und den municipalistischen Laboratorien aufbauen könnte, wenn ihre Organisationsform radikal föderal wäre und sie direkter auf die materiellen Bedürfnisse und Veränderungswünsche der Bevölkerung eingehen würde, als dies bisher der Fall war – und wenn sie imstande wäre, sich auf europäischer Ebene Verbündete zu suchen und mit diesen gemeinsam zu handeln.

Dies ist offensichtlich kein leichter Weg, noch dazu, wo wir nicht wissen, wie das Terrain nach dem Ausgang des Referendums bestellt sein wird. Wir müssen dennoch versuchen ihn zu gehen. Von Gramsci haben wir

gelernt, dass »das Volk« als bestehende Einheit nicht existiert, solange es nicht politisch mobilisiert wurde. Die Idee des »Volkes« kann ihre Konturen überhaupt nur durch gemeinsame Kämpfe ausbilden. Und die Diagnose, dass in den derzeitigen Populismen im Grunde »das Volk fehlt«, kann nicht dadurch behoben werden, dass man überlegt, wie sich dieses imaginierte »organische Ganze« passiv repräsentieren lässt. Im Gegenteil: Es muss darum gehen, wie sich der »eine Teil« – der Teil der gesellschaftlichen Mehrheit – so organisieren lässt, dass er die ihm eigenen Klasseninteressen gegen andere durchsetzen kann.

In diesem Sinne müssen die drei Formen des italienischen Populismus sowohl als Symptome einer Krankheit betrachtet werden, unter der Europa leidet, als auch als konservative Kräfte, die versuchen, die aktuelle politische Konstellation jenseits echter Alternativen zu stabilisieren. Um dagegen anzukommen, müssen wir neue Formen politischer Subjektivität und politischen Handelns entwickeln, die imstande sind, das »fehlende Volk« anzusprechen und zu organisieren.

*Aus dem Englischen von Lea Hartung*

#### LITERATUR

- Mezzadra, Sandro, 2016: Il populismo come sintomo. Lottare per un popolo che manca, in: OperaViva, <http://operaviva.info/il-populismo-come-sintomo>
- Revelli, Marco, 2015: Dentro e contro. Quando il populismo è di governo, Laterza, Bari – Roma
- Visentin, Stefano, 2016: Cosa si può imparare dal populismo, in: Quaderni di Rassegna Sindacale 2/2016
- Wu Ming Foundation, 2013: The Five Star Movement is not radical – Beppe Grillo is one of them, not us [Die Fünf-Sterne-Bewegung ist keine radikale Kraft – Beppe Grillo ist einer von ihnen, nicht einer von uns], in: The Guardian, 28.2.2013, [www.theguardian.com/commentis-free/2013/feb/28/five-star-movement-beppe-grillo](http://www.theguardian.com/commentis-free/2013/feb/28/five-star-movement-beppe-grillo)

# IMPLOSION

## WARUM SICH DIE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI SPANIENS (PSOE) SELBST ZERSTÖRT

---

**JUAN ANDRADE**

*Die Erosion der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) geht weiter. In einem innerparteilichen Coup stürzten die Vorstandsmitglieder um Felipe González am 1. Oktober 2016 den amtierenden Generalsekretär Pedro Sánchez. Ihr Ziel war es, eine Kooperation zwischen PSOE und Unid@s Podemos und damit eine »Regierung des Wandels« zu verhindern. Stattdessen wollten sie den Weg frei machen für eine »Regierung der nationalen Einheit« unter Führung der rechtskonservativen Partido Popular mit ihrem Ministerpräsidenten Mariano Rajoy. Eine innerparteiliche Revolte des Establishments gegen das zarte Pflänzchen der Erneuerung. (Die Redaktion)*

Nun ist es doch passiert. Die Krise der PSOE hat letztlich zu einer Implosion geführt. Die Partei zerstört sich von innen heraus – und das in einer Weise, die sogar bei Widersachern eher Verwunderung als Genugtuung auslöst. Kommentator\*innen vergleichen die Situation mit der, die die Partei im Mai 1979 durchlaufen hatte. Damals sah sich der Generalsekretär gezwungen seinen Hut zu nehmen, da die

Parteibasis seinen Vorschlag zur ideologischen Neuausrichtung ablehnte. Wurde die interne Krise der PSOE seinerzeit als Bedrohung für den Fortgang der damaligen *Transición*, den Übergang von der Franco-Diktatur zur liberalen Demokratie, angesehen, so ist sie heute offensichtlicher Ausdruck einer Krise ebenjenes politischen Systems, das aus der *Transición* hervorgegangen ist. Insofern können beide Momente als Beginn und Schlusspunkt eines langen Zyklus angesehen werden. Nicht umsonst spielt mit Felipe González bei beiden Ereignissen dieselbe Person die Hauptrolle. Im Jahr 1979 war ihm ein Kunstgriff gelungen: Er brachte die Parteimitglieder, die ihn abgestraft hatten, dazu, ihre Schuldgefühle ob seines Rücktritts dadurch zu verarbeiten, dass sie ihm fortan bedingungslose Gefolgschaft versprachen. Heute versucht er sie mit den Zwangsmechanismen des Parteiapparates zu disziplinieren oder dadurch, dass er wahlweise an die Ohnmachtsgefühle oder Ambitionen regionaler Parteifunktionäre appelliert.

### **FÜHRUNG OHNE FÜHRUNG**

Der gegenwärtige Konflikt in der Parteiführung erinnert aber auch an die Auseinandersetzung zwischen den Anhänger\*innen von Juan Negrín, Ministerpräsident der II. Spanischen Republik (1931–1936), und seinen Gegner\*innen während des Spanischen Bürgerkrieges. Damals wie heute sind die internen Spannungen in der PSOE dem plötzlichen Aufstieg einer neuen Kraft links von ihr geschuldet. Damals war es die Kommunistische Partei PCE, heute ist es Unid@s Podemos. Stark vereinfacht besteht der Unterschied darin, dass zum Ende des

Bürgerkrieges die Konfliktlinie innerhalb der PSOE zwischen denen verlief, die ein zeitweiliges Bündnis mit der PCE befürworteten, und jenen, die es erbittert bekämpften. Heute verläuft sie zwischen denen, die jeglichen Kontakt zu Unid@s Podemos ablehnen, und jenen, die sich nicht positionieren.

Die PSOE durchlebt eine Legitimations- und damit verbunden eine Identitätskrise. Die Zahl derer, die sich von der Partei angesprochen fühlen, nimmt von Tag zu Tag ab. Dadurch wird es immer schwieriger, sich ihrer selbst zu versichern. Die Stärke der Sozialdemokratie in den goldenen Jahren des Wohlfahrtsstaates

**JUAN ANDRADE** ist Historiker und Dozent an der Universität Extremadura in Badajoz und Cáceres. Er forscht zu politischen Parteien in der späten Franco-Ära und während der *Transición*, des Übergangs von der Diktatur zur liberalen Demokratie.

gründete sich nicht zuletzt auf ihre Fähigkeit, die Arbeiterklasse in den Staat zu integrieren. Sie galt als Vermittlerin in sozialen Konflikten und als Vehikel im Kampf um Umverteilung. Die PSOE kam in Spanien jedoch erst 1982 wieder an die Macht, also zu einer Zeit, als sich der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat angesichts veränderter ökonomischer Konstellationen – und daraus sich ergebender Verschiebungen in der Klassenzusammensetzung – in ganz Europa aufzulösen begann. In dieser Situation legte die PSOE ein Modernisierungsprojekt auf, das eher technokratischer Natur war und sich von klassisch sozialdemokratischen Politiken deutlich unterschied. Es sprach eher den Erwartungshorizont der Mittelschicht an, umfasste

jedoch alle möglichen Versprechungen und Anreizsysteme, um von Beginn an dafür zu sorgen, dass der Rahmen aus Hoffnungen und Ängsten auch von einem Großteil der Arbeiterklasse verinnerlicht würde. Gleichzeitig wies die PSOE dank ihrer Präsenz im ganzen Land auch einen Weg aus verschiedenen regionalen Begehrlichkeiten und Erwartungen, die jeweils an die Möglichkeit autonomer Entwicklung geknüpft waren. Auf diese Weise wurde sie zum wichtigsten Integrationsfaktor sowohl großer regionaler Unterschiede als auch der sehr heterogenen sozialen Mehrheit des neuen politischen Systems. Die PSOE agierte dabei so neutral, dass ihre Rolle später – ohne größere Brüche, wenn auch mit deutlichen Unterschieden im Detail – auch von der konservativen Partido Popular (PP) ausgefüllt werden konnte.

Die Stärke des politischen Systems von 1978 beruhte darauf, inneren Spannungen eine Form zu geben: Zwischen beiden Parteien wurden heftige Konfrontationen darüber ausgetragen, was innerhalb der bestehenden Grenzen des Systems möglich sei – aber stets in der stillschweigenden Übereinkunft darüber, genau diese Grenzen auf keinen Fall anzutasten. Aus der Gegenüberstellung mit der PP zogen viele Parteimitglieder und Führungskräfte über Jahrzehnte ihre Daseinsberechtigung – die gemeinsam definierten Grenzl意思en erschienen über die Zeit als quasi naturgegeben. Auch deshalb ist es heute so schwierig die Partei dazu zu bewegen, diese Konfrontation aufzugeben, um das Gemeinsame – nämlich das Interesse am Erhalt des Systems – bewahren zu können.

Das Problem der Riege um González ist, dass die Auseinandersetzung zwischen sozialdemokratischer und rechtskonservativer

Partei längst kein Maßstab mehr ist für die politische – und nun auch die parlamentarische – Dynamik im Land. Seit der Bewegung des 15. Mai denken viele außerhalb des kategorialen Rahmens von 1979 und versuchen ihre Probleme und Hoffnungen jenseits dieser Grenzen zu lösen, die ihnen plötzlich nicht mehr naturgegeben scheinen. Seit den Wahlen vom Dezember 2015, bei denen Podemos 20 Prozent der Stimmen erhielt, ist die parlamentarische Arithmetik offensichtlich eine andere.

Über 30 Jahre hat das faktische Zweiparteiensystem in Spanien von dieser Polarisierung zwischen PSOE und PP gelebt. Zu Zeiten von José Luis Rodríguez Zapatero, der von 2000 bis 2012 Parteivorsitzender und von 2004 bis 2011 Ministerpräsident war, nahm sie geradezu paradoxe Züge an. Sie hatte jedoch eher mit Parteizugehörigkeit und Identität zu tun denn mit programmatischen Unterschieden, mehr mit übersteigerten Ängsten und einer symbolischen Repräsentation zweier vermeintlicher gesellschaftlicher Blöcke – der Rechten und der Linken – denn mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Konflikten. Diese Inszenierung ist mit dem Beginn der Krise in den Augen vieler Menschen ungläubwürdig geworden. In diesem Moment trat die Übereinstimmung zwischen beiden Parteien in Bezug auf das Wachstumsmodell und vor allem in Bezug auf das antisoziale Krisenmanagement offen zutage. Dieser Umstand brachte vor allem die PSOE in Misskredit, da sie einerseits zu diesem Zeitpunkt an der Regierung war und andererseits noch die Rolle einer Partei spielte, die angeblich über ein soziales Gewissen verfügte. Zudem hatte die PSOE mit Zapatero einen relativ jungen Vorsitzenden, von dem



angenommen wurde, er stehe für einen Bruch mit dem sogenannten Felipismus.

In einer Art ungelenktem Bestreben, an eine (heute wieder aktuelle) Vergangenheit anzuknüpfen, machten die Sozialist\*innen Alfredo Pérez Rubalcaba, der schon unter Felipe González Minister war, zu ihrem Generalsekretär. Doch kurze Zeit später entschieden sie sich, diesen Eindruck wieder zerstreuen zu wollen – also wählten sie den jungen Pedro Sánchez zum Vorsitzenden. Jedoch: Alle Versuche von Sánchez, sich als Garant des Wandels zu präsentieren, scheiterten. Für eine breite Mehrheit der progressiven Parteibasis ließ sich die Vorstellung von ›Wandel‹ nicht länger darauf reduzieren, eine bestehende PP-Regierung durch eine Regierung unter

Pablo Twose Valls/flickr ©

Sánchez zu ersetzen. Sein Diskurs wirkte auch dann nicht glaubwürdiger, als er sich bemühte, ihn mit der Grammatik der neuen politischen Bewegung durchzudeklinieren – es war nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen. Nicht einmal aus Sicht derjenigen, die den Aufstieg von Podemos als Bedrohung empfanden, konnte er sich überzeugend als ein Garant für Sicherheit präsentieren – ganz einfach deshalb, weil die PP das besser konnte. Und noch weniger vermochte er es, dem Wunsch nach Wandel *und* Sicherheit – wie seinerzeit Felipe González – zu entsprechen. Ein rhetorisches Pendeln zwischen beiden Polen ist einfach nicht das Gleiche wie eine

echte Synthese. Diese allerdings wäre nötig, um breite Bevölkerungsschichten zu gewinnen. Anfang Oktober musste er schließlich zurücktreten und wird – bis zu einer Neuwahl – durch eine geschäftsführende Kommission ersetzt. So viele Führungswechsel in so kurzer Zeit offenbaren, wie verunsichert und orientierungslos die Partei ist – so orientierungslos, dass sie selbst ihre Trial-and-Error-Logik gegen ein Konzept des Error-and-Error eintauschte. Es scheint, als ob sich die PSOE nicht entscheiden könne zwischen einem Casting junger Talente und der ewigen Wiederkehr des Felipismus.

### **DEM SYSTEM VON 1978 VERHAFTET**

Auch jenseits der fehlenden politischen Führung ist die Situation der PSOE vertrackt. Mit der Krise von 2008 ist ihr in erster Linie kulturelles Modernisierungsprojekt, mit dem sich ein Großteil der Gesellschaft identifizierte, ebenfalls in die Krise geraten. Es ist nicht so, dass das Projekt an sich den Erwartungen der Mittelklassen nicht mehr entsprochen hätte. Jedoch haben Krise und Austeritätspolitiken bei ebenjenen zu einer enormen Verarmung und entsprechender Unzufriedenheit geführt. Angesichts dieses sozialen wie ideologischen Zerfalls hat die Partei jeglichen Boden unter den Füßen verloren. Sie hat es auch nicht geschafft, die alten Muster des Zweiparteiensystems zu überwinden. Dessen klare Rollenverteilung hatte es ihr ermöglicht, einen Alleinvertretungsanspruch für die Linke zu formulieren und mit der PP um das Zentrum zu ringen. Heute gibt es jedoch eine Kraft links der PSOE, die sich in dieses Modell nicht einfügt. Sie lässt die PSOE konservativ und altmodisch aussehen, was sie auch von der Mehrheit der Jungwähler\*innen

gespiegelt bekommt. Selbst auf regionaler Ebene hat sie den Rückhalt und die Verankerung in der Bevölkerung verloren. Dies ist besonders deutlich in Regionen mit starken Unabhängigkeits- oder Autonomiebestrebungen. Aber selbst in den früheren Hochburgen im Süden verliert sie ihren Führungsanspruch. So ist die Parteikrise in Wahrheit eine Krise des 1978 etablierten Systems (vgl. zur französischen Situation Syrovatka in diesem Heft). Es gelingt heute weder, die regionalen Differenzen zu überbrücken, noch die Erwartungen zu erfüllen, die ein Großteil der unteren Schichten wie die verarmte Mittelklasse in diese Politik gesetzt hat.

Die PSOE ist von Widersprüchen zerrissen und verfügt nicht über die Ressourcen, um diese zu bearbeiten. Angesichts ihrer Trägheit läuft sie Gefahr, sich dauerhaft darin zu verfangen. Die ungleiche regionale Verteilung ihrer Wählerbasis stärkt Führungskräfte aus dem Süden, die einem plurinationalen Diskurs kritisch gegenüberstehen. Sie fürchten, dass solche Debatten ihre soziale Basis schwächen könnten. Ohne sich diesen Diskussionen zu stellen, dürfte es der Partei jedoch nicht gelingen, das regionale Ungleichgewicht hinsichtlich ihrer Wähler\*innen und Mitglieder zu überwinden. Obgleich es auf der Hand liegt, dass es in Zukunft nicht mehr ausreichen wird, sich mit der Partido Popular abzuwechseln, wenn es ums Regieren geht, hat sich die PSOE bisher nicht getraut, ein parlamentarisches Bündnis zu ermöglichen, das eine echte Alternative zum bestehenden System darstellen könnte. Zuletzt hat der Sturz von Sanchez das gezeigt. Das System, das der Partei ihre besten Tage beschert hatte, droht sie nun mit in den Abgrund zu reißen.



Es gibt zwei Gründe, warum sich die Partei nicht traut, ein solches neues Bündnis einzugehen: Der erste hat mit ihrer politischen Kultur zu tun: In der PSOE herrscht die Überzeugung, dass es der Partei immer dann schlecht ergangen ist, wenn sie sich auf größere Bündnisse eingelassen hat, und immer dann gut, wenn sie ihren eigenen Weg gegangen ist. Ein Beispiel dafür betrifft die erwähnte Beziehung zur PCE während des Bürgerkrieges und der Zeit des Franquismus. Damals sind Mitglieder, Kader und Führungskräfte zur neueren und radikaleren Alternative abgewandert – so zumindest die Interpretation. Ein weiteres Beispiel der jüngeren Geschichte ist das Dreiparteienbündnis in Katalonien, das sich nach Meinung vieler Sozialist\*innen als Fehlschlag erwiesen hat und gar nicht erst hätte geschlossen werden dürfen. Dazwischen liegt der überraschende Aufstieg eines Felipe González zur Zeit der *Transición* und die glorreichen Jahre, die als »nordischer Weg zur Macht« bezeichnet wurden: auf sich gestellt, ohne Bündnispartner von links (wie damals bei den französischen Sozialisten) oder von rechts (wie bei den italienischen Sozialisten).

Die Ironie der Geschichte ist, dass ein Bündnis mit den Rechten gar nicht mehr so abwegig ist. In der PSOE herrscht ein starker und nachhaltiger Antikommunismus, der seinen Ursprung im Bruch mit der PCE im Jahr 1921 hat, während des Spanischen Bürgerkrieges ein neues Hoch erreicht, im Kalten Krieg neue Nahrung erhält und sich schließlich im Exil einrichtet. Auch zur Zeit der *Transición* setzt sich dieser Antikommunismus fort. Zunächst richtet er sich gegen die aus dem Antifranquismus gestärkt hervorgegangene PCE,

später gegen die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) und ihren populären Sprecher Julio Anguita und heute gegen Unid@s Podemos. Solch tief verankerte Überzeugungen abzulegen ist keine einfache Übung.

Neben strategischen Traditionen, der politischen Kultur und einer gewissen Trägheit gibt es noch einen letzten, mit den anderen aber eng verwobenen Grund, weshalb die PSOE einem Bündnis mit den erstarkenden Kräften zu ihrer Linken skeptisch gegenübersteht: ihre organische Verbindung zur Macht. Aus einer gewissen Distanz betrachtet scheint diese Verbindung zu einer Art Habitus im Sinne Bourdieus geworden: eine bestimmte Form des Denkens, Fühlens und Handelns von jenen, die sich über lange Zeiten ökonomische Macht, Positionen und Prestige mit den Eliten geteilt haben. Glaubt tatsächlich jemand, dass diese Partei imstande wäre, eine Linksregierung zu bilden und ein dezidiert sozialdemokratisches Programm auf den Weg zu bringen, ein Programm, das den Interessen dieser Eliten zuwiderlaufen würde? Und sei es lediglich auf Steuerpolitik und Umverteilung beschränkt? Es geht nicht nur um offene Korruption, die sich bis in die Kapillaren der PSOE hinein erstreckt. Es geht um eine subtile Form der Korruption, um Korruption als Moment der Herrschaft. Das ist der Kern des Problems, und solange dieser Punkt nicht angetastet wird, bleiben alle Debatten über die künftige Rolle der Sozialdemokratie in Spanien und Europa leere Worte.

*Erschienen bei CTXT – Contexto y Acción* ☉, am 3. Oktober 2016.

*Aus dem Spanischen von Bettina Hoyer und Sebastian Landsberger*

# OHNE GRUNDLAGE

WARUM EINEM ERFOLG DER SOZIALDEMOKRATIE DIE VORAUSSETZUNGEN FEHLEN ODER: WER NICHT KÄMPFT, HAT SCHON VERLOREN

---

INGO SCHMIDT

Der Sozialstaat ist beliebt. Die Parteien, die sich seinen Ausbau auf die Fahnen geschrieben haben, sind es nicht. Es ist verständlich, dass die Sozialdemokrat\*innen in der Defensive waren, solange in weiten Kreisen der Wählerschaft die Hoffnung bestand, Kürzungen heute würden Gewinne und Prosperität von morgen ermöglichen. Doch längst ist klar, dass immer weitere Kürzungen bei vielen der Preis für den Wohlstand der wenigen ist. Angesichts zunehmender Ungleichheit und grassierenden Zukunftsängsten wünschen sich viele Menschen die Stärkung, nicht den Abbau sozialer Sicherungen. Dieser Wunsch reicht mitunter auch für sozialdemokratische Regierungsmehrheiten. Doch regelmäßig folgt solchen Wahlerfolgen die Ernüchterung auf dem Fuße.

Und fast immer sind es Wirtschaftskrisen, die den Gegensatz zwischen den Erwartungen der Wähler\*innen und der sozialdemokratischen Regierungspolitik auf die Spitze treiben. Zwei Jahre nach dem Platzen

der Dotcom-Blase verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010. Weitere zwei Jahre später musste sich die SPD mit der Rolle des Juniorpartners in einer von Angela Merkel geführten Koalition begnügen. Nachdem die sozialliberale Regierung 1975 mit dem Haushaltsstrukturgesetz erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Kürzungen im Sozialbereich beschlossen hatte, konnte sich Helmut Schmidt immerhin noch bis 1982 als Kanzler halten, bevor unter Helmut Kohl die neoliberale Wende verkündet wurde. Der britische Premierminister James Callaghan nahm 1976 einen Beistandskredit des IWF auf. Die daran geknüpften Sparauflagen führten im Winter 1978/1979 zum größten Streik der Nachkriegszeit. Im Mai 1979 wurde Margaret Thatcher als neue Premierministerin gewählt. Entgegen dem neoliberalen Trend, der sich mit den Wahlen Kohls und Thatchers abzeichnete, gewann François Mitterrand 1981 die Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Doch eine tiefe Zahlungsbilanzkrise stellte ihn vor die Wahl zwischen Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und Austerität zur Wiedererlangung des Vertrauens internationaler Investor\*innen; bereits zwei Jahre nach seinem Amtsantritt übernahm auch er das neoliberale Programm. Mitterrand wurde 1986 zwar als Präsident wiedergewählt, die Sozialist\*innen verloren aber die Parlamentswahlen im gleichen Jahr, woraufhin Mitterrand seinen konservativen Gegenspieler Jacques Chirac zum Regierungschef ernannte. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen: etwa mit dem Schicksal der Regierungen unter Romano Prodi, die sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre

an der Erfüllung der Beitrittsbedingungen zur Europäischen Währungsunion aufrieben, oder mit dem griechischen Regierungschef Giorgos Papandreou, der zwei Jahre nach seinem Amtsantritt 2009 seinen Regierungsposten räumen musste, um Griechenland unter den Euro-Rettungsschirm zu bringen.

Von der Inkubationsphase des Neoliberalismus bis in dessen aktuelle Krisenphase haben sozialdemokratische Regierungen ihrer eigenen Wählerschaft im Interesse des Kapitals den Gürtel enger geschnallt und haben sich anschließend für kürzere oder längere Zeit in die Opposition abwählen

**INGO SCHMIDT** ist Ökonom und leitet das Labour Studies Program der Athabasca University in Kanada. Er ist seit vielen Jahren als Berater von Gewerkschaften in Deutschland wie in Kanada tätig. Zuletzt ist von ihm »The Three Worlds of Social Democracy – A Global View« (2016) erschienen, zuvor »Rosa Luxemburgs ›Akkumulation des Kapitals‹« (2013).

lassen. Wie lässt sich dieser Hang zum politischen Selbstmord erklären? Er passt weder ins neoliberale Bild einer vornehmlich auf ihren Eigennutz bedachten Politikerkaste noch zu linksradikalen Verratsvorwürfen. Verräter\*innen erwarten einen Judaslohn, nicht Ämterverlust und Oppositionsbank. Die Sozis besorgen das Geschäft des Kapitals umsonst. Warum? Und weshalb gab es einmal Zeiten, in denen die sozialdemokratische Opposition selbst konservative Regierungen dazu brachte, den Sozialstaat auszubauen? Im Folgenden sollen die Erfolge und Misserfolge sozialdemokratischer Parteien, aber

auch der Aus- und Abbau von Sozialstaaten unter Berücksichtigung von drei Faktoren erklärt werden: erstens der Kapitalakkumulation, deren Umfang den Spielraum absteckt, innerhalb dessen soziale Absicherungen ohne Abstriche bei den Profiten finanziert werden können zweitens dem Druck, den soziale Bewegungen und insbesondere Gewerkschaften innerhalb einzelner Länder zur Ausnutzung des »profitratenneutralen Verteilungsspielraumes« ausüben können; und drittens der An- oder Abwesenheit einer systemischen Herausforderung, die die Kompromissbereitschaft des Kapitals beeinflusst. Dabei soll die These entwickelt werden, dass sich das Verhältnis von Sozialreform und Revolution gegenüber der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg umgekehrt hat. Wurden Sozialreformen damals von weiten Teilen der besitzenden Klassen als notwendiges Übel im Kampf gegen eine weitere Ausdehnung des Sowjetkommunismus anerkannt, sind heute selbst bescheidene Reformen nicht ohne eine Revolution zu haben. Die sozialdemokratischen Parteien haben entsprechenden umstürzlerischen Neigungen schon lange entsagt, und auch anderswo sind keine revolutionären Kräfte auszumachen. In dieser Lage wird selbst die Verteidigung des Sozialstaates, sei er noch so beliebt, zum Problem.

### **SOZIALSTAATSKOMPROMISS UND PROSPERITÄT**

Um den Kommunismus einzudämmen, suchten die Kapitalist\*innen nach dem Zweiten Weltkrieg den Ausgleich mit der Sozialdemokratie. Nicht, dass die Arbeiterklassen des Westens auf die Übernahme des sowjeti-

schen Modells hinarbeiteten. Das war selbst in Frankreich und Italien mit den dortigen kommunistischen Massenparteien nicht der Fall. Aber die Ausbreitung des Kommunismus hatte für die Kapitalist\*innen sowohl Weltmarkt als auch Weltmacht beschnitten. Um nicht weiter in die Defensive zu geraten, schien die Integration der Sozialdemokratie in einen antikommunistischen Block geboten. Damit öffnete sich zugleich die Möglichkeit, linkssozialdemokratische Strömungen unter Kommunismusverdacht zu stellen und auf diese Weise politisch zu neutralisieren. Das Arrangement mit der rechten Sozialdemokratie, die für Vorstellungen eines schrittweisen Übergangs zum Sozialismus nichts übrig hatte und ganz in der Rolle des Juniorpartners des Kapitals aufging, fiel umso leichter, als der Ausbau des Sozialstaates mit einem unerwarteten Wirtschaftsaufschwung einherging.

Seit Entstehung organisierter Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert waren deren Forderungen nach höheren Löhnen und sozialer Absicherung vom Kapital als Bedrohung ihrer Profite bekämpft worden. Allerdings war die gleichzeitig betriebene Kolonisierung der Welt weniger profitabel als erhofft. Die Ausbeutung billiger Rohstoffquellen sowie der Aufbau exportorientierter, aber extensiver Landwirtschaften in den Kolonien schuf für die Industrien in den imperialistischen Zentren nur begrenzte Absatzmärkte. Versuche, den Absatz durch territoriale Ausdehnung zu erweitern, führten zu imperialistischer Konkurrenz und Kriegen und brachten den Kapitalismus schließlich an den Rand des Zusammenbruchs. Dagegen eröffnete die Kolonisierung der Lebenswelten in den

Zentren nach dem Zweiten Weltkrieg ungeahnte Absatz- und Investitionsmöglichkeiten. Nicht nur wurden Kleinbetriebe, die ihre Waren zwar gegen Geld verkauften, aber nicht beständig nach Ausweitung ihres Geschäftes strebten, durch kapitalistische Unternehmen verdrängt, deren Existenz gerade von dieser Ausweitung abhängt. Mit dem Aufkommen der sogenannten langlebigen Konsumgüter wurde zudem die völlige Neuorganisation und kapitalistische Durchdringung von Haushaltsproduktion und Freizeit möglich. Ergänzt wurde die konsumgestützte Akkumulation in den Zentren durch die beginnende Industrialisierung ehemaliger Kolonien. Diese war, ebenso wie die Sozialstaatsexpansion im Norden, Teil der Bemühungen, den Kommunismus einzudämmen. Die Industrialisierung unter westlicher Regie sollte nicht nur einer Annäherung postkolonialer Regime an Moskau oder Peking vorbeugen, sie erweiterte zugleich die Märkte für die Investitionsgüterproduzenten des Westens.

### UMKÄMPFTES TERRAIN

Auch wenn die Kapitalist\*innen angesichts der weltpolitischen Lage zum Sozialstaatskompromiss bereit waren und dieser aufgrund der unerwarteten Prosperität ohne Druck auf die Profitrate finanziert werden konnte, musste die tatsächliche Erhöhung von Löhnen, Sozialstandards und Sozialversicherungsleistungen von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen mühsam erkämpft werden. Zu groß war die kapitalistische Versuchung, aus der Prosperität steigende Profitraten herauszuschlagen. Und es sollte nicht lange dauern, bis die

Kapitalist\*innen das Gefühl beschlich, die andere Seite halte sich nicht an den vereinbarten Kompromiss. Als wären die ständige Erhöhung von Reallöhnen und Sozialleistungen nicht schon schlimm genug, kam es Ende der 1960er Jahre zunehmend zu Kämpfen um Arbeitstempo und Kontrolle des Arbeitsprozesses. Nicht ganz zu unrecht fürchtete die Kapitaleseite, dass ein Nachgeben in diesen Bereichen das Produktivitätswachstum und damit die Basis von Realloohnerhöhungen bei konstant bleibender Profitrate untergraben würde. Zudem fanden sich die Frauen, die infolge der Kolonisierung der Lebenswelten auf den Arbeitsmarkt strömten, immer weniger mit der gegenüber männlichen Arbeitern deutlich schlechteren Bezahlung ab. Um die doppelte Belastung durch Lohn- und Hausarbeit wenigstens abzumildern, forderten sie eine Ausweitung sozialer Dienstleistungen.

Zu der Anspruchsinflation gesellten sich die Forderungen postkolonialer Regime nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Während die aus den Zentren importierten Investitionsgüter immer teurer wurden, blieben die Gewinne aus ihren Rohstoffexporten gering. Um dieser neokolonialen Ausbeutung zu entgehen, strebten sie die Kontrolle und Verknappung dieser Exporte an. Der ohnehin schon brüchige Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital in den Zentren wurde durch diese Forderungen nach einer Umverteilung von Norden beziehungsweise Westen nach Süden weiter ausgehöhlt. In diese Situation platzte die Weltwirtschaftskrise 1974/1975. Der Investitionsboom in den Zentren und die Entstehung neuer Industrien in einigen Ländern des Südens hatten

Produktionskapazitäten geschaffen, die unter Fortsetzung des Akkumulationsmodells der Nachkriegsjahre hätten ausgelastet werden können. Aber dies hätte zu der schon länger befürchteten Profitklemme geführt. Um diese zu vermeiden und um ihre Macht als Produktionsmitteleigentümer zu konsolidieren, waren immer mehr Kapitalist\*innen zu einem Kurswechsel bereit. Die Konjunkturkrise war eine willkommene Gelegenheit, den Sozialstaatskompromiss von oben aufzukündigen.

### **SOZIALDEMOKRATIE, NEOLIBERALE GLOBALISIERUNG UND STAGNATION**

Die Sozialdemokratie hatte zwei Schwachstellen, die dem Kapital seine neoliberale Neuorientierung erleichterten. Anknüpfend an die Entfremdung zwischen Teilen der Bevölkerung und den Manager\*innen des Sozialstaates, die von Neuer Linker, neuen sozialen Bewegungen aber auch Teilen der Arbeiterbewegung seit den 1960ern artikuliert worden war, wurden Sozialdemokrat\*innen als die abgehobenen Bürokraten par excellence dargestellt. Damit wurde die linke Kritik an Sozialdemokratie und Sozialstaat zum Bestandteil eines neoliberalen Populismus, der an die Stelle des Kampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital die Befreiung des Individuums vom vormund-schaftlichen Staat setzte.

Die Ausstrahlungskraft des Sozialstaates ließ nach – obwohl die Forderungen alter und neuer sozialer Bewegungen auf einen Ausbau und eine Demokratisierung des Sozialstaates, nicht auf dessen Zurückstutzen ausgerichtet waren. Doch gerade an diesem Punkt offenbarte sich eine zweite Schwach-

stelle der Sozialdemokratie. Die Entstehung der Neuen Linken gab auch der Entstehung eines neuen linken Flügels innerhalb der Sozialdemokratie Auftrieb. In den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise 1974/1975 kam es zu massiven Konflikten innerhalb der sozialdemokratischen Parteien: Die Parteirechte akzeptierte den vom Kapital beanspruchten Primat des Profits als Basis ihrer Vorstellung von Sozialstaat als kapitalistischem Reparaturbetrieb. Der linke Teil der Partei hingegen wollte den Sozialstaat stufenweise ausbauen und so eine sozialistische Transformation durchsetzen. Nicht zuletzt dank des aufkommenden neoliberalen Populismus weiteten sich diese innerparteilichen Konflikte zur Sollbruchstelle des Sozialstaatsblocks aus, der nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war.

Gleichzeitig formierte sich ein neoliberaler Block, der mittels Neuorganisation und Standortverlagerung die etablierten Organisationsmuster der Gewerkschaften unterlief und so deren Verhandlungsmacht untergrub. Erleichtert wurden diese Bemühungen durch den Übergang von importsubstituierender zu exportorientierter Industrialisierung im postkolonialen Süden. Zugleich bot die Privatisierung von öffentlichen Betrieben und Diensten dem Kapital neue Anlagefelder. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weitete sich der in den 1980er Jahren tastend begonnene Umbau zur neoliberalen Globalisierung aus. Der als New Economy vermarktete Aufschwung der 1990er Jahre wurde weniger von Börsen und Computern vorangetrieben als vielmehr von der Reintegration vormals kommunistischer Länder in den kapitalistischen Weltmarkt.

### DRITTER WEG UND KEIN ENDE ...

Viele Sozialdemokrat\*innen, allen voran Tony Blair und Gerhard Schröder, sahen in der auch von ihnen missverstandenen New Economy die Chance, einen Dritten Weg jenseits von Neoliberalismus und altem Sozialstaat zu beschreiten. Sie erkannten ganz richtig, dass der neoliberale Umbau zu mehr Ungleichheit und Unsicherheit führte und dementsprechend an Glanz verlor. Sie unterschätzten aber sträflich die Bereitschaft des Kapitals, nunmehr von der kommunistischen Systemkonkurrenz befreit, die Profitmöglichkeiten auszuschöpfen, die sich mit der Fast-Verdopplung des Arbeitsangebotes infolge der Integration Osteuropas, Russlands und insbesondere Chinas in den Weltmarkt bot. Der kolonialen Expansion im späten 19. Jahrhundert nicht unähnlich, stieß auch diese postkommunistische Expansionswelle an Grenzen. Ähnlich wie im 19. Jahrhundert, als es vor allem um billige Rohstoffe ging, ging es nun allein um die Ausbeutung billiger Arbeitskraft. Es stand nicht auf der Tagesordnung, die Lebenswelten der Bevölkerungen des Südens weiter kapitalistisch zu durchdringen. Die in China entstandenen Industriekapazitäten können fast den gesamten Weltmarkt versorgen, die Form innerer Landnahme, wie sie im Westen den Sozialstaatskompromiss einstmals unterfütterte, ist von den chinesischen Kommunist\*innen dagegen nicht vorgesehen.

Die Hoffnung, auf Grundlage einer neuen Prosperitätsphase ließe sich ein modernisierter Sozialstaatskompromiss aushandeln, wurde bereits nach dem Platzen der Dotcom-Blase 2001 zerstört und musste

nach der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 endgültig begraben werden. Unter den Bedingungen ökonomischer Stagnation und in Abwesenheit einer dem Kommunismus vergleichbaren politischen Herausforderung ist das Kapital fest entschlossen, seine Profite durch immer neue Angriffe auf Löhne und Sozialstandards zu stabilisieren. Unter den immer zahlreicheren Verlierer\*innen des neoliberalen Kapitalismus wird deshalb der Wunsch nach Wiederherstellung höherer Standards immer dringlicher.

Den sozialdemokratischen Parteien fehlt jedoch sowohl die Bereitschaft als auch die Kraft, soziale Reformen gegen den Widerstand des Kapitals und in Zeiten der Stagnation auch zulasten seiner Profite durchzusetzen. Auch linke Parteien, die in Opposition zur Unterwerfung der alten sozialdemokratischen Parteien unter den Primat des Profits gegründet wurden, stellen keine solche Kraft dar. Die Selbstdiskreditierung und der Zusammenbruch des Kommunismus, die Integration der Sozialdemokratie in die Überbauten des Kapitalismus und das Scheitern der Neuen Linken darin, eine neue revolutionäre Kraft zu schaffen, haben die Kräfte der Linken erschöpft. Es bleibt die Hoffnung, dass aus den Erfahrungen der Niederlagen im 20. Jahrhundert, gepaart mit dem Unbehagen am gegenwärtigen Kapitalismus, doch eine neue Kraft entstehen kann, eine Kraft, wie sie sich Aktivist\*innen der Neuen Linken bereits in den 1960er Jahren, auf dem Höhepunkt der Nachkriegsprosperität, so sehr gewünscht haben. Doch dazu müsste nicht zuletzt die Sozialdemokratie eine Richtungsentscheidung treffen (vgl. Candeias in diesem Heft).



Alle Bilder: © Reiner Mnich/Ulrike Hempel

**WER**  
**» WEISS «**  
**WAS**



**100 JAHRE PETER WEISS** ■ Peter Weiss gehört zu den beeindruckendsten Literaten der Linken in Deutschland. Wie kein anderer hat er die Vorstellung geprägt, eine emanzipatorische Arbeiterbildung und die subversive Aneignung von Kunst gehörten zu den notwendigen Bedingungen der Befreiung von Herrschaft. Und das zu einer Zeit, als die Arbeiterbewegung historisch im Verschwinden begriffen war. Sein Jahrhundertroman »Die Ästhetik des Widerstands« (1975) ist ein Denkmal für den verlustreichen Widerstand gegen den europäischen Faschismus und die Verwerfungen der kommunistischen Bewegung nach 1917. Für viele Linke ist das Buch ein Bezugspunkt linker Orientierung und Geschichte. Am 8. November 2016 wäre Peter Weiss 100 Jahre alt geworden. ■ Mitte November haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Peter-Weiss-Haus in Rostock ihm eine Hommage ungewöhnlicher Art bereitet: In einer Stafettenlesung beteiligten sich 100 Weiss-Enthusiasten daran, die gut 1000 Seiten seines anspruchsvollen Opus Magnum vorzulesen. Das dauerte 54 Stunden und fand in einer geradezu magischen Atmosphäre statt. In dem dafür mit Strandkörben ausgestatteten Saal fanden sich auch spät nachts Zuhörende ein. An die 400 Interessierte ließen die durch die Unterschiedlichkeit der Vortragenden entstehende Spannung und sprachliche Schönheit auf sich wirken. ■ Neben prominenteren Vorlesenden wie Gregor Gysi, Katja Kipping und Claudia Roth, Hermann Gremliza, Wolfgang Fritz Haug und Hans Coppi, Robert Stadlober, Gunnilla Palmstierna-Weiss, Monchi von Feine Sahne Fischfilet, Sookee, Bini Adamczak, Thomas Ebermann, Tanja Kinkel, Ursula Krechel, Ulrich Peltzer, Gila Lustiger, nahm eine Mischung aus Profis und Laien, Frauen und Männern, Jungen und Alten, Weiss-Kennenden und Weiss-Neulingen, Ost- und West-Sozialisierten lesend an diesem literarischen Happening teil. ■ Das Gesamtkunstwerk wird zur Gänze im Internet veröffentlicht: [www.peterweiss100.de](http://www.peterweiss100.de) ■ FRITZ BURSCHEL FÜR DIE REDAKTION



Von allen Arten des Mitleids, die er als  
Folgerscheinungen des Christentums verachtete,  
war ihm die verabscheuteste das Selbstmitleid.

Mit keiner Nachempfindung des Unglücks war  
einem Menschen zu helfen, vielmehr diente sie nur dazu,  
den Mangel an eignem Eingreifen zu entschuldigen.

Eine Gefühlsbeteiligung war nur etwas wert,  
wenn sie zu unmittelbarer praktischer Hilfe führte,  
und war diese eingeleitet, hatte jede Emotion zurückzutreten. [Bd. II, 129]



Desinteresse für soziale, politische,  
wissenschaftliche und ästhetische Fragen der Zeit,  
matte Untätigkeit, geistige Verarmung,  
nichtssagende Meinungen waren häufiger  
bei Philistern und auch bei Angehörigen des Bürgertums  
zu finden, als bei den Massen derer,  
die von den Kulturinstitutionen abgeschnitten und  
durch schwere und einförmige Arbeit zermürbt wurden. [Bd. I, 30]





Untrennbar von der ökonomischen Begünstigung war die Überlegenheit des Wissens. Zum Besitz gehörte der Geiz, und die Bevorteilten versuchten, den Unbemittelten den Weg zur Bildung so lange wie möglich zu verwehren.

Ehe wir uns Einblick in die Verhältnisse verschafft

und grundlegende Kenntnisse gewonnen hatten, konnten die Privilegien der Herrschenden nicht aufgehoben werden.

Immer wieder wurden wir zurückgeworfen, weil unser Vermögen des Denkens, des Kombinierens und Folgerns noch nicht genügend entwickelt war. Der Beginn einer Veränderung dieses Zustands lag in der Einsicht, daß sich die Hauptkraft der oberen Klassen gegen unsern Wissensdrang richtete.

Seitdem war es das Wichtigste, uns eine Schulung zu erobern, eine Fertigkeit auf jedem Gebiet des Forschens, unter der Verwendung aller Mittel, der Verschlagenheit und der Selbstüberwindung. Unser Studieren war von Anfang an Auflehnung.

Wir sammelten Material zu unserer Verteidigung und zur Vorbereitung einer Eroberung. [Bd. I, 53]



Zitiert aus: Suhrkamp-Ausgabe in einem Band, Frankfurt a.M., 1983



# IHR REPRÄSENTIERT UNS NICHT

## DEMOKRATIE VON RECHTS UND LINKS

ALEX DEMIROVIĆ

Über die Formen und Praktiken einer linken, sozialistischen Demokratietheorie und -politik nachzudenken bedeutet, Alternativen zu bestehenden Formen von Demokratie zu skizzieren. Das ist ambivalent, denn solche Vorschläge können jene, die künftig über ihre Form des Zusammenlebens frei entscheiden wollen, begrenzen. Gleichzeitig ist es notwendig solche Vorschläge zu machen, um die Richtung einer demokratischen Transformation zu bestimmen. Solche Vorschläge zielen darauf, Formen einer vermeintlich notwendigen Herrschaft und Autorität zurückzudrängen und Macht in einer Weise zu entfalten, dass gegenüber der Notwendigkeit (von Staat, Markt, Technokratie) die Möglichkeiten von Freiheit vergrößert werden.

In der gegenwärtigen Konstellation ist die politische Form der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie aufgrund innerer Auszehrung durch den globalisierten Kapitalismus geschwächt und wird von der autoritär-populistischen Form der direkten Demokratie getrieben. Beide Formen sollen zunächst umrissen werden, bevor ich im dritten Teil auf einige Grundelemente einer sozialistischen Demokratie zu sprechen komme. Diese muss sich an grundsätzlichen Gesichtspunkten orientieren, gleichwohl muss sie an bestehende Formen anknüpfen, weil sie die in den Kämpfen um Demokratie erreichten Kompromisse darstellen.

### DIE REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE, IHRE GRENZEN UND ...

Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie befindet sich in der Krise. Diese bemisst sich allerdings nicht allein an der Beteiligung an Wahlen und deren korrekter Durchführung. In beiden Hinsichten scheint alles normal, aber der Schein trügt. Hier und dort sinkt die Wahlbeteiligung, in Einzelfällen kommt es zu Betrug, die Legislaturperioden werden verlängert, der Zuschnitt der Wahlkreise bevorzugt

systematisch bestimmte Parteien, vielen wird das Wahlrecht vorenthalten. Die Mitgliedschaften in den Parteien gehen zurück, die Distanz zu Politiker\*innen und Mandatsträger\*innen ist groß. Denn sie halten im Parlament nicht, was sie und ihre Parteien in den Programmen und im Wahlkampf versprechen. Dies gilt als rational, weil die Politik flexibel auf Koalitionsmöglichkeiten und politische Gegebenheiten reagieren können muss. Die Bürger\*innen sollten die Verwirklichung von Wahlprogrammen gar nicht erst erwarten, die Parteien aber auch nichts mehr versprechen, was sie nicht halten könnten. Eine Selbstaufgabe demokratischer Zukunftsgestaltung droht. Mit einem solchen strukturellen Opportunismus wird auch auf Distanz zu den Zielen gegangen, deren Verwirklichung sich viele von einer Partei erwarten. Allerdings erweist sich die Wirklichkeit als noch widersprüchlicher. Denn häufig geht es gar nicht darum, dass Abstriche von den Zielen gemacht werden müssen, sondern darum, dass ganz andere oder sogar gegenteilige Ziele verfolgt und umgesetzt werden: Eine Friedenspartei wird Kriegspartei, eine Partei des sozialen Ausgleichs trägt zur dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der ›kleinen Leute‹ bei, eine Rentenreform mündet in drastische Kürzungen. Dies legt den Verdacht nahe, dass die gewählten Politiker\*innen lügen und versteckte Politikziele verfolgen, sich im Amt anpassen oder, noch grundsätzlicher, die politischen Institutionen nichts taugen. Misstrauen herrscht gegenüber Parteipolitiker\*innen und den Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Nicht zu Unrecht, denn Bevölkerung und Mandatsträger\*innen kennen sich wechselseitig kaum. Letzteren ist die Wirklichkeit eines großen Teils der Bevölkerung mehr oder weniger unbekannt. Abgeordnete sind überdurchschnittlich gut ausgebildet, eher männlich und Beamte. Häufig üben sie über Jahrzehnte ein Mandat aus. Da sie von der Politik leben, haben viele nach Jahren der parlamentarischen Tätigkeit kaum berufliche Alternativen. Politiker\*innen wissen also nicht ohne Weiteres, was das Wohl der vielen und was das Wohl der Allgemeinheit ist. Im besseren Fall orientieren sie sich an den Vorgaben der Fraktionspitze oder an mächtigen Interessen; sie versuchen, das Gemeinwohlinteresse im geschlossenen Kreislauf von Diskussionen mit ihresgleichen, mit Lobbyist\*innen und Vertreter\*innen der Medien herauszubekommen. Im schlimmeren Fall verwechseln sie es mit ihren privaten Egoismen. Politiker\*innen nutzen ihre Position in öffentlichen Ämtern für eine Erhöhung ihrer Einkommen oder bereiten private Karrieren in der Wirtschaft vor. Zwischen Wirtschaft und Politik kommt es zu

**ALEX DEMIROVIĆ** ist Philosoph, Sozialwissenschaftler und einer der eingriffslustigsten linken Intellektuellen in Deutschland. Er lehrte unter anderem an den Universitäten in Frankfurt am Main und Berlin, ist im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

einer Personalzirkulation; zudem wirkt die Wirtschaft über Politiker\*innen und Lobbyist\*innen in den Ministerien und im Prozess der Gesetzgebung. Die Gesetze sind derart komplex, dass den Abgeordneten häufig die Kompetenz fehlt. Die Parlamente verlieren ihre Spielräume gegenüber der Regierung und anderen Instanzen wie dem Bundesverfassungsgericht, das zum Nebengesetzgeber wird. Es kommt zu Selbstbindungen wie der Schuldenbremse oder zu Beschleunigungen bei der Gesetzgebung, die europarechtlichen Regelungen binden ebenfalls oder werden vorgeschoben (Maastricht-Kriterien, Bologna, Lissabon-Vertrag). Unter dem Druck der Regierung und der Regierungsparteien werden im Eilverfahren Gesetze beschlossen, die das Haushaltsrecht des Parlaments einschränken. Landesparlamente und das Bundesparlament werden durch Governance-Mechanismen zu Akteuren der Willensbildung und Entscheidungsfindung unter vielen und die Ausführungsorgane, zivilgesellschaftlichen Akteure und Interessengruppen sind selbst schon an den Beschlüssen beteiligt, die nachträglich von den Parlamenten nur ratifiziert werden.

Neben diesen vielfältigen generischen Krisenmomenten ist ein weiteres und sehr wichtiges, dass sich die Bindung von Wähler\*innen an bestimmte Parteien weiter lockert. Dies ist ein Prozess, der seit Langem beobachtet wird. Die Parteien sind im Alltag der Leute kaum mehr präsent, für den Wahlkampf und für die Besetzung von politischen Funktionen in Parteien, Kommunen oder Kreisen findet sich oft nicht genügend glaubwürdiges Personal; wer nicht als Berufspolitiker\*in Karriere machen will, wird oftmals abgeschreckt. Die Meinungsbildung wird nicht mehr durch Parteien und deren Presse, sondern vor allem durch die Medien vermittelt. Das Kompetenzniveau vieler Journalist\*innen hinsichtlich dessen, was Demokratie ist, ist gering; häufig sind auch Zweifel angebracht, ob diejenigen, die vollmundig politische Prozesse kommentieren, selbst demokratisch sind. Sie strukturieren mit fragwürdigen Themen, spektakulären Aufmachern und tendenziösen Aussagen die politische Agenda irreführend und häufig falsch. Lassen sich in den Leitmedien noch Verantwortlichkeiten ausmachen, so verfällt die Kommunikationsweise der sozialen Medien mythischen Mustern: Es geht nicht um öffentlichen Vernunftgebrauch, Wahrheit, sachliche Kenntnisse, sondern um die Verbreitung von Gerüchten, Parolen und Stimmungen.

Politiker\*innen versuchen ihrerseits, zweifelhafte Konflikte zu schüren, um Wähler\*innen zu gewinnen, und tragen so selbst zur De-Realisierung der politischen Willensbildung bei. Sie suggerieren, wie viele Medien, dass sie angesichts der großen Zahl nach Deutschland flüchtender Menschen die vermeintlichen Sorgen der bereits hier Lebenden zum Ausdruck brächten, in Wirklichkeit jedoch verlautbaren sie nur die rassistischen Animositäten der Herrschenden und schweigen die Sorgen der vielen Unterstützer\*innen schlicht nieder. In und durch solche Prozesse

werden Kanäle der Willensbildung außer Kraft gesetzt. Die bestehenden Parteien können diese schleichende Abspaltung nicht auffangen und verlieren allmählich ihre Regierungsfähigkeit. In Deutschland sind die Parteien der großen Koalition deutlich geschwächt; dass sie Volksparteien sind, kann nicht mehr behauptet werden. In vielen OECD-Staaten kommt es zu politischen Pattsituationen zwischen polarisierten politisch-kulturellen Lagern. Diese innere Entwicklung wird auch verursacht und verschärft durch die Entwicklung der transnationalisierten Kooperation. Staatsgebiet, Staatsvolk und Staat decken sich immer weniger. Die demokratischen Entscheidungen eines mächtigen Staates wie Deutschland betreffen viele Menschen jenseits der Staatsgrenzen. Umgekehrt befinden sich auf dem Staatsgebiet viele Menschen, die keine politischen Rechte haben. Die parlamentarischen Entscheidungen erreichen relevante Akteure nicht, also Unternehmensleitungen, Aktionäre, institutionelle Anleger. Die Demokratie läuft angesichts dieser Entwicklungen in gewisser Weise leer, da der Grad der kapitalistisch vorangetriebenen Vergesellschaftung längst die Grenzen des Nationalstaats überschritten hat.

Angesichts dieser Entwicklung erweisen sich viele Vorschläge zur Reform der parlamentarischen Demokratie als unzulänglich. Die von manchen kritischen Demokratietheoretiker\*innen vorgebrachten Forderungen nach einem Bezug auf den nationalstaatlich gefassten Volkssouverän sind auf eigentümliche Weise anachronistisch. Eine Stärkung des Moments direktdemokratischer Beteiligung kann zur stärkeren politischen Diskussion beitragen. Doch Referenden sind zeitaufwendig und auf Gesetzesvorschläge begrenzt; anders gesagt, sie tragen kaum zur Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung bei. Auf Dauer sinkt auch hier die Beteiligung und sie erzeugen ihrerseits Enttäuschungen.

### **... IHR SCHATTEN: DER AUTORITÄR-NATIONALE POPULISMUS**

Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem Mangel an Demokratie trägt zur Bildung einer Massenbasis für autoritär-populistische Strömungen und Parteien bei. Gruppen des Bürgertums setzen ihre Interessen gegen andere Herrschende durch, indem sie Teile des Volkes mobilisieren. Diese autoritär-populistischen Strategien sind in konservative Parteien eingebunden, sie können sich aber auch abspalten und als eigenständige politische Formationen relevante Wählergruppen organisieren und sich so an Regierungen beteiligen oder sie bilden. Sie versprechen Lösungen für die Demokratiedefizite, die sie aber mit ihren Praktiken weiter vergrößern. Die autoritär-populistischen Parteien sind keine Parteien von unten. Ihr Führungspersonal kommt vielfach aus dem Kleinbürgertum oder der bürgerlichen Klasse (Trump, Blocher, Haider, Gauland, Le Pen, Berlusconi). Viele von ihnen sind wohlhabend oder reich, häufig korrupt und in etlichen Fällen ist ihre Nähe zu illegalen Praktiken und zur



Christophe Stoll/flickr ①©©

organisierten Kriminalität bekannt. Diese Parteien beuten das Dilemma der repräsentativen Demokratie aus, dass nämlich die Abgeordneten in den Wahlen zunächst als Vertreter\*innen von besonderen Interessen kandidieren; wenn sie jedoch erst einmal Abgeordnete sind, werden sie durch einen ›mystischen‹ Akt zu interesselosen Repräsentant\*innen des Volkes als Ganzes. Dies wird üblicherweise als ein Vorteil der repräsentativen Demokratie betrachtet. Da die Abgeordneten nun nicht mehr an besondere Interessen gebunden sind, können sie zwischen ihnen pragmatisch vermitteln und einen Ausgleich aushandeln. Während die Parteipolitiker\*innen also vor der Wahl nicht mit dem ›Volk‹, sondern mit parteilichen Interessen verbunden sind, müssen sie nach der Wahl notwendigerweise Interessen von Individuen und Gruppen verletzen, die aus der neu eingenommenen Perspektive des Gemeinwohls als bloß partikular gelten. Sie erscheinen

deswegen unvermeidbar als unaufrichtig. Demgegenüber nehmen nun autoritär-populistische Politiker\*innen Authentizität in Anspruch. Sie konstruieren einen Gegensatz zwischen einer ›politischen Klasse‹ und dem ›Volk‹, und nehmen in Anspruch, die Interessen und Sorgen dieses Volkes direkt und unmittelbar zum Ausdruck zu bringen: »I am your voice« (Donald Trump). Weder handelt es sich um ein repräsentatives noch um ein imperatives Mandat. Es ist das Volk, das in dieser Person oder Gruppe handelt; deswegen wird auch keine Willensbildung mehr benötigt, eine Akklamation reicht aus. Die Parteien sind auf die eine Führungsperson zugeschnitten und oftmals ausdrücklich keine Partei mit einer organisierten Willensbildung (wie im Fall von Trump, Grillo, Wilders). Gern wird auch von einer Bewegung gesprochen. Das Volk wird durch dieses populistische Moment allerdings selbst erst formiert, und zwar dadurch, dass die Distanz zwischen der Bevölkerung als Volk hier und der herrschenden Politik als Elite dort ausgesprochen wird. Für sich nehmen die populistischen Politiker kontrafaktisch in Anspruch, nicht zum politischen System und zur ›politischen Klasse‹ zu gehören; sie sehen sich als eine Elite, die direkt den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt und gegen die Propaganda und »Lügenpresse« die Wahrheit ausspricht (vgl. Caccia in diesem Heft).



Der autoritäre Populismus benötigt direktdemokratische Verfahren nicht, weil er in Anspruch nimmt, bereits direktdemokratisch zu sein – er ist das tägliche Plebiszit. In der Schweiz ist die SVP deswegen auch bemüht, den Volksentscheid aus dem Kontext der verfassungsmäßigen Institutionen herauszulösen und ihm den Charakter einer überlegalen Ausdrucksform des unmittelbaren Volkswillens zu verleihen. Freilich stellt sich die Frage, warum eine solche ungeheuerliche Usurpation gelingen kann, warum sie nicht als lächerlich erscheint. Warum ordnen sich die vielen mit ihren jeweils unterschiedlichen Lebensformen und Interessen einer solchen populistischen Anrufung unter? Es gibt rationale Momente (Kritik an Herrschaft, an der Schwäche der Politik, die Probleme einseitig, falsch oder gar nicht löst), die irrational überdeterminiert sind. Viele sind tatsächlich den Parteien des Machtblocks gegenüber skeptisch und distanziert. Autoritär-populistische Parteien sprechen diese Distanz aus und versprechen, endlich kompromisslos gegen die Macht und für das Volk zu entscheiden. Damit geben sie dem Protest eine Stimme. Gleichzeitig kann und soll dieser Protest passiv bleiben, denn er überträgt den Willen zur Veränderung auf die autoritär-populistische Fraktion des Machtblocks und das entsprechende Führungspersonal. Dass dieses von der demokratischen Willensbildung abgekoppelt ist, wird als ein Vorteil verstanden, da der Pluralismus als Entscheidungshindernis gilt und die politische Willensbildung unter dem Verdacht der Fälschung und des Betrugs steht. Denken, Fühlen und Wollen werden getrennt. Das Denken und der Wille werden dem Führungspersonal überlassen. Emotionen verdichten sich zu bestimmten Affekten, Ressentiments und einer kompakten Zustimmung (vgl. Müller in diesem Heft). Damit dichten sich die Individuen aber auch gegenüber Einsichten, Erfahrungen und widerstreitenden Gefühlen ab, die in ihnen selbst wirksam sind und die sie nur mit Wut bekämpfen können. Sie binden sich an eine kollektive Identität, die ihnen erlaubt, gleichzeitig rebellisch und konformistisch zu sein: In ein und derselben Geste können sie die Macht kritisieren und sich ihr unterwerfen. Damit verbindet sich die Erwartung, dass sie die Macht auf diese Weise zu Zugeständnissen veranlassen. Auf der Grundlage der autoritär-populistischen Anrufung können sich alle als Mitglieder eines Volks vereinheitlichen, dessen Interessen in den politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie keinen angemessenen Ausdruck finden, die aber nun direkt zur Geltung gebracht werden. Repräsentativ gewählte Vertreter\*innen nehmen Rücksicht auf eine Vielzahl von Verträgen und Interessen. Eine der angeblichen Folgen ist, dass sie die Identität und Selbstbestimmung des Volkes schwächen und das Land, die Tradition und das Abendland verraten. Nationalismus, Rassismus oder Sexismus werden zu ideologischen Äquivalenten, die das Bündnis von Oben und Unten durch die Konstruktion und die Affirmation eines ›Eigenen‹ vermitteln. Die ›Anderen‹ gel-

ten als abweichend, gefährlich, kriminell, krank, minderwertig, sie werden, wenn überhaupt, nur geduldet. Die autoritär-populistische Politik trägt also zu einer rassistischen und sexistischen Reproduktion der Klassengesellschaft bei. Der Populismus verspricht, Probleme der repräsentativen Demokratie zu lösen, ohne an der kapitalistischen Form der Gesellschaft selbst etwas zu ändern. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sollen beibehalten, die Abtrennung der Politik von der materiellen Produktion des Lebens aufrechterhalten und damit der Nationalstaat gegen die historische Tendenz gestärkt und die Spaltung der Elite von den Subalternen vertieft werden – erstere soll sprechen und führen, letztere sollen passiv folgen.

### **DIE ALTERNATIVE**

Ich habe argumentiert, dass die parlamentarische Demokratie in eine Krise geraten ist, die zum einen mit ihr selbst zu tun hat: eine Krise der Repräsentation. Darüber hinaus befindet sie sich in einer Krise, weil die politische Form der nationalstaatlich verfassten repräsentativen Demokratie zu eng und angesichts der globalisierten Kooperationen und Verkehrsformen eine Fessel geworden ist. Der Nationalstaat selbst erweist sich als dem Stand der Vergesellschaftung immer weniger angemessen; lokale und globale Problemlagen sind von ihm nicht mehr zu bewältigen. Auf die Krisendynamiken und das Versagen des Krisenmanagements (auch auf der Ebene der EU, von der erwartet wurde, sie wäre eine angemessene politische Form, diese Probleme zu lösen) wird staatlich-autoritär und mit autoritärem Populismus reagiert. Suggestiert wird, dass damit Handlungsfähigkeit wiedererlangt wird. Das ist nicht der Fall. Die Linke kann und muss auf diesen verschiedenen Ebenen eine Lösung entwickeln.

Historisch hat sie sich lange Zeit an die nationalstaatlich verfasste parlamentarische Demokratie gebunden. Durchaus internationalistisch, hat sie eine entsprechende Form der Demokratie – nämlich eine Föderation von freien Assoziationen – nicht ausgearbeitet. Ansätze zur Verwirklichung wurden nicht nur in Westeuropa, sondern auch im Staatssozialismus blockiert. Verfolgt wurde, wenn überhaupt, eine Vertiefung der Demokratie auf nationalstaatlicher Ebene: Durchsetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auch für Frauen und benachteiligte Minderheiten, Ausbau begrenzter demokratischer Mitsprache auch in der Wirtschaft, demokratische Kultur und Öffentlichkeit. Es entstanden in vielen westlichen Gesellschaften soziale Bewegungen, die die öffentliche Willensbildung mit unkonventioneller Partizipation wie Demonstrationen oder Aktionen zivilen Ungehorsams ergänzten. Daran war die Linke maßgeblich beteiligt. So unerlässlich diese Ergänzungen waren, so haben sie sich in den Bahnen des bürgerlichen Demokratieverständnisses bewegt, auch wenn dessen Grenzen offensichtlich waren und auf Kritik stießen.



Der offizielle Politikbetrieb konnte partiell demokratisiert und soziale Forderungen zur Geltung gebracht werden. Doch gleichzeitig wurden auch die sozialen Bewegungen immer wieder um ihr relevantes Führungspersonal gebracht. Demokratie ist, so zeigt sich historisch, bislang immer eine besondere Konstellation von Kompromissen gewesen, durch die Reiche und Herrschende einzelne Gruppen von unten an den Entscheidungen und ihrer Ausführung beteiligt haben. Deswegen besteht auch die Tendenz, Kompromisse mit den Subalternen zu vermeiden und autoritäre Regierungstechniken zu stärken.

Seit Marx gehört es zum Kanon eines demokratischen Selbstverständnisses, dass das Allgemeine nicht durch den Staat verkörpert wird, weil dieser selbst partikulare Interessen organisiert. Das ist bedeutsam, weil damit infrage gestellt wird, Demokratie als Selbstbestimmung eines nationalstaatlich umrissenen Volkssouveräns zu fassen. Demokratie geht also weit über die politische Demokratie hinaus und findet seine Grundlage nicht im Volk als politischer Körperschaft, sondern in den vielen. Das Allgemeine ist im wirklichen Gemeinwesen zu finden, also dort, wo die Menschen ihr materielles Leben erzeugen und reproduzieren. Entsprechend forderte bereits Marx auch eine Ausdehnung des allgemeinen gleichen Wahlrechts

»My Home is The Delta«,  
©China Hopson/Jonas Kakó

auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft. In erster Linie betrifft das die materielle Produktion des Lebens, also die Art und Weise, in der Menschen den Erhalt ihres Lebens sichern. Es bedeutet, dass wirtschaftliche Prozesse demokratisiert werden, weil sie eben soziale Prozesse sind. Die Entscheidungen betreffen die Verteilung der kollektiv zur Verfügung stehenden Arbeitszeit auf die verschiedenen Arbeiten, über die zu erbringenden Tätigkeiten, über die Art und Weise und den Umfang der Arbeit, die Betriebsgrößen, Technologiewahl, Arbeitszeiten und Arbeitsformen, Produkte und ihre Qualität. Über all das wird auch heute entschieden, nichts findet gleichsam von selbst statt. Aber es wird von wenigen entschieden, die damit ihren privaten Nutzen verfolgen. Die parlamentarische Demokratie reicht an diese Prozesse nicht heran, sondern kann nur die Rahmenbedingungen sichern, die die Freiheit der privaten Nutzenverfolgung gewährleisten. Aus einem kritischen Blickwinkel ist es wesentlich, dass der materielle Lebensprozess selbst demokratisch gestaltet, dass die Beteiligung an den Entscheidungen als ein Beitrag zu dieser Produktion und Reproduktion des Lebens selbst verstanden wird. Entscheidungen finden also ständig statt und werden nicht in den weit entfernten Bereich der Politik ausgelagert und an wenige übertragen, die kaum wissen, mit welcher Gesellschaft sie es zu tun haben und warum es die Probleme gibt, die es gibt.

Die Demokratisierung schließt auch den Konsum ein, also eine gemeinsame Diskussion über die Bedürfnisse und deren Umfang. Denn nicht nur muss zur Befriedigung dieser Bedürfnisse jemand die Arbeit leisten. Sie haben erhebliche Folgen für das Leben aller anderen. Doch Bedürfnisse bestehen auch nicht einfach als solche, sondern sind Ergebnis sozialer Praktiken und folgen bestimmten Konsumnormen und -standards. Deswegen ist es möglich, sie zum Gegenstand demokratischer Willensbildung zu machen, also Erkenntnisse für die kollektive Lebensführung zu berücksichtigen, Gewohnheiten schneller zu ändern und entgegenstehende mächtige Interessen aufzulösen.

Eine radikale Demokratisierung ergreift nicht nur den Bereich der Güterproduktion und des Konsums. Die das materielle Leben betreffenden Entscheidungen umfassen auch die Dienstleistungen in ihren vielen Formen. Im Fall der medizinischen Versorgung würde das nicht nur Entscheidungen über die Leistungen umfassen, sondern auch eine demokratische Beteiligung derjenigen, die jeweils an diesen Praktiken teilhaben: etwa Ärzt\*innen, Pfleger\*innen, Patient\*innen und Familienangehörige. Die Ausdehnung der Demokratie zielt auch auf den riesigen Bereich von Tätigkeiten, die üblicherweise nach geschlechtlichen Gesichtspunkten zugeordnet und verteilt werden: also Betreuung und Erziehung von Kindern, Hausarbeit, Pflege. Eine Demokratisierung meint aber nicht allein die faire Verteilung der Arbeiten zwischen Familienangehörigen. Vielmehr stellen sich ja die his-

torisch in den Emanzipationsbewegungen immer wieder aufgeworfenen Fragen danach, ob die Versorgung und Erziehung von Kindern, ob die zu erbringende Hausarbeit in kleinfamiliärer Form eine ›von uns‹ gewollte Form ist. Es gibt viele Anhaltspunkte dafür, dass viele Menschen andere Lebensformen vorziehen würden. Dafür müssten die Wohnungen und Häuser, das Verhältnis von Wohnlage und Arbeitsplatz, von Stadt und Land verändert werden.

Es wäre eine Karikatur, zu denken, dass Demokratie einfach aus der ausgedehnten Anwendung der Mehrheitsregel oder des Konsensprinzips besteht. In den verschiedenen Lebensbereichen bedarf es unterschiedlicher Formen der demokratischen Willensbildung (zwischen Eltern und Kindern, zwischen Schüler\*innen und Lehrer\*innen, zwischen Arbeitenden und Konsument\*innen). Doch vorgängig müssen zunächst einmal Entscheidungen darüber getroffen werden, welche gesellschaftlichen Bereiche es in welchem Umfang geben soll und welche Ressourcen sie beanspruchen. Das setzt komplexe Abstimmungs- und Gestaltungsprozesse sowie die Ausbildung neuer Gewohnheiten voraus und lässt sich keineswegs einfach in ein Ja-Nein-Votum für ein einzelnes Gesetz bündeln. So stellt sich die Frage, ob schulisches, berufliches und hochschulisches Lernen, ob Wissenschaft, Kunst, Politik, Familie oder Geschlecht institutionell, lebensgeschichtlich, professionalistisch, ob Arbeit und Freizeit derart voneinander getrennt sein sollen, wie das heute der Fall ist. Dort, wo der Neoliberalismus solche Kritik an einer unsinnigen Trennung von Lebensbereichen aufnimmt und die Arbeit zulasten der Freizeit entgrenzt, das Öffentliche und Private ineinanderfließen lässt, das Wirkliche de-realisiert, die Geschlechteridentitäten schrill auflöst, um alles kulturindustriell zu verwerten, geht es nicht um die Wiederherstellung von bestehenden Trennlinien von Ökonomie und Politik, sondern um eine demokratisierende, ›von uns‹ praktizierte Kunst der Trennung und Neugliederung unserer Praktiken und Gewohnheiten. In vielen Projekten finden sich Ansätze: Bei Fabrikbesetzungen wirken die Familienangehörigen mit und es wird über die Produkte mit Konsument\*innen diskutiert; in Kooperativen wird über die Verteilung der Arbeitszeiten oder über Investitionen gemeinsam entschieden; global orientierte Solidaritätsgruppen treten für eine nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung und gegenimperiale Konsumnormen ein; in Streiks im Gesundheitswesen entstehen Kooperationen zwischen allen Beteiligten; aus den Protesten städtischer Nachbarschaften entstehen Vorschläge zur weiteren Stadtentwicklung; in Alternativschulen entscheiden die Schüler\*innen über Lernrhythmen und -inhalte. All das sind von den vielen praktizierte Ansätze, mit Demokratie die Macht zurückzuweisen. Die Kunst der demokratisierenden Politik besteht darin, diese Ansätze zu verallgemeinern, indem die vielen sie sich aneignen, modifizieren und weitere demokratisierende Praktiken erfinden.

# WAS TUN GEGEN RECHTS?

DAS BÜNDNIS »AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS«

HANNO BRUCHMANN ■ CHRISTINE BUCHHOLZ

## SOLIDARITÄT STATT ABWEHRKAMPF

HANNO BRUCHMANN

Der Rechtspopulismus sorgt national und international für Furore. Das Establishment versucht sich zu verteidigen, verschärft die Krisen aber permanent. Nach dem Brexit, dem Wahlsieg von Donald Trump und möglicherweise einer französischen Präsidentin Marine Le Pen wird die AfD bei der nächsten Bundestagswahl absehbar einen Erfolg einfahren. Bereits im März 2016 schockierte der Einzug der AfD in die Landtage von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt – teils mit Ergebnissen über 20 Prozent. Wie sollte die Linke auf diese Erfolge einer offen rassistischen Partei mit starkem faschistischen Flügel antworten? Was ist zu tun?

Eine Antwort war die Gründung des Bündnisses »Aufstehen gegen Rassismus« (AgR). Direkt nach den Landtagswahlen unterschrieben 18 000 Unterstützer\*innen

den Aufruf und zur ersten Aktionskonferenz im April 2016 kamen 600 Personen, um sich aktiv an dem Bündnis zu beteiligen. AgR traf ein verbreitetes Bedürfnis, sich zu engagieren, und schuf ein wichtiges Handlungsangebot. Das Bündnis ist an das historische Modell der ›Volksfront‹ angelehnt – eine breite Koalition linker und bürgerlicher Kräfte gegen den Faschismus. Diese Überparteilichkeit ist grundsätzlich eine Stärke. Über die genaue strategische Ausrichtung der Arbeit gab es jedoch unter den 18 000 Unterzeichner\*innen und Hunderten Aktiven unterschiedliche Vorstellungen, die sich holzschnittartig anhand der drei Slogans des Bündnisses verdeutlichen lassen: »Aufstehen gegen Rassismus!« als eine antirassistische Kampagne, die in die Gesellschaft hineinwirken soll; »Keine Stimme der AfD!« mit einer starken Fokussierung auf Wahlen und die AfD; sowie »Unsere Alternative heißt Solidarität!« als Anspruch, in der Auseinandersetzung eine eigene Perspektive der Solidarität starkzumachen.

## AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS

Einer der großen Erfolge des Bündnisses ist die »Stammtischkämpfer\*innen-Ausbildung«. Dieses Programm verfolgt das Ziel, 10 000 Personen auszubilden, sie mit Argumenten gegen Rassismus auszustatten und anzuregen, selbst aktiv zu werden. In Workshops sollen sie in die Lage versetzt werden, Vorurteilen aktiv entgegenzutreten. Das entspricht dem Anliegen von vielen, die sich allein und nicht gut genug gerüstet fühlen, dem alltäglichen Rassismus Paroli zu bieten. Die Seminare werden von Gewerkschaften, Kirchen und selbst Kleingartenvereinen nachgefragt. Zunächst wurden Teamer\*innen ausgebildet, die dann dezentral weitere Schulungen übernahmen. Über 900 Menschen haben an der Ausbildung bereits teilgenommen. Durch das Schneeballprinzip ist die Kampagne in der Lage, auch Menschen in ländlichen Regionen zu erreichen, in denen es wenige Angebote dieser Art gibt. Dieser Kampagnen-Baustein ist bitter nötig: Rassistische Einstellungen sind in Deutschland fest verankert, auch unter Gewerkschafter\*innen und Wähler\*innen von SPD oder Linkspartei (vgl. Heitmeyer 2012). Jede\*r Fünfte stimmt islamfeindlichen Positionen zu (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016). Fremdenfeindliche Gewalt hat eine neue Qualität erreicht, auch was ihre Legitimation im politischen Diskurs angeht. Die Trainings helfen, rassistische Deutungen und damit vermeintlich eingängige Argumente der politischen Rechten zu entkräften. In der aufgeheizten Stimmung ist die Beteiligung von Massenorganisationen und liberaler Zivilgesellschaft auf symbolischer Ebene wichtig, um eine Gegenwehr gegen rassistische Positionen

**HANNO BRUCHMANN** ist Mitarbeiter des Instituts Solidarische Moderne und Mitglied dieser Redaktion. Er ist am Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« beteiligt und zieht hier ein kritisches Zwischenfazit der bisherigen Bündnisarbeit.

**CHRISTINE BUCHHOLZ** ist Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und dort Sprecherin für Religions- und Verteidigungspolitik. Sie ist seit vielen Jahren im Parteivorstand der LINKEN und vertritt diesen im Koordinierungskreis von »Aufstehen gegen Rassismus«. Sie ist außerdem Unterstützerin von Marx21.

aufzubauen. Rassismus zu benennen, zu bearbeiten oder zu isolieren – dazu kann AgR einen Beitrag leisten.

## KEINE STIMME DER AFD!

Ein wichtiges Ziel des Bündnisses ist es, ähnlich wie in früheren Jahren in Bezug auf die NPD, eine »rote Linie« zu ziehen. Die Positionen der AfD sollen inhaltlich kritisiert und so eine Wahlentscheidung für diese Partei zum gesellschaftlichen »No-Go« gemacht werden. Will man den Erfolg der bisherigen Aktivitäten einschätzen, hilft es, zwischen der bundesweiten und der regionalen oder lokalen Ebene zu unterscheiden.

## BUNDESWEITE MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

Auf Bundesebene einigte man sich relativ schnell darauf, dass mit »Rassismus« in erster Linie der Rassismus der AfD gemeint ist, um die Bündnisbreite in Richtung SPD und Grüne abzusichern. Über den Widerspruch, dass SPD und Grüne wenige Monate zuvor die Asylrechtsverschärfung mitgetragen hatten und hinter dem Konzept der »sicheren Herkunftstaaten« stehen, wurde nicht gesprochen.

Um auf diese Parteipositionen Rücksicht zu nehmen und angesichts sehr unterschiedlicher im Bündnis vertretener politischer Projekte einigte man sich auf einen Minimalkonsens. Es wurde wenig Anstrengung unternommen, eine echte solidarische Alternative im Bündnis diskursiv und politisch auszuarbeiten. Auf Bundesebene vertritt AgR als Ganzes also allein die Gegnerschaft zur AfD. Und selbst dieser Gegner wurde nur unscharf benannt. Die AfD versteht es, in einer wohlkalkulierten Mischung aus Straßengewalt, Publikationen, Talkshow- und Parlamentsauftritten ein breites rechtes und reaktionäres Potenzial zu bündeln, das über den gesellschaftlichen Rassismus hinausgeht. Man könnte auch von einer rechten Bewegung sprechen. Wer hier lediglich auf Antirassismus orientiert, fokussiert seine Aktionen auf nur einen der Köpfe der Hydra AfD. Andere Faktoren, die zu ihrem derzeitigen Aufstieg geführt haben, bleiben unberücksichtigt. Neben Rassismus ist Antifeminismus ein zentrales ideologisches Moment. Darüber hinaus muss der gesellschaftliche Nährboden unsicherer sozioökonomischer sowie entdemokratisierter Verhältnisse (vgl. Demirović in diesem Heft) in einem Kampf gegen Rechtspopulismus offensiv thematisiert werden. Den »wahren Kern« (vgl. Solty auf *LuXemburg-Online*) der rechtspopulistisch artikulierten sozialen Unzufriedenheit sollte man nicht unberücksichtigt lassen. Diese speist sich auch aus den Erfahrungen sozialer Abstiege oder entsprechender Ängste sowie aus verlorenem Vertrauen in neoliberale Parteien und Politik allgemein. Viele Wechsel-, Neu- und Erstwähler\*innen geben der AfD ihre Stimme auch, um das Establishment abzuwählen. Hier

findet eine bloße Übertragung der Konzepte gegen die NPD und die radikale Rechte aus den 1990er Jahren ihre Grenze.

All das kam im Bündnis zwar zur Sprache, wurde aber in einem falschen Pragmatismus übergangen, um die Breite des Bündnisses bis hin zu SPD und Grünen nicht zu gefährden. Obwohl diese Breite eigentlich eine Stärke des Bündnisses ist, wurde sie dort zur entscheidenden Schwäche, wo notwendige inhaltliche Klärungen zugunsten einer »Beteiligung ohne unangenehme Fragen« ausblieben.

Wir müssen selbstkritisch festhalten, dass wir das Ziel, vor den Wahlen Stimmung gegen die AfD zu machen oder diese gar zu kippen, nicht erreicht haben. Der Zulauf zur Demonstration am 3. September war gering und die AfD gewann zweistellige Ergebnisse. Die Demonstration konnte keine Dynamik oder Ausstrahlung entfalten. Ein Blick auf die Manöverkritik von tragenden Teilen des Bündnisses hilft, einen Teil des Problems zu verstehen. Die Gruppe Marx21 beispielsweise schrieb in ihrer Auswertung: Durch den »Grenzenlos-Solidarisch«-Block mit seiner feministischen Schwerpunktsetzung und Kritik an der Asylrechtsverschärfung sei »der Rassismus der AfD und die Betonung eines gemeinsamen Kampfes gegen diese Partei als Hauptschlagrichtung der Demonstration in den Hintergrund« (*Marx21 2016*) getreten.

Ohne eine Kritik an den Verhältnissen, die die Wahlsiege der AfD unter anderem ermöglichen, lässt sich ein Gegenspieler auf Bundesebene nicht etablieren. Der Misserfolg der Demonstration lag demnach weniger an mangelndem Einsatz oder fehlenden Ressourcen als an einer falschen Ausrichtung.





Der Erfolg der AfD gründet eben auch in neoliberalen Regierungspolitiken, verschärfter Konkurrenz und politisch geförderten Prozessen der Entsolidarisierung, die nun von rechts ausgeschlachtet werden. Hinzu kommt, dass AgR genau das Establishment repräsentiert, das die AfD versucht als Feind aufzubauen.

### **LOKALE ERFOLGE**

Die Ausbildung und aktive Organisation lokaler und regionaler Gruppen ist ein zweiter, wichtiger Erfolg des Bündnisses: Knapp 2 000 Unterstützer\*innen hinterließen ihre Telefonnummer, um vor Ort aktiv zu werden. Hunderte dieser Personen wurden persönlich angerufen und für konkrete Vorhaben angesprochen. Sie wurden ermuntert, Gruppen zu

Alle Bilder: »Aufstehen gegen Rassismus«, © Thorsten Strasas/flickr

gründen und selbst aktiv zu werden. Innerhalb des bundesweiten AgR-Zusammenschlusses haben sich 16 regionale Bündnisse gegründet, um antirassistische Positionen zu verbreitern und Aktionen gegen die AfD zu planen. Notwendige Diskussionen zu Positionen von und Kritik an Bundesparteien sind hier leichter zu kommunizieren. Das Zusammenstehen gegen die AfD ist zudem sehr konkret und praktisch, etwa bei Blockaden oder Protesten gegen entsprechende Demonstrationen. Bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus kann die AfD am Infostand bald überall mit aufgehaltene blauen Mülltüten rechnen, in die Passant\*innen ihr Material werfen können.

Wer sich engagieren will, findet hier leichten Zugang. Das Bündnis sollte dieses Aktionsfeld weiter stärken und zur zentralen Aufgabe der Bundeskoordination machen.

### **UNSERE ALTERNATIVE HEISST SOLIDARITÄT!**

»Aufstehen gegen Rassismus« war zu Recht größer angelegt als ein klassisch linkes Bündnis, und nicht jede richtige Forderung musste hier Platz finden. Eine Durchsetzung solidarischer Politiken hängt an der Bildung eines eigenständigen gesellschaftlichen Blocks. Die große Empörung über AfD und Pegida, sei sie moralisch, ästhetisch oder politisch, ist sehr wichtig, reicht dafür aber nicht aus. Mit Millionen Neuangekommenen und den vielen in der Willkommensbewegung aktiv gewordenen Menschen haben sich die Verhältnisse eigentlich zugunsten solidarischer Werte und Politiken verbessert. Zusammen mit Parteiaktiven sowie mit jenen, die von ihren Parteien enttäuscht sind, mit Engagierten in Wissenschaft, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie mit der organisierten Zivilgesellschaft lassen sich möglicherweise solidarische Positionen und Aktivitäten entwickeln. Die Zusammenkunft der Bewegung des Willkommens »Welcome2stay« hat das beispielsweise versucht.

Soll die AfD geschwächt werden, müsste also ein politisches Lager zusammengebracht werden, in dem klar antirassistische, darüber hinaus aber auch solidarische Positionen und demokratische Praxen entworfen werden. Das hieße verlässlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Die weitergehende Herausforderung besteht dann darin, eigene Praxen einer Selbstkritik zu unterziehen. Bleibt eine entsprechende inhaltliche Ausei-

nandersetzung aus, erweist man der Linken einen Bärendienst. Eine Zusammenarbeit der rot-rot-grünen Parteien – wie bei AgR – müsste unter dem Vorzeichen eines gemeinsamen Willens zum Politikwechsel stattfinden, damit sie sinnvolle Ergebnisse zeitigt und der Rechten schadet, nicht der Linken. Kritik und Opposition, die in einem solchen Lager ausgebildet wird, könnte als progressive Triebkraft auch für Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien genutzt werden, die eine Politik des Sozialabbaus betreiben und auch mit rassistischen Untertönen zum Thema Flucht und Einwanderung kokettieren. Wegen der Erfolge im Rahmen der Stammtischkämpfer\*innenausbildung und der lokalen wie regionalen Bündnisse sollten diese unbedingt fortgeführt werden. In der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung auf Bundesebene wird der bisherige Ansatz von »Aufstehen gegen Rassismus« aber aus den beschriebenen Gründen kein wirksames Moment gegen die AfD aufbauen. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, weiter daran zu arbeiten und nach Wegen zu suchen, im Rahmen eines gemeinsamen Projekts, auf Augenhöhe und gemeinschaftlich definiert, entsprechend in den Bundestagswahlkampf einzugreifen. Das erfordert jedoch eine Zusammenarbeit und Diskussionskultur jenseits eingespielter politischer Verhaltensweisen und geht weit über den bisherigen Ansatz von »Aufstehen gegen Rassismus« hinaus.

### **LITERATUR**

- Decker/Kiess/Brähler (Hg.), 2016: Die enthemmte Mitte. Leipzig
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2012: Deutsche Zustände, Frankfurt a.M.
- Marx21 2016: Wie weiter im Kampf gegen Rassismus und die AfD?, [www.marx21.de/wie-weiter-im-kampf-gegen-rassismus-und-die-afd](http://www.marx21.de/wie-weiter-im-kampf-gegen-rassismus-und-die-afd)

## »AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS« ... NICHT DIE EINZIGE ANTWORT, ABER UNVERZICHTBAR

**CHRISTINE BUCHHOLZ**

Nach den Wahlerfolgen der AfD bei den Landtagswahlen 2016 und mit Blick auf die Landtags- und Bundestagswahlen 2017 stehen wir als gesellschaftliche Linke vor zwei großen Aufgaben. *Erstens* gilt es dem Rechtsruck entgegenzutreten und deutlich zu machen, dass wir die Etablierung einer Partei, die einen neofaschistischen Flügel in ihren Reihen duldet, nicht hinnehmen werden. Dafür spielen sowohl der bundesweite Aufbau als auch die Verbreiterung und Regionalisierung des Bündnisses »Aufstehen gegen Rassismus« (AgR) eine wichtige Rolle. Das Bündnis politisch zu verengen, wäre falsch.

Um für einen Politikwechsel zu kämpfen, brauchen wir *zweitens* eine linke, antikapitalistische Alternative zur herrschenden Politik, eine linke Antwort auf soziale Spaltung und Frust mit dem Establishment. Das bedeutet für die gesellschaftliche Linke, soziale Kämpfe und Bewegungen auch im Bundestagswahljahr 2017 voranzutreiben. Für die Partei DIE LINKE heißt es zudem, einen profilierten sozialen, antikapitalistischen und antirassistischen Wahlkampf zu führen.

### **DIE AFD ALS POL DER RECHTEN ORGANISIERUNG**

Mit AgR hat die LINKE im März 2016 ein Bündnis mitgegründet, dessen zentraler Bezugspunkt der Aufstieg der AfD ist. Der Gründungsauftrag geht davon aus, dass die AfD »zunehmend zum Sammelbecken für

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geworden ist. An vielen Orten ist die AfD Zentrum der extremen Rechten geworden. Abgeordnete der AfD verbreiten Nazi-Parolen und hetzen gegen Andersdenkende.«<sup>1</sup> Die AfD ist der wichtigste Pol der rechten Organisation in Deutschland und muss als aktuell bedeutsamer Kristallisationspunkt bekämpft werden, nicht weil sie der einzige Ausdruck des Rassismus in Deutschland wäre. In der AfD ringen der national-konservative Flügel und der völkische national-soziale – ich nenne ihn auch den neofaschistischen Flügel – miteinander. Der Einfluss des neofaschistischen Flügels wächst seit der Spaltung im Juni 2015 kontinuierlich: Das Bundesschiedsgericht der AfD hat den Auflösungsbeschluss gegen den saarländischen Landesverband wegen Zusammenarbeit mit Neonazis aufgehoben – ebenso wie den Beschluss, nicht auf Pegida-Demonstrationen aufzutreten. Alexander Gauland lädt alle »Identitären« ein, in die AfD einzutreten, wie die *taz* am 11.11.2011 berichtete. Unter den aussichtsreichen Kandidaten für den Bundestag befinden sich in Hessen der aus der CDU ausgeschlossene Antisemit Martin Hohmann und in Baden-Württemberg der Bundeschef der Jungen Alternative Markus Frohnmaier, der laut Badischer Zeitung vom 26.7.2016 wohl in der *German Defence League* aktiv war, und der völkisch-nationale Thomas Seitz, der Merkels Flüchtlingspolitik als »Auftakt zur Vernichtung des deutschen Volkes« bezeichnete (vgl. *Badische Zeitung* vom 1.3.2016).

### **EINE KURZE ZWISCHENBILANZ**

Bei der Gründung von AgR haben sich unterschiedliche Organisationen zum Ziel

gesetzt, diesen Entwicklungen etwas entgegenzustellen. Wir haben mittlerweile ein breites Bündnis aufgebaut. Zum aktiven Kern gehören unter anderem die DGB-Jugend, verschiedene Gliederungen von IG-Metall, ver.di und anderen Gewerkschaften, die Naturfreunde, Attac, Aktive der Partei die LINKE, Jusos, Sozialdemokrat\*innen, Grüne, der Zentralrat der Muslime, die Alevitische Gemeinde und unterschiedliche lokale Bündnisse gegen rechts. Mittlerweile gibt es 17 regionale und viele lokale Ableger. Zu den mehr als 1000 Menschen, die den Aufruf unterzeichnet haben, sind in den zwei Wochen nach der Trump-Wahl 500 neue Unterzeichner\*innen hinzugekommen.

Am 3. September 2016 demonstrierten in Berlin 6000 Menschen gegen die AfD. Das waren weniger als erwartet, und es war auch nicht die bundesweite Mobilisierung, die wir geplant hatten. Es war dennoch ein wichtiges Zeichen gegen die AfD.

### **GEDULD BEWEISEN**

Hanno Bruchmann stellt die These auf, dass der bisherige Ansatz von AgR auf Bundesebene »kein wirksames Moment gegen die AfD aufbauen« (80) werde. Das zeugt meines Erachtens von einer Fehleinschätzung der Anstrengungen, die nötig sind, um ein in der Breite mobilisierungsfähiges Bündnis aufzubauen, das weit in die Gewerkschaften hineinwirkt und Muslime sowie verschiedene migrantische Organisationen und Netzwerke einschließt.

Das Bündnis hat in den letzten Monaten verschiedene Kampagnenelemente entwickelt, mit denen wir der AfD selbstbewusst entgegen-

treten können. Bis Ende November 2016 haben wir über 900 Stammtischkämpfer\*innen gegen rechts ausgebildet. Trotzdem stehen wir mit AgR erst am Anfang. Wir brauchen mehr Organisationen, die das Bündnis unterstützen, und auch in den beteiligten Organisationen brauchen wir mehr Unterstützung: Wir brauchen noch viel mehr Aktive vor Ort und eine Stärkung der zentralen Strukturen.

Der Aufbau von regionalen und lokalen Bündnisstrukturen ist wichtig, um der AfD überall entgegenzutreten, da sie sich auch über lokale Mobilisierungen und in lokalen Parlamenten aufbaut. Deshalb sind Wahlkämpfe genauso ein politischer Rahmen für Aktivitäten von AgR wie die Begleitung der AfD dort, wo sie schon in den Parlamenten sitzt.

Weil die AfD als bundesweites Projekt zu verstehen ist, ist eine bundesweite Kampagne notwendig. Björn Höcke und André Poggenburg kämpfen nicht nur darum, ihre Landesverbände zu radikalieren, sie organisieren sich bundesweit, um Einfluss auf die ganze Partei zu gewinnen. Die Zusammenschlüsse »Patriotische Plattform« und »der Flügel« stärken wechselseitig ihren Einfluss. Im April will die AfD ihren Bundesparteitag zur Bundestagswahl in Köln abhalten. Auch hier braucht es ein überregionales Bündnis, das den Protest dagegen in Zusammenarbeit mit lokalen Ablegern und Strukturen befördert.

### **DAS VERHÄLTNISS VON BREITE UND SCHÄRFE**

Die Breite des Bündnisses sei zur entscheidenden Schwäche geworden, behauptet Hanno Bruchmann, »wo die notwendige inhaltliche Klärung« (78) ausblieb. Es gebe einen



»falschen Pragmatismus« (ebd.) aus Rücksichtnahme auf SPD und Grüne. Tatsächlich können im Bündnis beteiligte Organisationen über die beschlossene Plattform hinaus weitergehende Positionen vertreten. Auf der Berliner Kundgebung am 3. September sind auch Redner\*innen aufgetreten, die die Asylrechtsverschärfungen angegriffen haben. Aber eben nicht nur solche. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung hat über die frauenfeindliche Politik der AfD gesprochen. Durch die politische Vielfalt unterscheidet sich AgR von anderen Bündnissen. Wenn aber beispielsweise die LINKE eine Zustimmung zu ihren Positionen zur Eintrittsbedingung für das Bündnis machen würde, schloße sie Akteure etwa aus dem Bereich von Gewerk-

schaften, SPD, Grünen und viele andere aus. Dann würde die »inhaltliche Klärung« zur Verengung und damit zur Schwäche.

Auch wenn die Mehrheit der SPD-Fraktion im Bundestag und Teile der Grünen den Asylrechtsverschärfungen zugestimmt haben, ist es unverzichtbar, ihre Wähler\*innen und Anhänger\*innen für den gemeinsamen Kampf gegen die AfD zu gewinnen, um die notwendige gesellschaftliche Durchschlagskraft zu erzeugen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir mit denjenigen aus SPD, Grünen und anderen kooperieren, die den Vormarsch von organisierten Rassist\*innen und Neofaschist\*innen verhindern wollen. Gerade weil rassistische Ressentiments wachsen und rassistische Gewalt gegen Geflüchtete und

Muslime zunimmt, ist es nötig, eine gesellschaftliche Breite herzustellen und nicht nur die üblichen Verdächtigen neu zu vernetzen.

Die meisten Menschen haben ein widersprüchliches Bewusstsein gegenüber Flüchtlingen. Viele wenden sich gegen die AfD und ihre menschenverachtenden Forderungen (etwa die Einführung eines Schießbefehls gegen Flüchtlinge an der deutschen Grenze), aber nur sehr wenige sind dafür, die Grenzen bedingungslos zu öffnen. Wir müssen versuchen, sie in gemeinsamen Aktionen von konsequent antirassistischen Positionen zu überzeugen.

AgR bietet Solidarität gegen Rassismus an. Das ist ein Angebot an die zersplitterte Bewegung der Flüchtlingshelfer\*innen und an diejenigen, die Opfer von Rassismus sind. Von daher ist es wichtig, neben den bereits aktiven muslimischen und alevitischen Beteiligten weitere migrantische Organisationen für AgR zu gewinnen. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, hat es auf der Demonstration in Berlin auf den Punkt gebracht: »Wenn jemand eine Kirche oder Christen angreift, so ist es, als ob er uns alle angegriffen hätte. Wer einen Anschlag auf eine Synagoge verübt, der hat einen Anschlag auf uns alle ausgeführt. Wer im Namen einer Religion oder irgendeines Nationalismus Menschen ohne Religion angreift, hat sich außerhalb unserer Gemeinschaft gestellt.«

## **ES BRAUCHT EINE ANTIKAPITALISTISCHE PARTEI**

Hanno Bruchmann fordert: »Soll die AfD geschwächt werden, müsste ein politisches Lager zusammengebracht werden, in dem klar antirassistische, darüber hinaus aber

auch solidarische Positionen und demokratische Praxen entworfen werden.« (80) Das ist Aufgabe von linken Organisationen und nicht zuletzt der Partei DIE LINKE, allerdings widerspricht dieser Anspruch dem Ansatz eines breiten antirassistischen Bündnisses.

Forderungen nach einem Ende des Neoliberalismus und des Abschottungsregimes in Europa sind wichtige Positionen, die LINKE und radikale Linke einbringen. Ein liberaler Antirassismus allein wird den Rassismus nicht bannen, deshalb ist ein antikapitalistischer und klassenbezogener Pol wichtig. Doch weder die LINKE noch die Antifa allein können die AfD in ihrem Aufbau behindern oder gar stoppen. Mit diesem Widerspruch müssen wir umgehen. Die Positionen der LINKEN oder der radikalen Linken dürfen nicht die Bedingung für die Zusammenarbeit bei AgR sein.

Hanno Bruchmann kritisiert einerseits die Aktionseinheit mit SPD und Grünen im Bündnis, fordert aber andererseits: »Eine Zusammenarbeit der rot-rot-grünen Parteien – wie bei AgR – müsste unter dem Vorzeichen eines gemeinsamen Willens zum Politikwechsel stattfinden« (ebd.). Umgekehrt wird ein Schuh draus. Wenn es eine politische Grundlage für ein rot-rot-grünes Bündnis geben sollte, die tatsächlich einen Bruch mit einer Politik des Neoliberalismus, der Abschottung und des Militarismus darstellt, dann kann sie nur aus Kämpfen wachsen, die geeignet sind, die politischen Kräfteverhältnisse in diesem Land substanziell zu verändern. Der Kampf gegen die AfD ist nicht die ganze Antwort, aber er ist ein unverzichtbarer Teil davon.

---

1 [www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aufwurf](http://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aufwurf).



# ABSTIEGSGESELLSCHAFT ODER AUSWEITUNG DER KAMPFZONEN?

STRATEGISCHE ÜBERLEGUNGEN IM ANSCHLUSS AN OLIVER NACHTWEY

---

THOMAS GOES

Zu den meistdiskutierten politischen Büchern des Jahres 2016 gehört Oliver Nachtweys »Abstiegsgesellschaft«. Zu Recht, denn es bietet, was selten geworden ist: ein politisch eingreifendes Denken, das mittels soziologischer Phantasie (C. Wright Mills) Zusammenhänge herzustellen wagt, wo andere sich damit bescheiden, Spezialisten zu bleiben. Befunde zu Ökonomie, Sozialpolitik, Arbeitssoziologie, Ungleichheits- und Protestforschung werden zu einer schillernden Deutung der heutigen Gesellschaft verknüpft. Das hat allerdings seinen Preis, denn das Buch steckt voller Widersprüche und Ambivalenzen.

Politisch liegt der Teufel im Detail. Die zentrale Diagnose einer Gesellschaft, in der eine Mehrheit von sozialem Abstieg betroffen ist, überzeugt nicht. Was Nachtwey gegen Nachtwey profund belegt, ist eine Gesellschaft mit verallgemeinerten Bewährungsproben, größerer Ungleichheit und einer zunehmenden Aufstiegsblockade für die untersten Bevölkerungsschichten – eine Gesellschaft, in



der es aber gerade den Mittelschichten trotz gestiegenen Belastungen gelingt, ihre Positionen im Klassengefüge zu behaupten und (noch?) aufzusteigen. Ist dieser Unterschied in der soziologischen Diagnose politisch wirklich so wichtig? Ja, und das wird deutlich, wenn man über mögliche strategische Schlussfolgerungen nachdenkt, die durch Nachtweys Zeitdiagnose nahegelegt werden. Wenn doch eine Mehrheit der Bevölkerung von sozialem Abstieg betroffen ist, dürfte es dann nicht relativ einfach sein, ein soziales und politisches Bündnis zu schmieden, das die unteren und mittleren Schichten einschließt? Was läge näher als ein Bündnis der Verlierer\*innen? Nachtwey bringt diesen Weg bewusst nicht ins Spiel, sondern deutet an, dass nicht nur emanzipatorische, sondern auch autoritäre und reaktionäre politische Formen der Mobilisierung gegen die Neoliberalisierung möglich sind. Und dennoch ist die Grunddiagnose zu einfach. Was sichtbar wird, ist keine Abstiegsgesellschaft, sondern vielmehr eine »Zwei-Drittel-Gesellschaft« (Peter Glotz) mit ausgeweiteten Kampfzonen. Ein fortschrittliches Unten-Mitte-Bündnis zwischen Klassenmilieus wäre angesichts der von Nachtwey nachgezeichneten Umbrüche ebenso möglich wie ein autoritäres Mitte-Oben-Bündnis, bei dem sich die erfolgreich strampelnden Mittelschichten in ein exklusives Verteilungsbündnis mit dem Oben einbinden lassen.

### **DER POSTWACHSTUMSKAPITALISMUS**

Die »Abstiegsgesellschaft« schlägt einen Bogen von der ökonomischen Analyse eines sogenannten Postwachstumskapitalismus und dessen »regressiver Modernisierung« über die

Entstehung einer neuartigen Klassengesellschaft, die durch Abstiegsprozesse gekennzeichnet ist, bis hin zum »Aufbegehren in der Abstiegsgesellschaft« (Nachtwey 2016, 181f). Betrachten wir die Kurzversion von Nachtweys Erzählung: Bis in die 1970er Jahre gab es ihm zufolge in der Bundesrepublik hohe Gewinnraten. Auf dieser Grundlage blühte die sogenannte soziale Moderne, in der Ungleichheiten abgemildert und die Gesellschaft demokratisiert wurde. Es entstand eine Aufstiegsgesellschaft. Seit Anfang der 1970er Jahre sank jedoch die Profitabilität, Investitionen nahmen ab und das Wirtschaftswachstum erlahmte. Auf die daraus

**THOMAS GOES** ist Soziologe und forscht am SOFI in Göttingen zum Wandel des Kapitalismus, zu Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen. Er ist Mitglied der Partei die LINKE und aktiv im Projekt »Organisieren-Kämpfen-Gewinnen« ([www.organisieren-gewinnen.de](http://www.organisieren-gewinnen.de)).

entstehenden Probleme reagierten politische und wirtschaftliche Eliten mit »regressiver Modernisierung«, mit einer Reformpolitik, deren Ergebnisse hinter den Errungenschaften der Nachkriegsjahrzehnte zurückblieben – landläufig wird dies unter dem Begriff Neoliberalisierung diskutiert. Im Ergebnis ist eine neue Klassengesellschaft entstanden, die sich durch größere Ungleichheiten auszeichnet, »eine Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der nicht die Arbeit, sondern die integrative Arbeit ausgeht« (121). Diese Verunsicherung und Verschlechterung verallgemeinert sich. »Die Abstiegsprozesse haben sich in immer neuen Schüben auf größer werdende Segmente der

Gesellschaft ausgeweitet.« (I2I) Abgesehen von Bereichen, in denen hoch qualifizierte Angestellte arbeiten, sieht Nachtwey weithin Abstiegskräfte walten.

## **DIE NEUE KLASSEGESELLSCHAFT**

Aber stimmt das alles? Leben wir tatsächlich in einer Abstiegsgesellschaft? Und wenn ja, wer ist dieses ›Wir‹ und wohin steigt es ab? Um zum Ausgangspunkt zurückzukommen: Gerade die zentrale Diagnose, die heutige Gesellschaft zeichne sich durch Abstiegtendenzen aus, vermag nicht zu überzeugen. Nachtwey kennt die Forschungsdaten. Pflichtbewusst referiert er Tendenzen, die seiner eigenen Diagnose widersprechen. Zwei Beispiele sollen genügen. Zum einen sind die Nettoeallöhne seit Anfang der 1990er Jahre gesunken und haben gegenwärtig den Stand von vor 25 Jahren erreicht. Natürlich deutet das darauf hin, dass längere Zeit nach oben umverteilt wurde. Gleichzeitig wissen wir, dass einem Niedriglohnsektor, der um die 25 Prozent der Beschäftigten umfasst, Hochlohngruppen gegenüberstehen. Auch dann, wenn man leitende Angestellte außen vor lässt, zeigt sich hier nicht der kollektive Abstieg, sondern eine Polarisierung von Lebenschancen. Das zweite Beispiel bezieht sich auf den sozialen Aufstieg infolge einer beruflichen Aufwärtsmobilität. Der Zusammenhang zwischen beiden Prozessen, so Nachtwey, sei in den 1970er Jahren sehr stark gewesen; in der jüngeren Vergangenheit habe er sich gelockert. Aber: Auch heute noch führt beruflicher Aufstieg in den meisten Fällen zum sozialen Aufstieg. Abstiegsgesellschaft? Man könnte augenzwinkernd von einem performativen Widerspruch

reden: Die empirischen Belege, die detailliert erörtert werden, sprechen nicht unbedingt dafür, gleichwohl wird mit Nachdruck die These einer Abstiegsgesellschaft vertreten.

Nun lässt sich immer streiten, ob wichtige Trends der Zukunft heute schon repräsentativ sein können. Natürlich können sie das nicht. Es bräuchte aber mehr, um Nachtweys Lesart der gesellschaftlichen Entwicklung plausibel zu machen. Widersprüche sind Prozesse, in denen mindestens zwei Momente ineinander übergehen und sich negieren. Entscheidend ist, welches Moment des Widerspruchs dominiert, welches also die Entwicklung prägen wird. Es wäre daher unerheblich, dass die präsentierten Daten widersprüchlich sind, wenn argumentiert würde, weshalb und wie der diagnostizierte Entwicklungstrend sich durchsetzen sollte. Aber genau dieser Schritt fehlt.

Was belegt werden kann, ist eine Ausweitung der Kampfzonen, sowohl zwischen herrschenden Klassen und Subalternen als auch zwischen den unterschiedlichen Milieus der arbeitenden Klasse. Das Bild der Abstiegsgesellschaft lässt uns an Kollektivschicksale denken, wo eher fragmentierende Bewährungskämpfe und milieuspezifische Behauptungschancen thematisiert werden sollten. Nachtwey schlägt vor, dass wir uns die komplexen Abstiegsprozesse in der heutigen Gesellschaft mithilfe einer Rolltreppe in einem Warenhaus vorstellen. Für die Oberschicht, die die oberste Etage erreicht hat, läuft sie weiter nach oben. Alle anderen aber befinden sich auf einer Rolltreppe nach unten: »Für die meisten derjenigen, die die obere Etage noch nicht erreicht haben, ändert sich nun die Fahrtrichtung. Während es lange Zeit nach oben ging, fahren sie nun nach

unten. [...] Kollektiv betrachtet, geht es für die Arbeitnehmer jedoch wieder abwärts und die Abstände zwischen oben und unten vergrößern sich.« (127) Auf dieser Rolltreppe müssen alle rennen, um Erreichtes zu bewahren oder gar aufzusteigen. Das Bild verweist hier auf das Offensichtliche: die permanente Mobilmachung und die dauernden Bewährungsproben in der Arbeitswelt einerseits, die verunsichernde Sozialpolitik und Umverteilung andererseits. Die sprintenden Warenhausbesucher stehen für die Beschäftigten, die sich zu behaupten suchen. Wenn nun alle auf einer Rolltreppe nach unten fahren, heißt das insofern nicht zwingend, dass sie absteigen – denkbar zumindest ist Aufstieg, weil mehr geleistet wird.

Es stimmt, die Anforderungen, die an Beschäftigte gestellt werden, haben sich verschärft. Aber daraus ergibt sich nicht per se, dass sie nach unten fahren. Wenn man Bilder bewegter Bänder mag, dann bietet sich eher der Vergleich mit Laufbändern an, deren Tempo erhöht wurde. Oder etwas sportiver: von Mannschaften, in denen der Leistungsdruck gewachsen ist. Natürlich, das kann verschärfte Ausbeutung heißen; es kann auch zu neuen Formen der Stigmatisierung von Leistungsschwachen führen – aber die dauermobilisierte Leistungsgemeinschaft oder Teile von ihr können sehr wohl aufsteigen. Das gilt für Belegschaften und Klassenmilieus nicht weniger als für Standorte. Das Bild der Abstiegs-gesellschaft ist also zu unscharf. Ich will diese Kritik anhand eines einfachen Beispiels veranschaulichen. Denken wir an den »gesellschaftlichen Gesamtarbeiter« (Marx) in der deutschen Automobilindustrie. Zu ihm gehören sowohl die verschiedenen Belegschaften in den Zulieferbetrieben als auch



Robert Steinhöfel/flickr ©©©

in den Oligopolbetrieben wie VW oder BMW. Für alle gilt, dass die Anforderungen an ihre Arbeitsleistungen zugenommen haben. Die Arbeitsproduktivität wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten enorm erhöht; flexible Arbeitszeiten gehören heute zur Normalität; prekäre Arbeitsverhältnisse finden sich nicht nur in den abhängigen Zulieferbetrieben, sondern auch bei den Endherstellern. Druck auf die Löhne entstand überall, selbst in den Großbetrieben, in denen im Rahmen von Wettbewerbsbündnissen damit angefangen wurde, zum Teil übertarifliche Leistungen »abzuschmelzen«. Soweit zu den Gemeinsamkeiten. Diese haben allerdings Grenzen. Die Stammbesellschaften in

den Oligopolbetrieben jedenfalls steigen nicht ab, auch wenn die Wettbewerbsgemeinschaft, in die sie das Management zu integrieren sucht, durchaus brüchig ist. Ihre Reallöhne sind nicht gesunken, die Lohnunterschiede zwischen den Teilen des Gesamtarbeiters, die für VW, Porsche oder BMW arbeiten, und denen, die vielleicht im dritten Rang der Zulieferer ausgebeutet werden, sind enorm. Ähnliches gilt für die Mitbestimmungschancen und die gewerkschaftliche Organisationsmacht. Vielleicht liegt hier der Grund dafür, dass das Gros der Arbeitskämpfe heute nicht in den oligopolistischen Sektoren der Metall- und Elektroindustrie, sondern an deren Rändern und in prekarierten Dienstleistungssektoren geführt werden?

### **ABSTIEGSGESELLSCHAFT ODER ZWEI-DRITTEL-GESELLSCHAFT MIT AUSGEWEITETEN KAMPFZONEN?**

Dieses Beispiel soll genügen, um anzudeuten, weshalb eine klarere Vermessung der ›neuen Klassengesellschaft‹ nötig wäre. Nachtwey selbst relativiert sein Bild der Rolltreppe, die für die Mehrheit nach unten fährt, wenn er schreibt, dass eine Oberschicht von den neuen Verhältnissen profitiert, die Mitte aber mehrheitlich dazu in der Lage ist (wenn auch unter größeren Anstrengungen), ihre Position im Klassengefüge zu bewahren. Nur die untere Mittelschicht und die Unterschichten sind laut dieser Selbstkorrektur also abstiegsbedroht. Was Nachtwey entgegen seiner eigenen Diagnose also belegt, ist ein blockierter Aufstieg für die unteren Schichten, besorgniserregende Ungleichheiten innerhalb der arbeitenden Klassen und die Konturen einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, die durch höhere Leistungsanforderun-

gen, permanente Bewährungsproben und mehr autoritäre Macht charakterisiert werden kann. In der Zwei-Drittel-Gesellschaft mögen sich die oberen Schichten bereichern, die Mehrheit der Mittelschichten steigt aber nicht ab, sondern ist in der Lage sich zu behaupten.

Ob man eine kollektive Abstiegs-gesellschaft oder eine Zwei-Drittel-Gesellschaft mit ausgeweiteten Kampfzonen diagnostiziert, ist – ich komme zum Ausgangspunkt zurück – jedoch politisch relevant. Sicherlich ist in einer konfliktgeladenen und fragmentierten Zwei-Drittel-Gesellschaft ein linkes Bündnis zwischen den unteren und mittleren Schichten möglich. Materiell und ideologisch denkbar ist aber auch das Gegenteil, ein verfestigtes Mitte-rechts-Bündnis zwischen oberen und mittleren Schichten, ein ausgrenzendes Verteilungsbündnis, das auf sozialchauvinistischer Wettbewerbsideologie und materieller Beteiligung an den Ergebnissen neoliberaler Modernisierung beruht. Dafür braucht es nicht unbedingt österreichische Verhältnisse, also eine regierende AfD. Es genügen Regierungen der »extremen Mitte« (Tariq Ali), jener politischen Kräfte also, deren Mehrheiten auf neoliberalen Pfaden wandeln. In Deutschland setzt sich der linke Flügel dieser extremen Mitte aus SPD und Grünen zusammen, der rechte aus CDU/CSU und FDP. Sicherlich, die SPD hat seit 1998 über die Hälfte ihrer Wähler\*innen verloren. Kann es aber nicht sein, dass sich unter den verbliebenen 20 Prozent nicht nur unverbesserliche Optimist\*innen finden, die auf eine Re-Sozialdemokratisierung der SPD hoffen – sondern zu einem erheblichen Teil Anhänger\*innen einer offensiven Marktsozialdemokratie? Man kann die jüngere deutsche Geschichte auch so deuten: Diese extreme Mitte

organisiert mit kurzer Unterbrechung seit fast 20 Jahren ein Bündnis zwischen oberen Schichten und Teilen der Mitte, die auf Eigenleistung und Selbstbehauptung setzt. Das ging – nicht nur im Falle der SPD – zwar mit erheblichen Legitimationsproblemen einher, dennoch ist der politische Neoliberalismus in Deutschland nach wie vor einigermaßen intakt, und neoliberale Bündnisse gibt es nicht nur in der politischen Arena. Dazu gehört beispielsweise auch die mal offensivere, mal zurückhaltendere Unterstützung der deutschen Exportpolitik durch die Spitzen von IG Metall und IG BCE. ›Deutsche Arbeitsplätze‹ sind demnach zu verteidigen, indem standortpolitische Wettbewerbsvorteile gestärkt werden. Nach dem Scheitern des letzten offenen Bündnisses für Arbeit 1999 kam es zur Herausbildung eines stillen Bündnisses unter neoliberalen Vorzeichen. Autoritär sind solche »Oben-Unten-Bündnisse«, um eine Angela Merkel zugeschriebene Formulierung aufzugreifen, weil sie auf einer marktkonformen Demokratie fußen, die nach der alten Gleichung funktioniert: »Was gut ist für das Kapital, ist auch gut für die Beschäftigten.«

All das ist möglich, weil die Neoliberalisierung nicht nur klare Verlierer, sondern auch aktive Befürworter\*innen und relative Profiteure in der sozialen Mitte fand. Und gerade erfolgreiche Bewährungsproben können, so die Befunde zu rechtspopulistischen Verarbeitungsweisen des gesellschaftlichen Wandels der Arbeitswelt, in der sozialen Mitte die solidarpolitische Geduld aufbrauchen: »Wenn ich es schaffe, warum nicht andere?«; »Wenn ich hohe Leistungen erbringe, warum sollen andere sich in der Hängematte ausruhen können?«

Für die linke Strategiebildung ist das von herausragender Bedeutung. Die Frage muss sein, ob und anhand welcher Widersprüche es möglich ist, dieses selektive Verteilungsbündnis aufzubrechen, um einen anderen sozialen Block zu schaffen. Diese Herausforderung, das deutet auch Nachtwey an, ist umso größer, als der Aufstieg der AfD eine ganz andere Zukunftsoption andeutet: dass sich Teile der verunsicherten Mitte und auch der blockierten Unterklasse in ein politisches Projekt einbinden (lassen), das ihnen eine konformistische Rebellion anbietet – eine Rebellion, die das Versprechen, ihre Erfahrungen sozialen Leidens zu entgelten, mit klarer Abwertung von Schwächeren und Fremden verbindet. Zumindest am rechten Rand der CDU und in der CSU wird hinter vorgehaltener Hand, aber gewollt laut darüber nachgedacht, ob Regierungen mit der AfD möglich wären. Man kann darin durchaus Testballons sehen. Ob eine solche Perspektive in der CDU Mehrheiten findet, mag ungewiss sein. Der Blick nach Österreich zeigt allerdings, wie schnell angenommene Tabus fallen können. Dann wäre – ob mit inneren sozioökonomischen Widersprüchen und politischen Instabilitäten belastet oder nicht – auch ein klar rechtes, selektives Oben-Mitte-Unten-Bündnis eine greifbare Möglichkeit. Die sehr zugespitzte Diagnose einer »Abstiegsgesellschaft« scheint mir, trotz aller Verweise auf Fragmentierungslinien und autoritäre Potenziale, letztlich die materiellen und ideologischen Grundlagen eines solchen Verteilungsbündnisses zu unterschätzen.

#### LITERATUR

Nachtwey, Oliver, 2016: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt a.M.

# MISSION POSSIBLE?

## CHANCEN UND GRENZEN DES ROT-ROT-GRÜNEN REGIERUNGSPROJEKTS IN THÜRINGEN

---

### VOLKER HINCK

Am 5. Dezember 2014 wurde Bodo Ramelow vom Thüringer Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt und damit zum ersten LINKEN an der Spitze einer rot-rot-grünen Landesregierung. Seitdem kreisen viele Hoffnungen um das Thüringer Modell, nicht zuletzt der Wunsch, die Koalition möge veränderte Formen der Repräsentation erproben, gar ein gesellschaftliches Lager der Solidarität vertreten. Nicht immer ist es leicht, Hoffnungen und Realität gut ins Verhältnis zu setzen. Insbesondere an die Rolle der LINKEN innerhalb der Koalition gibt es hohe Erwartungen. Gleichzeitig werden reale Erfolge der Landesregierung nicht unbedingt der LINKEN zugeschrieben, während sie für vermeintliche Misserfolge der Koalition oft zur Verantwortung gezogen wird. Was aber kann die Partei innerhalb dieser Koalition und unter den gegebenen Bedingungen überhaupt leisten? Und wie müsste sich nicht zuletzt das Verhältnis zwischen Bewegungen und Partei ändern, um auch parlamentarische Spielräume erweitern zu können?

## KONSTELLATIONEN

Die Regierungsbildung 2014 war denkbar knapp. Die Wahl Ramelows hing an einer 1-Stimmen-Mehrheit, die im ersten Wahlgang nicht zustande kam. Bei Bündnis 90/ Die Grünen und vor allem in der SPD war die Koalition umstritten. Im Vorfeld hatte es antikommunistisch aufgeladene Proteste konservativer Kreise gegeben, und im Erfolg der AfD bei den Landtagswahlen deutete sich bereits der Aufwind des Rechtspopulismus an. Die Koalition stand also von Anfang an unter Druck, und die LINKE war auf eine gute Zusammenarbeit mit allen Interessengruppen innerhalb der Koalition angewiesen. Dies gelingt bisher auch deshalb, weil sowohl die Identitätskrise der Nicht-mehr-Volkspartei SPD als auch die Ängste der Grünen vor einer Dominanz der LINKEN dadurch eingehegt werden konnten, dass man sich darauf einigte, gemeinsam »auf Augenhöhe« zu regieren.

Der Grundstein für diese erste rot-rot-grüne (r2g) Landesregierung wurde schon in den 1990er Jahren gelegt, als der stellvertretende Landesvorsitzende Dieter Strützel eine Debatte um ein linkes Reformprojekt initiierte und die Thüringer PDS mit zivilgesellschaftlichen Kräften in Austausch trat. Darauf konnte für die Landtagswahlen 2009 aufgebaut werden. Mit einer deutlichen Mehrheit für r2g ging diese parlamentarische Linksverschiebung auch auf außerparlamentarische Aktivitäten zurück. Zahlreiche Gewerkschafter\*innen, Aktivist\*innen aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen und Verbänden in Thüringen diskutierten und engagierten sich für dieses Modell. Es bildete sich so etwas wie ein rot-rot-grüner Block heraus, dessen Kom-

munikationskanäle auch nach dem Amtsantritt der rot-schwarzen Landesregierung teils intakt blieben. Politische Kooperationen gab es seit 2009 quer zur Funktionstrennung in Opposition und Regierung. So etwa in Bündnissen und Landtagsinitiativen gegen Neonazis, im NSU-Untersuchungsausschuss oder mit einem gemeinsam getragenen Volksbegehren für eine bessere Kita-Betreuung. Auch in Vereinen und Verbänden sowie auf der Straße fanden Akteure zusammen, die 2009 an r2g gearbeitet hatten. Deren Mobilisierung gelang 2014 erneut und so konnte die Verschiebung im Vorfeld der Landtagswahlen 2009 bis

**VOLKER HINCK** ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Referent für Politische Bildung in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN in Thüringen. Er war vorher in außerparlamentarischen Initiativen zu den Themen Antifaschismus, Hochschulpolitik und Globalisierungskritik aktiv und hat den Einstieg in die LINKE über das Offene Jugend- und Wahlkreisbüro RedRoXX gefunden.

2014 nachwirken. Selbst der Aufstieg der AfD änderte daran nichts. Dennoch zeichnete sich bereits im Wahlkampf ab, dass die zivilgesellschaftliche Basis von r2g geschwächt war. Vor allem die Gewerkschaften in Thüringen schienen kaum über eine Strategie zu verfügen. Sie unterstützten zwar weiterhin einen Regierungswechsel, hatten aber keine gemeinsame klare Perspektive, was von einer rot-rot-grünen Landesregierung realistisch zu erwarten wäre. Ähnlich stand es um die antirassistische und antifaschistische Bewegung. Der rot-rot-grüne Block an der Basis zeigte 2014 deutliche Erosionserscheinungen.

Der Koalitionsvertrag versuchte dennoch die Erwartungen dieses Spektrums zu erfüllen. Zu den wichtigsten Vorhaben gehören ein Winterabschiebestopp von Flüchtlingen, die Förderung erneuerbarer Energien, ein kostenfreies Kita-Jahr, Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, eine Einschränkung der Kompetenzen des Landesamtes für Verfassungsschutz, der Ausbau der Gemeinschaftsschule, die Stärkung öffentlicher Infrastruktur und der Kommunen auch jenseits der Achse Erfurt-Weimar-Jena, mehr sozialer Wohnungsbau, verbesserte Bedingungen für die Pflege und der Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors. Bereits in den Koalitionsverhandlungen zeigte sich jedoch, dass mit r2g keineswegs ein gemeinsames Projekt verbunden war. B90/Die Grünen versteht sich nicht als linke, sondern als bürgerliche Partei und verweigerte sich folglich dem Attribut »linke Regierung«. Inhaltlich drückte sich dies etwa darin aus, dass sie gemeinsam mit der SPD forcierten, die »Schwarze Null« im Koalitionsvertrag zu verankern. Dennoch konnte zunächst der Eindruck entstehen, hier mache sich eine Linksregierung auf den Weg: Es waren nicht nur der Winterabschiebestopp, sondern auch die schnelle Einstellung von Lehrer\*innen, erste Hilfgelder für Kommunen und der Empfang syrisch-kurdischer Politiker\*innen in der Thüringer Staatskanzlei, mit denen die Landesregierung sowohl auf symbolischer Ebene als auch mit ersten konkreten Maßnahmen glänzte. Vor allem die Präsenz von Ministerpräsident Bodo Ramelow trug in der Öffentlichkeit dazu bei, das Bild einer Linksregierung zu erwecken. Erwartungen gerade auch von Anhänger\*innen der LINKEN

waren entsprechend hoch – und gleichzeitig ohne gesellschaftlichen Druck auf SPD und Grüne schwer zu verwirklichen.

Doch genau diese starke gesellschaftliche Bewegung fehlte. Die mangelnde Strategie des rot-rot-grünen Blocks schlug nach der Regierungsbildung voll durch. Zum Teil gingen Akteure, die unmittelbar in die Koalitionsverhandlungen eingebunden waren, nach deren Abschluss auf Distanz. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurde weder kurzfristig der bürgerlichen bis rechtsextremen Mobilisierung gegen die »rote Gefahr« eines LINKEN Ministerpräsidenten etwas entgegengesetzt, noch die Arbeit der Landesregierung langfristig strategisch begleitet.

Für einige Akteure mag dieser Anspruch schon sehr hoch gehängt sein, aber gerade im Fall der Gewerkschaften machten sich auch Strukturentscheidungen bemerkbar. Die Zentralisierung der DGB-Strukturen in Hessen ließ in Thüringen kaum landespolitische Kompetenz zurück und schwächte die koordinierende Funktion gegenüber den Einzelgewerkschaften. Das strategische Verhältnis zur Landesregierung war unbestimmt. Wichtige Forderungen wurden pauschal an die Koalition adressiert statt zu versuchen, bestimmte Positionen innerhalb der Koalition zu stärken. Dies war beispielsweise bei dem unter r2g erstmals aufgelegten Bildungsurlaubsgesetz der Fall. Erst in letzter Zeit scheint sich ein strategischer Umgang wieder zu entwickeln.

Kompliziert im Verhältnis zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Akteuren sind auch unterschiedliche Einschätzungen zum Status des Koalitionsvertrags. Während dieser bei vielen Anhänger\*innen



von Rot-Rot-Grün als Mindestprogramm begriffen wurde, machten die Koalitionspartner SPD und B90/Die Grünen schnell deutlich, dass sie sich keineswegs strikt an alle dort vereinbarten Punkte gebunden fühlten. Gerade antirassistische Initiativen hofften auf eine über den Vertrag hinausgehende linke Agenda, die etwa mehr als einen Winterabschiebestopp und die vereinbarte humane Flüchtlingspolitik umfassen würde. Hier lässt sich eine Art doppelter Fehleinschätzung beobachten: Während Bewegungen, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften die Kräfte, die gegen eine solidarische Wende in Thüringen stehen, unterschätzen, scheint es, als überschätzten sie die Bedeutung eines Regierungswechsels. Statt jedoch daran mitzuwirken, den entsprechenden zivilgesellschaftlichen Druck aufzubauen, zogen sich viele außerparlamentarische Akteure eher zurück, in der irrigen Annahme, substanzielle Veränderungen würden nun aus der Regierung heraus vollzogen. Für die LINKE besteht die Gefahr, zum Opfer ihrer eigenen Repräsentationsfunktion zu werden. Während sie versuchte, Positionen des solidarischen Lagers zu vertreten, zog sich dieses zurück. Gerade aber der nachlassende Druck von links machte SPD und B90/Die Grünen anfällig für Druck von rechts und die Profilierung für Interessen des vermeintlich eigenen Klientels.

### **AUF AUGENHÖHE GEGENEINANDER**

Angesichts der Tatsache, dass Bodo Ramelow als Figur medial dominiert, war die ohnehin angeschlagene SPD in der Situation, an einer eigenen Profilierung arbeiten zu müssen. Hier lässt sich jedoch keine kohärente Strategie,



Freya Schmidt/flickr 

sondern eher Themensetzungen und Initiativen von Einzelpersonen ausmachen. So versucht etwa Innenminister Poppenhäger sich nach rechts zu profilieren, indem er sich – entgegen der vereinbarten Linie – immer wieder schützend vor Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden stellte. Finanzministerin Taubert wiederum sieht sich von den Wähler\*innen vor allem damit beauftragt zu sparen und torpediert entsprechend größere Fortschritte in anderen Politikfeldern: Arbeitsmarktprogramm, Ausbau der Gemeinschaftsschule, sozialer Wohnungsbau, Mittel für den Öffentlichen Nahverkehr, den Regionalverkehr und vieles mehr fielen daher im Doppel-

haushalt 2016/2017 deutlich geringer aus als vereinbart. Auch im anstehenden Haushalt pocht die SPD bereits auf ihre Sparvorschläge. Diese Politik der »Schwarzen Null« unterminiert weiterreichende soziale Reformen.

Unterstützt wird die SPD dabei von Bündnis 90/Die Grünen, die zwar die »Schwarze Null« im Grundsatz verteidigen, für eigene Projekte jedoch vehement Mittel einfordern und so teils Klientelpolitik auf Kosten eines solidarischen Gesamtprojektes betreiben. Dies betrifft beispielsweise die Freien Schulen. Was von den Grünen als gerechte Ausfinanzierung alternativer und damit progressiver Pädagogik vertreten wird, stellt sich in Wahrheit als die Förderung eines »freien« Sektors dar, in dem konfessionelle und private Träger dominieren. Dieser ist im letzten Jahrzehnt stark gewachsen, nicht zuletzt wegen der teils schlechten Qualität unterfinanzierter öffentlicher Schulen. Statt hier öffentliche Schulen mit angemessenen Budgets auszustatten und für gute Qualität zu sorgen, stärken die Grünen einen »alternativen« Sektor, der zwar von Teilen der Mittelschicht und damit der Wählerklientel der Grünen gefordert wird, aber letztlich in Konkurrenz zu guten öffentlichen Schulen für alle steht. Bei der Umsetzung des kostenfreien Kita-Jahres kündigte sich ein ähnlicher Konflikt an. Hier stellen die Grünen Leistungen zur Qualitätsverbesserung, von denen vor allem die Mehrheit der freien Träger profitieren würde, gegen eine einjährige Beitragsfreiheit, die in erster Linie Eltern und Kindern zugute käme.

Ohne Druck vonseiten der Bewegungen und der Zivilgesellschaft, der imstande gewesen wäre, die gesamte Koalition in Richtung

solidarischer Projekte zu verschieben, blieb es Aufgabe der LINKEN, solche Konflikte auszufechten und die Koalition zusammenzuhalten. Dies steht aber einer eigenständigen Profilbildung der Partei, die gleichzeitig über Transformationsprojekte im Regierungshandeln diskutiert und in diesem Sinne Regierungsarbeit weiterentwickeln will, im Weg. Eigene gesellschaftspolitische Ansprüche und das Koalitionsmanagement geraten in Konflikt.

### **WILLKOMMENSKULTUR IM FLÄCHENLAND**

Die große Zahl in Deutschland ankommender Flüchtlinge fiel im Sommer 2015 mitten in die Implementierung der ersten mittelfristigen Projekte. Entsprechend ging die rot-rot-grüne Landesregierung einen alternativen Weg zum Rest der Republik: staatliche Willkommenskultur an der Seite gesellschaftlicher Initiativen. Ministerpräsident, Minister\*innen und Fraktionsspitze von Grünen und LINKE nahmen gemeinsam mit Unterstützungsinitiativen die ersten Geflüchteten am Bahnhof Saalfeld in Empfang. Nach getaner Arbeit feierten viele in Saalfeld »ihren« Ministerpräsidenten mit »Bodo, Bodo«-Rufen. In der Folge wurde in der Landesregierung alles dafür getan, dass Geflüchtete in Thüringen in ausgebauten Notunterkünften und möglichst dezentral untergebracht wurden. Thüringen konfrontierte den Bund mit Forderungen nach Mitteln für Integration und Ramelow formulierte das Ziel, »aus Geflüchteten Neubürger\*innen machen« zu wollen. Dies alles wurde begleitet durch eine zivilgesellschaftliche Bewegung der Hilfe vor Ort, an der sich auch Kreisverbände von Grünen und LINKE wie die Jugendverbände der drei Koalitionspartner aktiv beteiligten. Hinzu

kamen diverse selbstorganisierte Hilfsfahrten zur Balkanroute oder nach Idomeni in Griechenland, die sich im Einvernehmen mit der Landesregierung fühlen durften. Im Gegensatz zu den Jusos hatte sich die SPD jedoch bereits 2015 von der im Koalitionsvertrag festgelegten humanen Flüchtlingspolitik verabschiedet, indem sie den Winterabschiebestopp nicht erneuerte. Dieser Rechtsschwenk verstärkte sich mit der Zunahme rassistischer Aufmärsche der AfD. Vor allem Oberbürgermeister und Landräte machten Vorstöße in Richtung rassistischer Sonderregelungen: So schlug etwa der Erfurter Oberbürgermeister und gleichzeitig SPD-Landesvorsitzende Bausewein 2015 vor, die Schulpflicht für Geflüchtete aufzuheben, und 2016 plädierten die Kreisvorsitzenden für eine Wohnsitzauflage. Zusammen mit der Nichtverlängerung des Winterabschiebestopps und den Verschärfungen der Asylgesetzgebung auf Bundesebene, die zu einer zunehmenden Zahl an Abschiebungen in Thüringen führten, war ein Konflikt der Koalitionsregierung mit Teilen der antirassistischen Bewegungen unvermeidbar. Antirassistische Gruppen und migrantische Selbstorganisationsnetzwerke brachen den Dialog mit r2g ab. Ihre Hoffnung auf eine Politik der »offenen Grenzen« war am Ende. Dennoch gelang es trotz des Rechtsschwenks der SPD, anhaltender rassistischer Mobilisierung, Brandanschlägen und Hetze in Thüringen eine Willkommenskultur zu verankern, in der Sprach- und Arbeitsmarktförderung wie zivilgesellschaftliches Engagement Priorität genießen. Besonders der von Bodo Ramelow forcierte Diskurs über eine Sozialstaatsgarantie und die soziale Zuwanderungsgesellschaft erfuhr bundesweit Aufmerksamkeit.

## KOMPLEXITÄTSREDUKTION UNMÖGLICH

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat praktisch und symbolpolitisch viel erreicht und wird vielerorts zu Recht als Alternative zum Rechtsruck in der Gesellschaft, einem schwarz-grünen Projekt à la Hessen oder der Politik der Großen Koalition im Bund angesehen. Trotzdem ist r2g weiterhin von einem gemeinsamen politischen Projekt weit entfernt. Dies liegt zum einen daran, dass die ideologischen und Interessenwidersprüche zwischen den sozialen Gruppen, die die drei Parteien repräsentieren, weiterhin sehr groß sind. Zum anderen daran, dass die gesellschaftliche Dynamik derzeit schwach ist.

Dennoch lohnen die Mühen der Ebene: Langsam werden Bedingungen für soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Akteure besser, beeinflusst r2g das Setting so, dass emanzipatorische Kräfte (wieder) zusammenkommen. Hie und da können realpolitische Maßnahmen umgesetzt werden, die soziale Interessen nicht gegeneinander ausspielen, sondern versuchen, ein Gemeinsames zu schaffen. Nach und nach lösen wir unseren Anspruch ein, Verbesserungen für die Thüringer\*innen zu ermöglichen, der Politik der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen und einzelne Transformationsprojekte auf den Weg zu bringen, die das Terrain für weitere bereiten. Am Ende der Legislatur im Jahr 2019 wird die LINKE in Thüringen an einen eigenen Satz gebunden sein: Regierung wie Opposition sind kein Selbstzweck. R2g wird gemeinsam mit einer gesellschaftlichen Linken ausgewertet werden müssen. Die Partei wird dann ihre Konsequenzen ziehen.

# DIE PLATTE GEWINNEN!

## GESPRÄCH ÜBER AKTIVIERENDEN WAHLKAMPF IN BERLIN TREPTOW-KÖPENICK

**KATALIN GENNBURG UND  
MORITZ WARNKE**

**Katalin, du hast in einem Wahlkreis, in dem das niemand erwartet hat, ein Direktmandat für die LINKE gewonnen. Wie hast du das gemacht?**

**KATALIN GENNBURG:** Ja, das hat alle überrascht. Der Wahlkreis galt als ›ungewinnbar‹: Gentrifizierung im Treptower Norden, das Verschwinden der alten Ost-PDS und nicht zuletzt die Enttäuschung über die rot-roten Regierungsjahre in Berlin waren der Hintergrund für ein als sicher geltendes SPD-Mandat. Ein so intensives halbes Jahr Wahlkampf lässt sich im Nachhinein schwer zusammenfassen. Besonders wichtig war, dass wir ein offenes Wahlkampfteam gebildet haben. Wir haben ganz bewusst eine Struktur geschaffen, die neben den bereits existierenden Parteistrukturen auch bisher nicht aktiven Mitgliedern oder Nichtmitgliedern eine Möglichkeit eröffnet hat, sich aktiv einzubringen.

**Wie sah das konkret aus?**

**KATALIN:** In der Planungsphase hatten wir ein paar alte Hasen dabei, aber für die meisten

im Team war das der erste Wahlkampf. Auch dadurch herrschte eine Kultur der Offenheit, Dinge einfach mal auszuprobieren oder anders zu machen. Das hat viel Energie mobilisiert. So ist auch die Idee entstanden, in einem Wohnwagen ein mobiles Büro einzurichten und dort Sprechstunden abzuhalten – etwa vor Supermärkten. Der Wohnwagen machte auch optisch was her und war eine nette Möglichkeit, Gespräche anzufangen. Wir haben viel Zuspruch dafür bekommen, er war sicher ein Highlight der Kampagne.

**Klingt gut, aber mit einem Wohnwagen gewinnt man noch keinen Wahlkampf ...**

**KATALIN:** Das ist richtig. Für mich persönlich war es wichtig, dass ich mich nicht ›verstellen‹ musste. Ich habe für Themen gestritten, die mich seit Jahren beschäftigen. Das merken die Leute. Es ging um eine soziale Stadtentwicklungspolitik von unten, die öffentliche Räume zurückerobert, Kleingärten und Grünflächen verteidigt, den Ausverkauf der Stadt auch in Form von Touristifizierung stoppt und die Stadt für diejenigen lebenswert macht, die in ihr wohnen – und zwar für alle. Der Wahlkreis

trägt diese Fragen in sich: Die Kleingartenanlagen entlang des alten Mauerstreifens wurden als Wohnbaupotenzialflächen eingestuft und hatten nur noch einen Bestandsschutz bis 2020. Der Spreepark Plänterwald wurde vom Land Berlin zurückgekauft und soll jetzt »neu entwickelt« werden. Das wird ein klassisches Gentrifizierungsprojekt mit simulierter Bürgerbeteiligung, Künstlerateliers und einem Park, der nicht frei zugänglich sein soll, um eine gewisse »Wertigkeit« zu erreichen. Die Stadtautobahn A100 frisst sich von Neukölln aus, entlang der Kiefholzstraße, Richtung Treptower Park. Die Mieten steigen rasant und große Teile der ehemaligen Bevölkerung in Alt-Treptow wurden verdrängt. Die Verdrängung durch hochpreisige Neubauprojekte erfasst mittlerweile auch das Kleingewerbe und selbst die Clubs im Norden Treptows bangen um ihre Existenz. Wenn Spekulanten auf Shoppingtour gehen und lukrative Bauflächen suchen, sind wir alle Verlierer\*innen. Der Slogan von den 99 Prozent hat hier eine hohe Plausibilität. Diese Gemengelage bildet den Hintergrund unseres Wahlkampfes unter dem Slogan »Mietenwahnsinn stoppen. Stadtgrün schützen!«.

**MORITZ WARNKE:** Zwei Dinge haben uns geholfen: Wir konnten mit dem Profil der Kandidatin nahtlos an die Landeselectionskampagne »Wem gehört die Stadt?« anschließen. Das war viel wert. Außerdem hatte die SPD beschlossen, eine Woche vor der Wahl ein kommerzielles Mega-Festival mit über 100 000 Menschen im Treptower Park stattfinden zu lassen. In dem relativ unaufgeregten und fast schon langweiligen Wahlkampf auf Landesebene hatten wir damit

**KATALIN GENNBURG** ist Stadtforscherin und seit vielen Jahren in der LINKEN aktiv. Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 gewann sie überraschend im Wahlkreis 1 in Treptow-Köpenick ein Direktmandat.

**MORITZ WARNKE** ist Soziologe und arbeitet für die LINKE im Bundestag. Er war Teil des Wahlkampfteams um Katalin Gennburg und ist Mitglied dieser Redaktion.

ein polarisierendes Ereignis im Wahlkreis und einen handfesten Konflikt. Er musste von uns nur noch aufgegriffen werden.

**Moritz, als Wahlkampfteam habt ihr eine Kampagnenplanung gemacht. Was stand da auf der Agenda? Und was waren eure – auch strategischen – Überlegungen?**

**MORITZ:** Wir wollten in erster Linie ein gutes Ergebnis erzielen. Also haben wir zunächst überlegt, mit was für einer Wählerschaft wir es in dem Wahlkreis zu tun haben und wie wir diese erreichen können. Der Wahlkreis war früher eine sichere Bank für die PDS, allerdings entwickelte sich dann ein fataler Trend: 2001 erreichte die PDS bei den Abgeordnetenhauswahlen 43,6 Prozent, 2006 waren es nur mehr 29,9 und 2011 dann gerade noch 20,9 Prozent. In der gleichen Zeit konnten sich die Grünen von 5,5 auf 16,5 Prozent steigern. Und 2011 erhielten auch die Piraten dort knapp 10 Prozent. Blickt man auf die Geografie, stellt man fest, dass es sich um einen »gemischten« Wahlkreis handelt, das heißt er besteht aus Gebieten innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings. In Alt-Treptow wohnt aufgrund der massiven Gentrifizierung

mittlerweile ein urbanes, eher grün-piratiges Milieu. In Plänterwald, Baumschulenweg und Nord-Niederschöneweide, also außerhalb des S-Bahn-Rings, fängt das auch an, aber insgesamt ist hier ein anderes Milieu zu Hause.

In Plänterwald und Baumschulenweg gibt es viele Plattenbauten, hier wohnen vor allem Menschen, die sozial marginalisiert sind ...

**KATALIN:** ... das kann man so nicht sagen. Ihr Wessis müsst endlich mal verstehen, dass im Osten auch Professor\*innen in diesen Neubausiedlungen gewohnt haben und es bis heute tun. Da wohnt teilweise die alte DDR-Elite.

**MORITZ:** Ok, stimmt. Mittlerweile wohnen dort aber überwiegend Menschen mit niedrigerem Einkommen. Da zählen niedrige Ost-Renten ja auch dazu ...

**KATALIN:** Ja, einverstanden. Aber eigentlich ging es doch vor allem darum, wie wir diese beiden unterschiedlichen Milieus ansprechen. Die Herausforderung war, einerseits ehemalige Piraten- und klassische Grünen-Wähler\*innen (zurück)zugewinnen und gleichzeitig diejenigen, die in den letzten Jahren an den Rand gedrängt wurden, bei der LINKEN zu halten oder für uns zu gewinnen. Und das im Wissen, dass sich NPD und AfD in diesen Gebieten ganz schön ins Zeug gelegt haben. Deren Plakate nahmen außerhalb der ›Grenze‹ des S-Bahn-Rings deutlich zu. Teile der gesellschaftlichen Linken richten sich bequem in ihrer Innenstadt-Welt ein und ignorieren die Strategie der AfD, gezielt die äußeren Stadtgebiete anzusprechen. In dieser Hinsicht fand ich zum Beispiel den Slogan »Willkommen im Genderwahn« der Grünen Kreuzberg zwar einerseits ganz lustig, aber andererseits auch wahnsinnig borniert.

**MORITZ:** Für diese beiden Zielgruppen haben wir uns dann jedenfalls Sozialstrukturdaten und die Ergebnisse bei früheren Wahlen angeschaut – auch für die einzelnen Wahllokale. Danach war klar, dass wir in Alt-Treptow ordentlich Potenzial haben, die Piraten hatten hier in bestimmten Gegenden bis zu 17 Prozent geholt. Deutlich war aber auch, dass die Wahl letztlich in den Gebieten außerhalb des S-Bahn-Rings gewonnen oder verloren werden würde. Wir haben überlegt, wie viele Stimmen wir brauchen, um vor der SPD zu landen. Und es war klar: Jede Stimme, die wir von der SPD bekommen, zählt quasi doppelt, weil sie den Abstand zwischen uns und ihnen in doppelter Weise verkürzt. Deshalb haben wir uns entschieden, einen klaren Gegnerbezug zur SPD zu kommunizieren. Damit sind wir gut gefahren. Die SPD hat 9,9 Prozentpunkte verloren, wir haben 5,3 gewonnen, mit Blick auf die Stimmenanteile haben wir gegenüber der SPD also 13 Prozentpunkte aufgeholt. Geholfen hat sicher, dass die SPD dieses Mega-Festival im Treptower Park unterstützt hat. Das hat viele Leute verärgert, auch weil massive Schäden am Park befürchtet wurden.

**KATALIN:** Naja, es war ja nicht so, dass das Festival einfach so zu einem Problem für die SPD geworden ist. Das war harte Arbeit! Bereits im Februar, als die Pläne bekannt wurden, sind wir durchs Viertel gestiefelt und haben darüber informiert, unseren Widerspruch formuliert. Und ganz wichtig: Wir haben die Leute zum Protest, also zum Handeln aufgefordert. Dann war ich an der Gründung einer Bürgerinitiative gegen das Festival beteiligt. Den Konflikt haben wir also selbst mit angeschoben! Und das übrigens gegen das Votum unserer Partei



auf Bezirksebene. Das hat mich viele Nerven gekostet, aber eben auch für Glaubwürdigkeit bei den Leuten gesorgt. Anfangs konnten viele meiner Freunde nicht nachvollziehen, warum ich mich gegen ein Festival stelle, aber der Widerstand gegen diese Kommerz-Sause war absolut richtig. Man muss wissen, der Treptower Park ist ein Gartendenkmal und wurde als Erholungsstätte für die einfachen Bürger\*innen angelegt. Inmitten des Parks befindet sich das Sowjetische Ehrenmal für die Sowjetsoldaten, die bei der Befreiung Berlins von den Nationalsozialisten ihr Leben ließen. Außerdem wurde er jüngst für 17 Millionen Euro saniert und war noch nicht fertig, als das Festival dort stattfinden sollte. Es ist ein Skandal, dass so ein wichti-

Alle Bilder: © Moritz Warnke

ger öffentlicher Raum temporär privatisiert wird, damit dort Großkonzerne großes Geld verdienen können. Bei diesem Festival ging es nicht um einen »spontanen Rave im Park«, die Tickets für das Wochenende kosteten 139 Euro.

**Noch mal zu den Plattenbausiedlungen – sie gelten häufig als Wohngebiete, in denen viele kein großes Interesse mehr an Politik haben, auch nicht an der Linken. Wie habt ihr die Leute angesprochen?**

**KATALIN:** Um ehrlich zu sein: Am Anfang fiel uns das etwas schwer. Bei den ersten Sitzungen sprudelten die Ideen für das Milieu der urbanen

Mittelschicht, das uns viel näher war. Niemand von uns wohnte in Baumschulenweg oder Niederschöneweide. Im Januar 2016 war auch die Dynamik der AfD so noch nicht abzusehen, sie stand damals in Berlin bei etwa fünf Prozent. Also haben wir das zunächst etwas vernachlässigt. Im Laufe der Zeit ist klar geworden: Wenn wir da keine mobilisierende Ansprache finden, läuft uns die AfD den Rang ab, egal wie viele der ehemaligen Piratenwähler\*innen wir für die LINKE gewinnen. Etwa zwei Wochen vor der Wahl waren noch 40 Prozent der Berliner\*innen unentschieden. Aber die Wahl in Mecklenburg gab der AfD medialen Aufwind. **MORITZ:** Gleichzeitig gab es Anzeichen, dass die SPD ein schlechtes Ergebnis einfahren würde, und wir merkten, dass es tatsächlich eine Chance gab, das Direktmandat zu holen. Diese Konstellation – erstarkende AfD und schwächelnde SPD – hat noch mal Kräfte mobilisiert und wir haben alle möglichen Freunde und Bekannte innerhalb und außerhalb der Partei gefragt, ob sie für einen Wahlkampfeinsatz einspringen. Aber wie machen? Ursprünglich hatten wir überlegt, Haustürwahlkampf zu machen, aber mit unseren Ressourcen hätte das kaum etwas gebracht. Also haben wir uns eine Strategie von Gewerkschaftskampagnen abgeschaut: Um in einem Betrieb wirklich Präsenz zu zeigen, gehen sie mit vielen Leuten, auch von außerhalb, in einen Betrieb und machen richtig Alarm. Das wird »Blitz« genannt, weil man innerhalb kürzester Zeit für Aufmerksamkeit sorgt. Daran haben wir uns orientiert und nach der Wahl in Mecklenburg noch einen neuen, ganz aktuellen Flyer gemacht. Die Kernbotschaften: Eure Wut ist berechtigt; die

Probleme sind groß und waren auch schon da, bevor die Flüchtlinge kamen; die SPD versinkt im Filz und die AfD würde niemals tun, was wirklich nötig wäre, damit die Dinge besser werden: von den Reichen und Superreichen das Geld für unsere Schwimmbäder und eine gute BVG zu holen. Angehängt waren einfache und konkrete Forderungen wie etwa »Keine weiteren Fahrpreiserhöhungen!«. Wir hatten mit diesem »Populismus« gegen Reiche genau die Zielgruppe in den Stadtrandgebieten im Blick und haben die vermeintliche Wahloption AfD offensiv, aber nicht moralisierend angesprochen. Damit sind wir mit etwa 20 Leuten wie ein »Blitz« durch den Wahlkreis: Der Flyer wurde innerhalb von vier Tagen in nahezu jeden Briefkasten gesteckt, parallel standen wir vor den Supermärkten. Und natürlich haben wir beim Verteilen mit den Leuten gesprochen. Das war ressourcenintensiv, aber eben auch wahrnehmbar, eine starke Präsenz. Ich bin überzeugt: Das hat am Ende den Unterschied gemacht. Wir haben die AfD bei 17 Prozent gestoppt. Das ist immer noch viel, aber besser als die 25 Prozent, die sie im Rest von Treptow-Köpenick bekommen hat. Selbst an einzelnen Wahllokalen lässt sich das sehen: In Nord-Niederschöneweide gibt es zwei Wahllokale, von denen wir das eine nicht mehr geschafft haben. Der Unterschied bei den Stimmenanteilen zwischen beiden Gebieten betrug etwa zehn Prozentpunkte.

**Klingt intensiv – was war die wichtigste Erfahrung, die ihr während des Wahlkampfes gemacht habt?**

**MORITZ:** Die Erfahrung beim Flyer verteilen in genau diesen Wohnblöcken, Gespräche im



Hausflur oder auf den Wiesen mit den Wä-scheständern, das war für mich neu. Einerseits schwappt dir eine Menge AfD-Propaganda entgegen. Andererseits, und das ist wichtig, haben die meisten zuerst über ihre eigene Situation gesprochen: Man kommt über die Runden, aber nur gerade so und es wird seit Jahren schlechter. Dann kannst du förmlich zuschauen, wie die AfD-Propaganda zieht: »und für die Flüchtlinge sind 50 Euro am Tag da – das find ich nicht fair!«. Das Buch von Didier Eribon »Rückkehr nach Reims«, in dem er über seine Kindheit in einer Arbeiterstadt in Frankreich schreibt (vgl. *LuXemburg-Online*), war ja der Sommerhit der deutschen Linken. Ich kann allen, die es gelesen haben, nur empfehlen, sich im nächsten Jahr in solchen Gegenden am Bundestagswahlkampf zu beteiligen. Erst kostet es Überwindung, aber es verändert die Perspektive. Es ist heilsam. Auch weil du merkst, wie hölzern die Sprache der Linken häufig ist. Und wie wenig erfahrungsgesättigt Kategorien wie »Arbeiterklasse«, »Prekariat«, »die Beschäftigten« sind. Die Ansprache muss ganz anders laufen. Wir wenden uns an Menschen mit konkreten Hoffnungen und Wünschen, die die LINKE häufig verfehlt.

**Was zieht ihr für Schlüsse? Kann es so etwas wie »organisierenden Wahlkampf« geben? Was müssen wir dafür lernen?**

**MORITZ:** Erster wichtiger Schluss: Du kannst mit einem engagierten Wahlkampf einen Unterschied machen. Zweitens: Man kann die Aktivitäten rund um einen Wahlkampf nutzen, um neue Leute für die Partei zu gewinnen oder Mitglieder einzubinden, die bisher keinen Ort in der Partei gefunden

haben. Wir haben bei jeder Aktion ein konkretes Angebot zum Mitmachen aufgezeigt. Dafür war es hilfreich, die Kampagne rund um einen bestimmten Konflikt zu führen, da gibt es konkret etwas zu tun. Bei uns war es das Festival im Park und die Verhinderung einer starken AfD. Das wirkt mobilisierender als eine abstrakte Kampagne, um allgemein gesellschaftlichen Druck aufzubauen. Ich denke da auch an die Kampagne »Das muss drin sein«, die ihre Berechtigung, aber eben auch bestimmte Schwächen hat.

**KATALIN:** Die Mühlen der Erneuerung in unserer Partei mahlen langsam. Wir wollten beispielsweise die Parteimitglieder unter 40 Jahren in unserem Bezirk abtelefonieren, um sie zu fragen, ob sie im Wahlkampf aktiv werden wollen. Die für uns verblüffende Antwort aus der Partei war, dass mir als Direktkandidatin die Kontakte nicht zugänglich gemacht werden dürften: aus Datenschutzgründen. Aber am Ende steht vor allem die Erfahrung, dass es sich lohnt zu kämpfen und wir unter Bedingungen wie in Berlin oder anderen Ost-Landesverbänden sogar stärkste Partei werden können. Ich würde mich freuen, wenn das »Nachmacher« finden würde. Erneuerung lebt von Menschen, die erneuern wollen. Ich glaube, wir brauchen gerade unter den Jüngeren in unserer Partei eine neue Ernsthaftigkeit und dringend eine Erneuerung unserer Praxen. Die wird es nur geben, wenn Leute, die so was können, sich tatsächlich in diese Partei einbringen und im Wortsinne »Partei werden« – unabhängig davon, ob sie Mitglied sind oder nicht.

*Das Gespräch führte Barbara Fried.*

# WIE ICH FEMINISTISCHE SOZIALISTIN WURDE

---

**HILARY WAINWRIGHT**

Lieber als über sozialistischen Feminismus möchte ich hier über feministischen Sozialismus sprechen. Als Studentin in Oxford war ich 1970 an der ersten Konferenz der Neuen Frauenbewegung im Ruskin College dabei. Meine ganze Welt geriet damals aus den Fugen. Bis zu diesem Punkt war meine Sicht auf die Welt ziemlich hierarchisch gewesen. Für Frauen hieß das, es ging darum, innerhalb des Systems aufzusteigen. Der aufkommende Feminismus brachte all das durcheinander. Er forderte jede Hierarchie grundlegend heraus.

Uns ging es damals weder um »Chancengleichheit« noch um Gleichheit innerhalb des bestehenden Systems. Uns beschäftigte etwas völlig anderes. Wir waren auf der Suche nach radikalen Alternativen und versuchten diese zu entwickeln, indem wir sie in unserem Alltag lebten. Feminismus war etwas sehr Persönliches. Um die Welt zu verändern, begannen wir bei uns selbst. Wir hatten dieses unermessliche Vertrauen in uns selbst und ein Gefühl der Macht, das nicht zuletzt aus den

intimen Formen der Solidarität hervorging, die wir insbesondere in den Selbsterfahrungsgruppen machten. Es war ein Prozess ständiger (Selbst-)Veränderung.

Als Kind war ich ziemlich laut, ausgelassen und wild gewesen, doch bei den Treffen der damaligen Linken, etwa der Revolutionären Sozialistischen Studenten in Oxford, war ich eher leise. Lange verstand ich nicht wirklich, warum. Zum Teil hatte es mit den Typen im Raum zu tun, darunter waren vielleicht sogar ein oder zwei, die mir ganz gut gefielen. Das machte mich irgendwie zu einem stillen, zögerlichen Menschen, und das kam mir seltsam vor.

Der Feminismus und die mit anderen Frauen geteilten Erfahrungen erlaubten es mir, die Gründe dafür zu verstehen – und auch, wie sich die Beziehungen und die Kultur, die diese produzierten, verändern ließen, indem wir uns organisierten. Der Geist von 1968 war noch sehr lebendig. Die damalige Zeit gab mir die politische Zuversicht, weiterzukämpfen und meinen Optimismus zu bewahren. Einen Optimismus, der darauf zurückging, dass ich Teil einer Bewegung war, die für sehr radikale Veränderungen eintrat.

Ich war eher linksliberal erzogen worden, doch durch 1968 hatte ich begonnen, diesen bürgerlichen Humanismus abzulehnen. Mir wurde klar, dass die Liberalen, obwohl sie vorgaben, sich neben individueller Freiheit auch für soziale und ökonomische Gleichheit einzusetzen, diese niemals durchsetzen würden. Denn dazu bedurfte es einer Umverteilungspolitik, die den Kapitalismus herausfordern würde, also Vermögenssteuern

und höhere Steuern auf Unternehmensgewinne und so etwas. Aber genau das wollte das liberale Bürgertum eben nicht.

Ich wurde Sozialistin, wusste jedoch, dass ich sowohl das sowjetische Modell als auch das fabianische von Harold Wilson, damals Premierminister und Vorsitzender von Labour, ablehnte. Ich experimentierte mit der Einsicht, dass ein Ende des Kapitalismus notwendig war, ohne jedoch genau zu wissen, was Sozialismus war. In meinem Denken verschmolzen Feminismus und Sozialismus. Rückblickend war es der Feminismus, der mir die Werkzeuge in die Hand gab, für eine neue

**HILARY WAINWRIGHT** ist sozialistische Feministin und feministische Sozialistin. Sie war zeitlebens und ist bis heute in sozialen Bewegungen aktiv – aktuell in der Kampagne »Momentum« und im Umfeld von Jeremy Corbyn. Seit 2011 befasst sie sich mit dem Verhältnis von Partei und Bewegung in Griechenland und Spanien. Sie ist Herausgeberin von *Red Pepper*, einer Partnerzeitschrift der *LuXemburg*.

Art des Sozialismus zu streiten. Das erste Werkzeug hat mit Macht zu tun, das zweite mit Wissen und das dritte mit dem Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft.

### **ZWISCHEN MACHT UND ERMÄCHTIGUNG**

Was ich über das transformative Wesen der Macht lernte war, dass wir Macht besaßen – und zwar in einem alltäglichen Sinne. Wir waren es, die ständig unsere eigene Unterdrückung reproduzierten, als Sexualpartnerinnen, als Mütter und als Beschäftigte, in allen möglichen Momenten: in unserer Passivität,



©British Library

in den Repräsentationen unserer selbst. Also hatten wir zwei Möglichkeiten: diese Macht entweder weiter zu reproduzieren oder es nicht zu tun. Und von einer solchen Verweigerung ist es nur ein kleiner Schritt zur echten Veränderung.

Es gab also diese Kraft, die in uns selbst steckte, in unserer Fähigkeit, soziale Beziehungen durch unsere eigenen Aktivitäten im Alltag zu verändern. Das half mir, mir darüber klar zu werden, weshalb ich das sogenannte leninistische Verhältnis von staatlicher und Parteimacht ablehnte, ebenso wie das fabianische Verständnis von Macht, wonach der Staat Zugeständnisse machte und Politiken

verabschiedete, anstatt Macht als Ermächtigung aller zu denken.

So begann ich, mich mit Arbeiten zu verschiedenen Formen von Macht zu beschäftigen, von John Holloway über Steven Lukes bis hin zu Roy Bhaskar.

Es gibt Macht als Beherrschung, was praktisch unserem Verständnis von Regierung entspricht: die Macht ergreifen, um dann die Hebel zu nutzen, die für die Ausführung von Politik zur Verfügung stehen. Das wird gemeinhin als »Macht über« verstanden.

Dann gibt es Macht als transformative Kraft: die Macht, Dinge zu ändern, Dinge zu tun – diese wird auch »Macht zu« genannt. Die Frauenbewegung verstand diese Art von Macht als Kopplung von transformativer

Macht und entsprechender Selbstermächtigung – wie ich glaube, auch heute noch ein sehr brauchbares Konzept. Occupy und die *Indignados* haben es genutzt. Sie waren auf den Plätzen und schufen eine andere Art von Gesellschaft, oder zeigten sie zumindest in ihrer täglichen Praxis auf.

Ich wurde auch durch die Betriebsräte- und Gewerkschaftsbewegung in ihrer radikalsten und alternativsten Phase beeinflusst – als sie nicht einfach nur mit Fabrikbesetzungen gegen Entlassungen und Standortschließungen protestierten, sondern sagten: »Wir haben Fertigkeiten, praktische Fertigkeiten, die eine Basis für andere Arten der Produktion bilden können.« Sozial sinnvolle Produkte statt Raketen etwa, oder Produkte, die den Wandel der Industrie zu weniger Kohlenstoffverbrauch unterstützen können.

Diese transformative Kraft der »Massen« anzuerkennen, verändert das Konzept des Sozialismus vollkommen. Ein Konzept, das so oft ausschließlich auf der Idee von »Macht über« beruht – etwa wenn die Produktionsmittel und Ressourcen übernommen werden, um sie dann auf paternalistische Weise zu verteilen. Ohne die Art von Macht anzuerkennen, die die Leute schon haben – die Fähigkeit etwas abzulehnen und zu verändern. Ohne anzuerkennen, dass auch die vorhandenen Machtstrukturen abhängig sind von realen Menschen als wissenden und kreativen Wesen.

### **PRAKTISCHES WISSEN VERGESELLSCHAFTEN**

Das zweite Werkzeug bezieht sich auf Wissen. Was ich von den Selbsterfahrungsgruppen wie auch von den Betriebsräten gelernt habe, war

die Bedeutung unterschiedlicher Formen von Wissen. Die meisten traditionellen sozialistischen Parteien, ob leninistisch oder fabianisch, glauben an intellektuelle Führung.

Wissen wurde traditionell in sehr enger wissenschaftlicher Weise verstanden, wobei Gesetze als die Korrelation von Ursache und Wirkung galten, die kodifiziert, zentralisiert und dann über einen zentralen Apparat als Grundlage einer wissenschaftlichen Form der Planung dienen sollten.

Die Frauenbewegung hingegen begann in ihren Selbsterfahrungsgruppen oft mit Geschichten und Gerede – mit Formen von Wissen also, die nicht anerkannt waren. Ein Wissen, das in Gefühlen und täglicher Erfahrung verborgen liegt, jedoch am Ende zu politischen Prozessen führt: der Bildung von Frauengesundheitspraxen, einer weiten Spanne von Bildungsprojekten, Frauennotrufen, allen Arten von Frauenzentren.

Diese von Frauen entwickelten Politiken resultierten aus ihren Erfahrungen und Problemen, sie gingen also auf ihr praktisches Wissen zurück. In ähnlicher Weise verhielt es sich mit den radikalen Betriebsräten: Sie schrieben keine langen, auf wissenschaftlichen Gesetzen basierenden Papiere, sondern entwarfen alternative Produkte. Sie wussten, ihr Wissen war vielleicht »implizit«, eher praktisch; aber es konnte geteilt und durch neue Praxen explizit gemacht und damit sozialisiert werden.

Einmal las ich (zu meiner Schande sei's gesagt) Hayek und es war ein ziemlicher Schock, denn er schrieb über dieses implizite Wissen (*tacit knowledge*) – also Dinge, die wir wissen, aber kaum ausdrücken können. Hayek

argumentierte, Wissen werde zwar durch die Individuen generiert, könne jedoch nur durch die spontanen Bewegungen des Marktes koordiniert werden. Er verwendete einen Begriff von praktischem Wissen zur Fundierung seiner Theorie des Neoliberalismus.

In den sozialen Bewegungen haben wir hingegen gelernt, dass es weder um eine Entscheidung zwischen wissenschaftlichem und praktischem Wissen geht, noch – und das ist das Wichtigste – dass das Praktische immer individuell ist, wie Hayek es behauptete. Soziale Bewegungen, und insbesondere die Frauenbewegung, haben gezeigt, dass implizites Wissen teilbar ist und vergesellschaftungsfähig – und sie haben solches Wissen generiert. Das war es, was wir damals taten. Soziale Beziehungen und Verhältnisse waren entscheidend.

Welche Beziehungen waren dafür notwendig? Das praktische Wissen musste geteilt, musste vergesellschaftet werden, um zur Grundlage einer neuen Art von Planung werden zu können – von Planung im Sinne von vorausschauendem Handeln, während es gleichzeitig galt, stets aufs Neue zu experimentieren und empfänglich zu bleiben für das noch zu Entdeckende. Macht sowohl als Ermächtigung wie auch als Beherrschung zu verstehen und Wissen als praktisch implizites ebenso wie als wissenschaftlich – das legte die Basis für ein gänzlich anderes Verständnis von Sozialismus.

## **INDIVIDUUM UND GESELLSCHAFT**

Das dritte Werkzeug hat mit dem Verhältnis zwischen dem Individuellen und der Gesellschaft zu tun. In der Frauenbewegung drehte

sich alles um individuelle Selbsterfahrung. Wir waren zuallererst als Individuen aktiv, aufgrund unseres persönlichen Schmerzes, unserer Unterdrückung und unserer Gefühle. Doch wir begriffen schnell, dass wir unser Potenzial als Frauen ohne eine soziale Bewegung, ohne Macht, niemals verwirklichen können, dass es also nötig war, die Strukturen zu verändern, die den jeweiligen unterdrückerischen sozialen Beziehungen zugrunde lagen – und dies auch im Bündnis mit anderen sozialen Bewegungen.

Gegenwärtig entwickeln sich neue Formen der politischen Organisierung, die wirklich spannend sind. Sie entwickeln sich in direkter Aktion und legen Wert auf Horizontalität und Konsens. Doch mitunter wird – vor allem von jungen Männern – so getan, als sei all das völlig neu. Es stimmt, wir gebrauchten damals nicht exakt dieselbe Sprache über Netzwerke, doch waren unsere ersten Frauengruppen selbst Netzwerke, und wir vernetzten sie. Wir erkundeten auf praktische Weise diese netzwerkartigen Formen von Organisierung.

Mir geht es nicht darum zu sagen: »Wir waren die Ersten!« Und doch: Ist es nicht relevant, dass einige dieser Ideen und Neuerungen ihren Ursprung in einer Befreiungsbewegung haben, einer Bewegung, die sich in Emanzipationskämpfen gegen eine besonders intime und sozial verankerte Form von Hierarchie herausgebildet haben?

Wie können wir dafür sorgen, dass deutlich wird, wie wichtig die Bedingungen sind, unter denen Menschen leben, dass es von ihnen abhängt, ob solche Erkenntnisse überhaupt möglich sind, Erkenntnisse, die Menschen nur gewinnen, während sie

kämpfen? Eine weitere Frage ist die, wie wir Macht als transformative Kraft mit Macht als Beherrschung verbinden können. Als Frauenbewegung versuchten wir beispielsweise, öffentliche Gelder für Kindertagesstätten, Notrufe und Frauenzentren zu bekommen. All diese Praxen entstanden aus unserer Macht als transformative Kraft, als Ermächtigung. Doch dies allein reichte nicht. In den Worten eines damals sehr einflussreichen Buches mussten wir gleichzeitig »innerhalb und gegen den Staat« arbeiten.<sup>1</sup> Es ging darum, dessen Umverteilungspotenzial, dessen Formen der sozialen Sicherung und die Räume, die er öffnete, zu verteidigen und auszubauen; zugleich jedoch galt es, die Art und Weise radikal zu verändern, in der öffentliche Mittel verteilt wurden, wer sie verwaltete und mit wessen Hilfe dies geschah.

Im Greater London Council, dem damals klar links profilierten Stadtrat des Großraums London, wo ich Anfang der 1980er Jahre unter der Führung von Ken Livingstone arbeitete, machten wir dies zu einem Kernprinzip. Es war klar, dass der Staat nicht von sich aus für all die genannten Projekte und Einrichtungen sorgen würde; und natürlich übertrugen wir diese Aufgabe erst recht nicht dem Markt, für den das öffentliche Interesse an Care unbedeutend ist und der – jenseits des Profits – auch über keinerlei nicht monetären Instrumente verfügt, um gesellschaftliche Wohlfahrt zu messen. Aber wir übertrugen gesellschaftliche Ressourcen an »transformative Gruppen«, beispielsweise an unterschiedliche Frauengruppen. Wir arbeiteten auch innerhalb und gegen den Markt – mit dem Unternehmensausschuss des Großraums London ebenso wie

in Kooperation mit Genossenschaften. Wenn wir vor diesem Hintergrund nun Parteien wie Podemos und Syriza betrachten, die (wie ambivalent und prekär auch immer) aus sozialen Bewegungen hervorgegangen sind und nun an die Macht wollen oder bereits an die Regierung gekommen sind – was können wir dann mitnehmen aus der Erfahrung des feministischen Sozialismus, der in und gegen den Staat gearbeitet hat?

War dies letztlich eine Sackgasse? Wurden wir einfach unserer Kraft beraubt, geschwächt, inkorporiert? Oder gab es ein Potenzial für eine andere Art von Staat – jenseits der üblichen Unterscheidung von mehr oder weniger Staat –, gab es ein Potenzial, das nicht realisiert wurde, weil der feministische Sozialismus nicht kompromisslos genug war? Oder wurde er einfach durch Margaret Thatcher und den neoliberalen Angriff besiegt und zum Stillstand gebracht? Es würde sich lohnen, an die damaligen Debatten des feministischen Sozialismus anzuknüpfen und diese weiterzuentwickeln.

*Dieser Artikel erschien zuerst auf der Website des Jacobin Magazins.*

*Aus dem Englischen von Corinna Genschel und Corinna Trogisch*

---

1 »In and Against the State« wurde 1979 von einem Autorenkollektiv namens London Edinburgh Weekend Return Group veröffentlicht, einer Arbeitsgruppe der Conference of Socialist Economists. Das Buch analysiert die widersprüchlichen Erfahrungen, die Beschäftigte im Öffentlichen Dienst in den 1970er Jahren machten, die sich explizit als Sozialist\*innen verstanden. Zu den Autor\*innen gehörten Jeanette Mitchell, Donald Mackenzie, John Holloway, Cynthia Cockburn, Kathy Polanshek, Nicola Murray, Neil McInnes and John McDonald.

## TRUMPINESS

»Postfaktisch« ist das Wort des Jahres und ein mythomanischer Protofaschist wurde ins Weiße Haus gewählt. (Fast) die Mehrheit der US-Wähler\*innen unterstützte Donald Trump, obwohl er ständig der Halbwahrheiten und eklatanten Lügen überführt wird. Warum ist das so?

Eine Erklärung ist, dass es sich um eine Reaktion auf die Ungleichheit in den USA, den Legitimitätsverlust des Systems und die Arroganz der Elite handelt. Das trifft sicher zu, ist jedoch bestenfalls eine Teilerklärung. Woher käme sonst der frenetische Jubel bei den Wahlveranstaltungen von Trump? Wäre er lediglich der Kandidat des Anti-Establishments, hätten die Leute auch die Grüne Jill Stein oder den libertären Gary Johnson unterstützen können.

Eine weitere Interpretation wäre, dass Politiker\*innen immer lügen, Leute diesen Lügen auf den Leim gehen und Trumps Lügen die reaktionären Ansichten seiner Unterstützer\*innen bedienen. Das mag auf einen Teil seiner Basis zutreffen, gilt aber sicher nicht für alle Trump-Wähler\*innen. Und es ignoriert eine häufig beschriebene Tatsache: »Viele seiner Unterstützer glauben die wilden Behauptungen von Trump nicht – aber es ist ihnen egal«, wie die *Washington Post* schreibt (Johnson 2016). Sie unterstützen ihn nicht

wegen, sondern trotz seiner Positionen. Ihnen geht es nicht um »Inhalte«, was wiederum erklärt, warum es Trump nicht schadet, wenn er der Lüge überführt wird.

## POST-TRUTH-POLITICS

Es geht um viel mehr als einen lügenden Politiker. Trumps politischer Diskurs ist ein ideales Beispiel dessen, was in Deutschland postfaktische Politik genannt wird. Der englische Begriff *post-truth politics*, also Postwahrheitspolitik, geht aber darüber hinaus – denn Wahrheiten sind mehr als Tatsachen. Während der deutsche Begriff den Eindruck vermittelt, dass hier lediglich bestimmte Fakten infrage gestellt werden, der bürgerlich-aufklärerische Kontext, in dem diese existieren, aber weiter besteht, so verweist der englische Begriff darauf, dass der ganze konzeptionelle Rahmen, in dem Fakten erst Sinn machen, ins Wanken gerät. Trumps politische Statements artikulieren keine klassischen Wahrheitsansprüche mehr. Deshalb können sie auch nicht mit den traditionellen Waffen der Ideologiekritik bekämpft werden. Für eine Konstellation, in der Trump inhaltlich sagen kann, was er will, um im nächsten Atemzug das Gegenteil zu behaupten – und in der ihm dies nicht schadet –, hat der Comedian Stephen Colbert in seiner Satiresendung »Late Show« den Begriff »Trumpiness« geprägt (Colbert 2016).



Dieser neuerliche Strukturwandel der Öffentlichkeit bedarf mehr als einer bloß technischen Erklärung à la ›Filterblasen in sozialen Medien‹. Er ist eminent politisch: Das Establishment hat die politische und mediale Wahrheitsproduktion wissenschaftlich und durch unzählige ›Expertenrunden‹ untermauert, um über Jahrzehnte eine Politik gegen die Interessen der gesellschaftlichen Mehrheiten durchzusetzen. Wahrheiten wurden so für viele gefährlich, wurden zu einer abzulehnenden Ideologie. So konnte der Tory Michael Gove im Brexit-Wahlkampf behaupten: »Die Leute haben genug von Experten!«

Die Unterstützer\*innen Trumps folgen keinem Kandidaten, der sein politisches Programm rational begründet, der an ihre ökonomischen Interessen appelliert. Sie folgen einem, der fühlt, was sie fühlen, die Wut und die Enttäuschung, aber vor allem und vielmehr: das Begehren nach Anerkennung, danach, wieder dazuzugehören, etwas zu sein – über Handlungsmacht zu verfügen. »Make America(ns) feel great again.« Für Colbert ist Donald Trump deshalb der Politiker der Zeit: »ein emotionales Megafon für Wähler voller Wut« (ebd.). Sein Agieren stellt affektive Resonanzen her. Seine Unterstützer\*innen bejubeln nicht den Inhalt seiner Sätze, sondern die Tatsache, dass dort jemand steht, der ihnen ein Gefühl von Stärke und Relevanz gibt, das sie seit Jahrzehnten nicht mehr gespürt haben. Owen Jones erinnert uns daran, dass Wähler\*innen vor allem durch »moralische Identitäten und Werte« motiviert würden, auch wenn dies bedeutet, gegen ihre ökonomischen Interessen zu stimmen. Die Linke, so Jones jüngst im *Guardian*, lebte dagegen oft im Irrglauben, »dass es ausreichen würde, den

**TADZIO MÜLLER** liebt große Gesten. Als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung kämpft er für Energiedemokratie und globale Klimagerechtigkeit. Er ist außerdem Redakteur dieser Zeitschrift.

Leuten die Fakten ins Gesicht zu schreien«, um sie zu überzeugen (Jones 2016).

### TROTZ ALLEDDEM IM LEBENSRAUSCH

Natürlich ist das alles nicht neu. Schon Spinoza argumentierte im »Tractatus politicus«, dass Menschen »mehr von Leidenschaft als Vernunft geleitet sind«. Es stellt aber die Linke vor enorme Herausforderungen. Wir können die rationale Begründung unserer Politik nicht preisgeben und müssen sie doch verbinden mit einer Politik, die es mit dem Gefühl der Ermächtigung aufnehmen kann, welches die Trump-Kampagne und andere Rechtspopulist\*innen offensichtlich produzieren. Die Bernie-Sanders-Kampagne hat die Bedeutung von Emotionen und Leidenschaften erkannt. Entsprechend hieß es nicht »I agree with the Bern«, sondern »I FEEL the Bern«. Eine attraktive linke Politik auf der Höhe der Zeit muss ihre spätaufklärerische Vorsicht und Skepsis gegenüber Körpern und ihren Affekten abschütteln. Sie muss, mit Rosa Luxemburg, trotz alledem im Lebensrausch stehen.

#### LITERATUR

- Colbert, Stephen, 2016: The Word: Trumppiness, The Late Show, 18.7.2016, [www.youtube.com/watch?v=NqOTxl3Bsbw](http://www.youtube.com/watch?v=NqOTxl3Bsbw)
- Johnson, Jenna, 2016: Many Trump supporters don't believe his wildest promises – and they don't care, in: *The Washington Post*, 7.6.2016
- Jones, Owen, 2016: The left needs a new populism fast. It's clear what happens if we fail, in: *The Guardian*, 10.11.2016

# DER NAME DER ZEIT II

JODI DEAN

## DONALD TRUMPS WAHRHEITSPOLITIK DES GELDES

Donald Trump zerreißt den ideologischen Schleier der amerikanischen Politik und gibt den Blick auf eine dahinter liegende Wahrheit frei – eine bizarre Wahrheit des Genießens: Wo andere Kandidaten an eine fiktive Gemeinschaft appellieren oder den Anschein von moralischer Integrität zu erwecken versuchen, zelebriert er die Macht der Ungleichheit. Geld öffnet Türen – warum dies verschweigen? Geld schafft Gelegenheiten – für jene, die es besitzen. Geld erlaubt es, noch die niedrigsten Begierden öffentlich zur Schau zu stellen – zumindest jenen, die viel Geld haben. Es ist nicht nötig, verpönte Triebe zu verheimlichen, wenn es doch niemanden gibt, vor dem man sich schämen müsste – man könnte es das Berlusconi-Prinzip nennen.

Während Trump die Macht des Geldes in der aktuellen amerikanischen Politik offenlegt, ermöglicht, stimuliert und verbreitet er einen bestimmten Genuss (*jouissance*). Trump bedient sich eines offenen Rassismus und Sexismus, einer Verachtung und Überheblichkeit, die – so zumindest verlangt es jede Form von Höflichkeit und politischer Korrektheit – eigentlich zu unterdrücken wären. Sein Handeln zeigt, was ökonomische Ungleichheit wirklich bedeutet: Höflichkeit ist was für die Mittelschicht, ein normativer Rahmen, der

die Wut der Enteigneten und die Verachtung der Enteigner\*innen einhegt. Die 0,1 Prozent haben es nicht nötig, so zu tun, als kümmere sie das.

## STELLVERTRETENDE ERMÄCHTIGUNG

Diese Freiheit von jeder Form von Anstand und das Privileg, seine Überlegenheit ganz offen auszuleben, löst unterschiedliche Reaktionen aus. Alle ermöglichen es jedoch, dieses aktuelle



Trump Tower, Andrew Seaman/flickr ① ⑤

politische Schauspiel in der einen oder anderen Form zu genießen, sich daran aufzueilen. Manche derer, die ausgebeutet und schlecht bezahlt werden, genießen *durch* Trump. Er gibt ihnen nicht nur die Erlaubnis, ihrem Rassismus, Sexismus und Hass freien Lauf zu lassen, sie wännen sich selbst im Besitz seiner Macht und stellen sich vor, jene feuern oder erniedrigen zu können, die ihnen nicht in den Kram passen. Das haben sie in seinen Fernsehsendungen gelernt. Dort haben sie sich auch eine Form des Urteilens und Verurteilens angewöhnt, die nun einfach aus dem Abendprogramm in die Politik umzieht.

### KONFORMISTISCHE REBELLION

Andere finden es gut, wie Trumps Brutalität und Direktheit die Lügengebäude, zu denen die traditionellen Parteien verkommen sind, erschüttert und aus dem Tritt bringt. Er zieht genau die Leute über den Tisch, von denen sie über den Tisch gezogen werden. Je öfter Trump Frauen als »Schlampen«, »Hunde« und »Schweine« beschimpft, desto mehr lieben sie seine Art (und dieses »sie« kann durchaus auch manche Frau einschließen). Je beleidigender sein Rassismus, umso besser kommt er an. Trump hat keine Angst, der er nachgeben würde – er ist nicht einmal verärgert. Sein Verhalten gehört zum Geschäft, es macht Sinn, es ist, wie es ist. Als »echter Amerikaner« lässt Trump den obszönen Impulse ihren Lauf, die zu unterdrücken einfach zu anstrengend ist.

### LIBERALE DISTINKTION

Die bürgerliche Mitte wiederum genießt ihre Empörung. Schließlich bestätigt Trump, wie richtig

**JODI DEAN** lehrt als Politologin und Medientheoretikerin am Hobart and William Smith College in New York. Sie arbeitet zu feministischer Theorie, betreibt einen Blog und beschäftigt sich mit dem neuen kommunikativen Kapitalismus.

sie liegt in ihrer Abscheu vor den Wähler\*innen der Republikanischen Partei – in Wirklichkeit ist ihre Abscheu jedoch die Verachtung der Arbeiterklasse als solche. Indem sie Trump dazu benutzen, ihr eigenes Selbstwertgefühl zu steigern, bilden sie dessen Verachtung auf einer anderen Ebene ab. Er ist nicht nur ein Kandidat, den sie genüsslich hassen können, sondern er erlaubt es ihnen auch, ihren Hass auf all diejenigen auszuweiten, die Trump unterstützen und keine Millionäre sind: Vor allem diese müssen ihrer Meinung nach wirkliche Idioten sein.

In einer Plutokratie regieren die Plutokraten. Die Republikaner mögen Trump deshalb nicht, weil er diesen Umstand nicht hinter Fahne oder Fötus versteckt. Fahne und Fötus spielen für ihn durchaus eine Rolle, in seiner Wahrheits-Politik sind sie aber nebensächlich. Wer Geld besitzt, gewinnt. Wer keines hat, verliert. Gewinner\*innen können machen, was sie wollen, Verlierer\*innen müssen es ertragen. Trump entfesselt Triebkräfte, die der amerikanische Wahlkampf normalerweise in vorgezeichnete Bahnen zu lenken versucht – seine Politik des Genusses.

*Der Text erschien am 15. August 2016 bei In These Times.*

*Aus dem Englischen von Gerhard Wolf*

# »ICH BIN NEW YORK«

## BILANZ DES KOMMUNALEN PERSONALAUSWEISES IN NEW YORK CITY

---

**HENRIK LEBUHN**

»Ich bin New York.« In allen nur erdenklichen Sprachen steht der Satz auf den Postern, die derzeit überall in New York hängen: in Schulen, an Bushaltestellen, in Cafés, Nachbarschaftsläden und Bibliotheken. Die vielen unterschiedlichen Gesichter, die von den Postern lachen, erinnern ein bisschen an die Multikulti-Werbung von Benetton. Ganz unten steht in leuchtendem Orange: »Hol' dir heute noch deinen Stadtausweis!«

Die Einführung der New York City ID, kurz IDNYC, gehört vielleicht zu den größten Erfolgen des neuen Bürgermeisters Bill de Blasio (vgl. Mogilyanskaya 2014). Im November 2013 wurde der linke Demokrat mit einer Mehrheit von 73 Prozent zum Nachfolger des Multimillionärs Michael Bloomberg gewählt. Damit endeten zwei Jahrzehnte konservativer Law-and-Order-Politik. Wie kaum eine andere Reform steht der Stadtausweis für den politischen Kurswechsel unter de Blasio und für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der neuen Regierung und den sozialen Bewegungen.

## STADTBÜRGERSCHAFT IN NEW YORK CITY

Die Idee ist einfach. Wer seine Identität und einen Wohnsitz in der Stadt nachweisen kann, erhält einen offiziellen Ausweis: die IDNYC. Dieser wird nicht nur von Verwaltungen, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen anerkannt, sondern auch von vielen privaten Unternehmen und von der Polizei.

Die besondere Bedeutung der kleinen grünen Karte wird einem erst auf den zweiten Blick klar. Denn anders als in den europäischen Ländern gibt es in den USA kein bundesweit geltendes Ausweisdokument wie den Personalausweis. Viele Bürger\*innen haben auch keinen Reisepass. Der meistbenutzte Ausweis ist stattdessen der amtliche Führerschein. Ergänzend werden oft Kreditkarten und unternehmenseigene IDs benutzt.

Gerade für Migrant\*innen und marginalisierte Gruppen wie Obdachlose, aber auch für viele andere in der Stadt, ist das ein Problem. Ganz zu schweigen von den etwa 500 000 Sans Papiers, die ohne offiziellen Status in New York City leben. Ohne Ausweis wird der Alltag zu einer unberechenbaren Herausforderung. Für den Abschluss eines Mietvertrags, den Schulbesuch der Kinder oder die Mitgliedschaft in der Stadtteilbibliothek braucht man ein Ausweisdokument. Und da man ohne ID kein Bankkonto eröffnen kann, müssen ausgerechnet die Ärmsten der Armen oft horrenden Gebühren für Finanzdienstleistungen wie Western Union zahlen. Von den Risiken, die eine polizeiliche Ausweiskontrolle mit sich bringen kann, einmal ganz abgesehen.

Hier kommt die IDNYC ins Spiel. Nach San Francisco und New Haven hat New York City als dritte Stadt in den USA ein solches

kommunales Ausweisdokument eingeführt. Alle, die einen Wohnsitz in New York haben, können den Ausweis beantragen. Ausgestellt wird er von der Stadtverwaltung. Der ausländerrechtliche Status spielt dabei keine Rolle und wird auf dem Ausweis auch nicht vermerkt. Obdachlose können eine Hilfsorganisation als Adresse angeben. Und wer die ID hat, gilt als Stadtbürger\*in von New York.

## TEILHABE UND ANERKENNUNG IN DER STADT

Lokale Politiken der Bürgerschaft werden in der Stadt- und Migrationsforschung seit den 1990er Jahren unter dem Begriff ›Urban Citizenship‹

**HENRIK LEBUHN** ist Stadtsoziologe und arbeitet an der Humboldt-Universität zu Berlin unter anderem zu Migration, Citizenship, Grenzregimen, partizipativer Stadtpolitik und städtischen sozialen Bewegungen. Zurzeit hält er sich für einen Forschungsaufenthalt in New York auf, wo er sich den Erfolg des kommunalen Ausweises aus der Nähe ansehen konnte. Er ist außerdem Redakteur der Zeitschrift *Prokla*.

diskutiert (vgl. Hess/Lebuhn 2014). Der Ansatz ist vor allem im angloamerikanischen Raum prominent, taucht aber zunehmend auch in der deutschsprachigen Debatte auf und bildet dort oft einen Gegenbegriff zum repressiven Integrationsdispositiv. Die Stadtforscherin Marisol García spricht von städtischen oder regionalen Formen von Bürgerschaft, wenn lokalpolitische Instrumente eingeführt werden, die soziale Teilhabe nicht nur für etablierte Bürger\*innen gewährleisten oder ausdehnen, sondern auch Anwohner\*innen integrieren, die keinen formalen Bürgerstatus haben.

Nicht die Staatsbürgerschaft, sondern der materielle Lebensmittelpunkt gilt als Kriterium für den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen. Alle Menschen, die zusammen an einem bestimmten Ort leben und dort am Alltag partizipieren, sollen auch die gleichen Rechte und Pflichten haben. Dabei können die Politiken der (Stadt-)Bürgerschaft sowohl auf Proteste und Forderungen »von unten« zurückgehen als auch auf innovative Praxen in Politik und Verwaltung – oder auf eine Kombination aus beidem (vgl. García 2006, 754).

Wie weit solche lokalpolitischen Strategien reichen, hängt mit dem jeweiligen politischen System zusammen. In Staaten mit einem ausgeprägten Föderalismus, wie den USA, genießen Länder und Kommunen eine relativ starke Autonomie von der Bundesregierung. Lokalpolitik hat in vielerlei Hinsicht größere Gestaltungsspielräume als in Staaten, in denen die Kommunen bloß als eine Art »verlängerter Arm des Zentralstaates« fungieren. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass Lokalpolitik unbedingt progressiver sein muss als die Politik auf Bundesebene. Gerade in den USA gibt es viele Beispiele für Lokalpolitiken der reaktionärsten Sorte – es hängt immer von den politischen Kräfteverhältnissen vor Ort ab. In New York City wäre der neue Ausweis wohl kaum ohne die tatkräftige Unterstützung von Bürgermeister de Blasio eingeführt worden. Vor allem aber ist er das Ergebnis einer erfolgreichen Kampagne linker Bewegungen. Federführend dabei war eine der größten Nachbarschaftsorganisationen von New York: »Make the Road«. Die Organisation wurde 2007 als Zusammenschluss mehrerer kleinerer Gruppen gegründet und kämpft für die

Rechte von Migrant\*innen. Mittlerweile hat sie fast 20 000 Mitglieder in der ganzen Stadt.

»Wir hatten schon lange über eine ID nachgedacht«, erzählt Natalia Aristizabal. Doch erst mit de Blasio als Bürgermeister und einer Reihe von linken Abgeordneten im City Council schien die Gelegenheit gekommen. Seit zwölf Jahren arbeitet Natalia für »Make the Road«. Zusammen mit ihrer Mutter ist sie aus Kolumbien in die USA eingewandert und kennt den rassistischen Alltag in New York aus eigener Erfahrung. Zunächst holten die Aktivist\*innen sich juristischen Rat. »Dann haben wir angefangen, mit Leuten darüber zu reden. Wir haben überlegt, wie man den Ausweis für alle New Yorker attraktiv macht. Denn wir wollten keine ID nur für Einwanderer. Das wäre dann wie ein Stigma gewesen.«

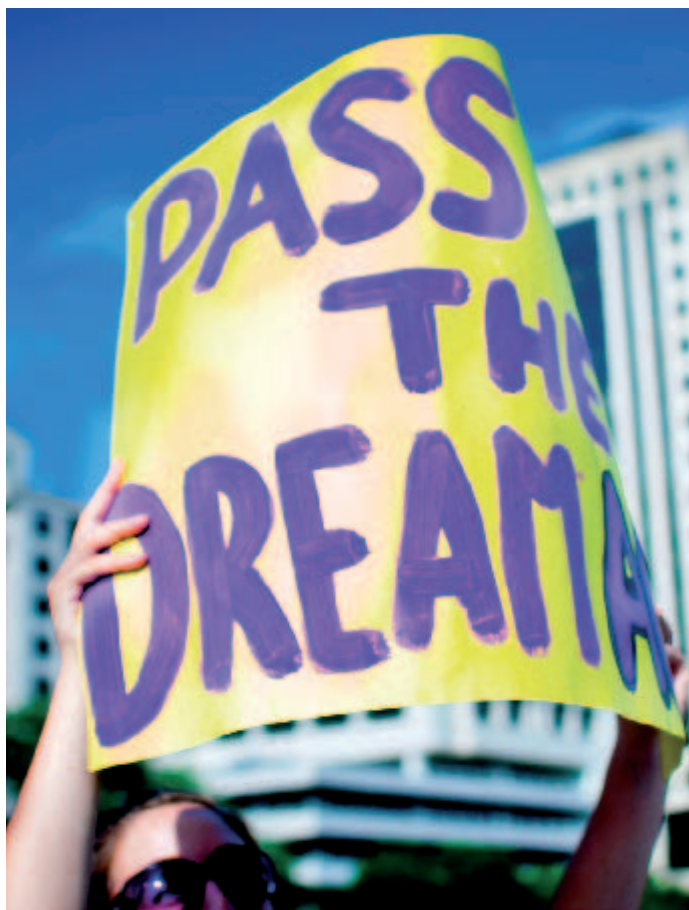
Als »Make the Road« in einem stadtpolitischen Bündnis mit zahlreichen anderen Gruppen die Bezirksabgeordneten und Bürgermeister de Blasio kontaktierte, stand das Konzept. Die ID sollte nicht nur als Ausweis funktionieren. Sie sollte auch vergünstigten Zugang zu Museen und anderen Kulturinstitutionen beinhalten und eine ermäßigte Mitgliedschaft in Sportvereinen ermöglichen. Die Bibliotheken hatten bereits im Vorfeld Interesse bekundet, die ID als Mitgliedsausweis zu akzeptieren. Auch die Polizei sollte unbedingt eingebunden werden. Je mehr Partner, desto besser.

## **DIE KRÄFTEVERHÄLTNISSE VERSCHIEBEN**

Gruppen wie »Make the Road« sind professionelle Nachbarschaftsorganisationen mit Tausenden von Mitgliedern. Im ganzen Stadtgebiet haben sie Büroräume mit festen Öffnungszeiten, bieten Rechtsberatungen an und

organisieren Graswurzelkampagnen. Und sie machen Parteipolitik. Zusammen mit anderen linken Gruppen und einer Reihe von Gewerkschaften, zum Beispiel den Ortsverbänden der Service Employees International Union (SEIU) und der Communications Workers of America (CWA), ist »Make the Road« Mitglied der Working Families Party. Die Partei wurde 1998 in New York gegründet. Heute ist sie in elf Bundesstaaten aktiv. Mit einem ungewöhnlichen Konzept versucht sie, die politischen Kräfteverhältnisse zu verschieben (vgl. Jaffe, Dezember 2015 auf *LuXemburg-Online*).

»Die Working Families Party hat keine eigenen Kandidat\*innen«, erzählt Juan Antigua. Der junge Mann aus der Bronx ist politischer Direktor der Partei in New York City. »Wir unterstützen immer diejenigen Politiker\*innen, die eine progressive Agenda vertreten und für unsere Ziele und Werte eintreten«, erklärt er die Strategie. Im US-amerikanischen Wahlsystem, in dem es oft zu Kopf-an-Kopf-Rennen kommt, kann die Working Families Party ihren Favorit\*innen wichtige Prozentpunkte liefern. Sie mobilisiert unter den Mitgliedern ihrer Partnerinstitutionen und beteiligt sich am Wahlkampf. Umgekehrt wissen die Kandidat\*innen, dass sie für die Unterstützung etwas tun müssen. Die Partei wird für ihren Pragmatismus oft kritisiert, vor allem, weil sie gelegentlich auch Republikaner\*innen unterstützt. Doch in New York City trug sie bei den letzten Wahlen dazu bei, die Mehrheitsverhältnisse deutlich nach links zu verschieben. Fünf Prozent der Wähler\*innen, die für de Blasio stimmten, gingen auf ihr Konto. Auch bei der Wahl der Abgeordneten für den City Council mischte die Partei mit und unterstützte den Progressive



© Edilsa Aflickr

Caucus, eine Art linke Fraktion. «Wir haben eng mit ihnen zusammengearbeitet, damit Projekte wie der neue Stadtausweis entwickelt und umgesetzt werden können«, so Juan Antigua. Die Rechnung ging auf. Im Juni 2014 brachten drei Abgeordnete die Gesetzesvorlage für den neuen Ausweis im City Council ein.

### **900 000 NEW YORKER MACHEN SCHON MIT**

Im Sommer 2016 hat die Stadtregierung die ID erstmalig evaluiert. Die knapp 70-seitige Studie wurde von externen Gutachter\*innen des Forschungs- und Beratungsinstituts Metis Associates angefertigt und steht als Download auf der Website der Migrationsbeauftragten

des Bürgermeisters (vgl. Daley 2016). Neben einer Onlinebefragung und der Auswertung anonymisierter Verwaltungsdaten wurden auch qualitative Einzel- und Gruppeninterviews geführt, unter anderem mit Vertreter\*innen von Nachbarschaftsorganisationen.

Die Ergebnisse sind verblüffend. Im Sommer 2016 nutzten fast 900 000 New Yorker\*innen den Ausweis. Das sind etwa zehn Prozent aller Einwohner\*innen. Dabei gab es die Karte zu diesem Zeitpunkt erst seit eineinhalb Jahren. Über 70 Prozent der befragten Passinhaber\*innen gaben an, sie hätten die ID allein schon deswegen beantragt, um die Idee zu unterstützen. Das einseitige Antragsformular kann man in über 20 *enrollment centers*, die in der ganzen Stadt extra dafür eingerichtet wurden, direkt ausfüllen und abgeben. Viele davon befinden sich in Bibliotheken und Nachbarschaftszentren. Die Identität und der Wohnsitz werden mit unterschiedlichen Dokumenten nachgewiesen, die nach einem Punktesystem bewertet werden. Wer keinen Mietvertrag hat, kann zum Beispiel auch eine Kombination aus Strom-, Wasser- und Telefonrechnungen vorlegen. Das Passfoto wird direkt bei der Antragstellung gemacht. Dass die Daten von der Verwaltung für zwei Jahre gespeichert werden, war eine bittere Pille für die sozialen Bewegungen – auch wenn die Polizei keinen Zugriff darauf hat.

Die Polizei scheint die ID vorbehaltlos zu akzeptieren. Sie hatte viel Wert darauf gelegt, dass der Identitätsnachweis bei der Antragstellung streng gehandhabt wird. Im Gegenzug wurden die Richtlinien für Polizeikontrollen geändert, sodass die ID auch wirklich offiziellen Charakter hat. Das ist vor allem für die

prekäre Gruppe der *Sans Papiers* zentral. Aber auch andere Gruppen schätzen den Ausweis sehr. Besonders beliebt ist er in der LGBTQ-Community. Im Gegensatz zu normalen Ausweisen kann man hier die Genderbezeichnung selbst wählen. Ob man dabei von dem Geschlecht auf der Geburtsurkunde abweicht, entscheidet man bei der Antragstellung selbst. Neben männlich und weiblich gibt es die Möglichkeit, auf eine Genderbezeichnung ganz zu verzichten. Auch unter Studierenden ist die Karte beliebt. Denn sie gewährt ermäßigten oder freien Eintritt zu 40 Kulturinstitutionen wie dem Museum of Modern Art oder dem Museum of Jewish Heritage.

Sicher gibt es noch einiges zu verbessern. So berichten Obdachlose, dass sie weiterhin von der Polizei drangsaliert werden, wenn auf dem Ausweis als c/o-Adresse der Name einer Hilfsorganisation vermerkt ist. Und viele Banken weigern sich, die IDNYC als alleiniges Ausweisdokument für die Eröffnung eines Kontos zu akzeptieren. Auch Kneipen und Clubs akzeptieren die ID noch nicht für den Altersnachweis. Denn dazu muss erst noch die zuständige Behörde auf Ebene des Bundesstaates New York grünes Licht geben.

Nichtsdestotrotz scheint das Projekt ein Erfolg zu sein. Für 25 Prozent aller Befragten ist die IDNYC das einzig offizielle Ausweisdokument. Für diese Gruppe hat der Ausweis einen Nutzen, der kaum zu unterschätzen ist. Das wiederum übersetzt sich auch auf die symbolische Ebene. So erklärten 77 Prozent der Migrant\*innen, die für die Studie befragt wurden, dass sich mit dem neuen Ausweis auch ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt verändert habe: Sie seien nun »echte New



Yorker\*innen«! Dass soziale Bewegungen bei der Einführung der IDNYC eine wichtige Rolle gespielt haben, ist der Stadtregierung bewusst. Die Migrationsbeauftragte des Bürgermeisters, Nisha Agarwal, schätzt die Expertise der lokal verankerten Nachbarschaftsorganisationen. Denn die Gruppen haben einen direkten Kontakt zu ihren jeweiligen Communities. »Die Nachbarschaftsorganisationen sind für uns wichtige Partner bei der Umsetzung der IDNYC«, so Nisha Agarwal. »Sie werben unter ihren Mitgliedern für den neuen Ausweis. Viele haben Stellen eingerichtet, wo man den Ausweis beantragen kann. Außerdem beraten sie uns, wie wir das Partnerprogramm weiter ausbauen können, um den Ausweis für alle New Yorker attraktiv zu gestalten.«

### **ODER DOCH NUR EIN KLEINER SCHRITT?**

Trotz aller Erfolge ist der Stadtausweis nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Zum einen gilt er nur in New York City. Zum anderen kann er an der enormen sozialen Polarisierung in der Stadt wenig ändern. Einen Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen erhält man mit dem Ausweis allein nicht. Dazu müssen auch andere Dokumente wie zum Beispiel die Sozialversicherungskarte vorgelegt werden. Das ist aber gerade den Sans Papiers kaum möglich. Und wenn es um »echte Umverteilungspolitik« geht, zum Beispiel im Wohnungsbau und in der Bildungspolitik, trifft die neue Stadtregierung schnell auf mächtige Gegner\*innen. Diese sitzen nicht nur in der Wall Street, sondern auch an den politischen Hebeln im Bundesstaat New York. Mit Andrew Cuomo regiert dort zwar ebenfalls ein Demokrat. Doch steht dieser lange nicht so weit links wie de

Blasio. Und in vielen Fragen kann auch der mächtige Bürgermeister von New York nichts ohne die Zustimmung auf Ebene des Bundesstaates unternehmen. Noch düsterer sieht es in Washington aus. Eine umfassende Reform der Migrationspolitik ist nur auf Bundesebene machbar. Dort war schon Barack Obama an dem Versuch einer Legalisierung der fast zwölf Millionen Sans Papiers gescheitert. Mit dem Wahlsieg von Donald Trump sind hier dramatische Verschlechterungen zu erwarten.

In absehbarer Zukunft dürfte der Kurswechsel in New York also auf die lokale Ebene beschränkt bleiben. Dennoch: Die Einführung der IDNYC ist gerade für die am stärksten Marginalisierten in der Stadt von großer Bedeutung. Für die sozialen Bewegungen ist sie ein wichtiger Erfolg. Darüber hinaus hat der Ausweis auch eine Vorbildfunktion für andere Städte in den USA. Nach New York City führte im Sommer 2016 die Stadt Phoenix eine kommunale ID ein – und stellte sich damit quer zur konservativen Politik auf Ebene des Bundesstaates Arizona. Wer weiß: Vielleicht wird aus vielen kleinen Schritten ja irgendwann ein großer.

*Dieser Artikel erschien in einer kürzeren Fassung zuerst in der Wochenzeit*

### **LITERATUR**

- Daley, Tamara C. et al., 2016: IDNYC: A Tool of Empowerment. A Mixed-Methods Evaluation of the New York Municipal ID Program, New York City, [www1.nyc.gov/site/idnyc/about/idnyc-program-evaluation.page](http://www1.nyc.gov/site/idnyc/about/idnyc-program-evaluation.page)
- García, Marisol, 2006: Citizenship Practices and Urban Governance in European Cities, in: *Urban Studies* 4/2006, 745–765
- Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik, 2014: Politiken der Bürgerschaft. Migration, Stadt, Citizenship, in: *sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 3/2014, 11–34
- Mogilyanskaya, Alina, 2014: Ausweis her! New York City führt ein kommunales Personaldokument ein, in: *Luxemburg* 3/2014, 142–145

## ROSA LUXEMBURG STIFTUNG AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Stephan Kaufmann, Eva Roth  
**GERECHTE ARMUT?**  
Mythen und Fakten zur Ungleichheit  
in Deutschland

«luxemburg argumente» Nr. 11  
48 Seiten, Oktober 2016

Download unter:  
[www.rosalux.de/publication/42683](http://www.rosalux.de/publication/42683)

Stefanie Majer  
**«PASS AUF, DER  
WILL DEINEN KEKS!»**  
Mythen und Fakten zur  
neuen sozialen Unsicherheit  
«luxemburg argumente» Nr. 12  
56 Seiten, Oktober 2016

Download unter:  
[www.rosalux.de/publication/42726](http://www.rosalux.de/publication/42726)



Christian Russau  
**ABSTAUBEN  
IN BRASILIEN**  
Deutsche Konzerne  
im Zwielicht

Eine Veröffentlichung  
der Rosa-Luxemburg-  
Stiftung in Kooperation  
mit medico international  
240 Seiten, 16,80 Euro  
VSA:Verlag  
Oktober 2016  
ISBN 978-3-89965-721-0



Sabine Reiner unter Mitarbeit  
von Ingo Schäfer und Michael Popp  
**«ALTE KASSIEREN!  
JUNGE ZAHLEN NUR DRAUF!»**  
Mythen und Fakten zur Rentenpolitik

«luxemburg argumente» Nr. 7; 2., aktualisierte  
Auflage, 36 Seiten, Oktober 2016

Download unter:  
[www.rosalux.de/publication/40003](http://www.rosalux.de/publication/40003)

2.,  
aktualisierte  
Auflage  
2016

Krzysztof Pilawski, Holger Politt  
**POLENS ROLLE RÜCKWÄRTS**  
Der Aufstieg der Nationalkonservativen  
und die Perspektiven der Linken

176 Seiten, 14,80 Euro, VSA:Verlag  
Oktober 2016, ISBN 978-3-89965-702-9



BESTELLUNG ALLER PUBLIKATIONEN UNTER  
**TELEFON 030 44310-123 ODER BESTELLUNG@ROSALUX.DE**

# Revolution Realität Reportage

Einen Monat  
»nd« digital UND  
viermal gedruckt  
zum Wochenende:

10,-\*



Unser **gedrucktes Ding zum Wochenende** ist ein Lesevergnügen, wie es in Zeiten von Twitter, Whats App & Co rar geworden ist. Randvoll mit packenden Reportagen, kritischem Wirtschaftsteil, krass viel Kultur. Und zusammen mit dem **werktags-lieber-Online-Abo** der zeitgemäße Weg, auf dem Laufenden zu sein! Jetzt bestellen unter: [www.neues-deutschland.de/kombi](http://www.neues-deutschland.de/kombi) oder Tel. (030) 2978 1800

\*Das Aktionsabo endet nach einem Monat und verlängert sich nicht ohne Ihre Zustimmung.

neues deutschland

► SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

# VSA: Rüstzeug für Repräsentationskrisen



»Ein Grundlagentext« (Blätter für deutsche und internationale Politik);  
 »Ein großer Wurf« (junge welt); »Hervorragender Beitrag zur Kapitalismus-analyse« (ak); »Ein marxistisches Handbuch« (nd)

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de) • [www.facebook.com/VSA.Verlag](https://www.facebook.com/VSA.Verlag) • [twitter.com/VSA\\_Verlag](https://twitter.com/VSA_Verlag) • VSA: Verlag Hamburg

»Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«



**Sozialismus**  
 monatlich im Abo  
 täglich auf  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

**14. Januar 2017 | Mercure-Hotel MOA**  
 Stephanstr. 41, 10559 Berlin

**Ticketbestellungen ab 15.11.2016 auf**  
[www.rosa-luxemburg-konferenz.de](http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de)

**XXII. Internationale  
 Rosa Luxemburg  
 Konferenz**

**»Gegen rechts ist nicht genug –  
 sozialistische Alternativen  
 erkämpfen«**





*Meinhard Creydt*  
**46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft**

2016 - 245 Seiten - 21,90 €  
 ISBN: 978-3-89691-851-2

Realitätstüchtige Konzepte für eine grundlegende gesellschaftliche Alternative unterscheiden sich um's Ganze von unterkomplexen „Patentrezepten“ und totalitären Abwegen. Daraus ergeben sich – auch für Linke – unbequeme Fragen. In der Auseinandersetzung mit ihnen analysiert dieser Band, wie die Strukturen, Institutionen und Lebensweisen der nachkapitalistischen Gesellschaft aussehen können.



*Meinhard Creydt*  
**Wie der Kapitalismus unnötig werden kann**

2. korr. Aufl.  
 2016 - 419 Seiten - 29,90 €  
 ISBN: 978-3-89691-970-0

Radikale Kapitalismuskritik braucht Konzepte einer Systemalternative. Was sind die Strukturen der nachkapitalistischen Gesellschaft? Worin bestehen ihre Probleme? Wie vermag sie diese zu bearbeiten? Welche sozialen Mentalitäten und Kräfte überwinden den Kapitalismus?

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

# DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

## 319 Zur Kritik westlicher Islamdiskurse Kehrt der Faschismus wieder?

### Aktuelle Analysen

W.F.HAUG: Disruption. Trumps Präsidentschaft als emblematisches Produkt der herrschenden Schlafwandler  
 E.TRAVERSO: Gespenster des Faschismus im Zeichen der Islamophobie

### Zur Kritik westlicher Islamdiskurse

I.ATTIA & M.POPAL: Antimuslimischer Rassismus dekolonial  
 K.N.HA: Kolonialität und struktureller Rassismus

E.GUTIÉRREZ RODRÍGUEZ: Die Krise anders denken

I.MUSTAFA: Die Konstruktion des „muslimischen Terrorismus“

M.SCHMITZ: Zur Psycho(patho)logie der Flüchtlingsdebatte  
 \*\*\*

F.AFFOLDERBACH: Widersprüche von Volkssouveränität

J.KASTNER: Ästhetischer Widerstand und soziale Bewegungen

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de  
 Tel: 030-611-3983

Einzelheft 13€ (im Abo 10€, zzgl. Versand)  
[www.inkrit.org/argument](http://www.inkrit.org/argument)

Redaktion DAS ARGUMENT · I. Schwerdtner  
 Kontakt: argument@inkrit.org

**Quer  
 stellen  
 statt  
 quer  
 lesen**

**4 Ausgaben  
 für 10 Euro!**

Bestellungen:  
[www.akweb.de](http://www.akweb.de)

**ak**

**analyse & kritik**  
 Zeitung für linke  
 Debatte und Praxis



## IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis  
ISSN 1869-0424

*Herausgeber:* Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
*V.i.S.d.P.:* Barbara Fried, [fried@rosalux.de](mailto:fried@rosalux.de), Tel: +49 (0)30 443 10-404  
*Redaktion:* Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried,  
Corinna Genschel, Christina Kaindl und Rainer Rilling  
*Heftredaktion:* Harry Adler, Michael Brie, Hanno Bruchmann, Ferdinand Muggenthaler,  
Stefanie Kron, Uwe Michel, Tazio Müller, Miriam Pieschke, Katharina Pühl, Thomas  
Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty, Moritz Warnke und Florian Wilde

*Kontakt zur Redaktion:* [luxemburg@rosalux.de](mailto:luxemburg@rosalux.de)  
*Redaktionsbüro:* Harry Adler, [adler@rosalux.de](mailto:adler@rosalux.de)  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 443 10-157  
Fax: +49 (0)30 443 10-184  
[www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)  
Join us on Facebook: <http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg>  
Twitter: [http://twitter.com/luxemburg\\_mag](http://twitter.com/luxemburg_mag)

*Abonnement:* Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.  
Bestellen unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement)  
*Förderabonnement:* Jede Spende ist willkommen.

*Copyright:* Alle Inhalte, sofern nicht anders ausgewiesen, laufen unter  
den Bedingungen der Creative Commons License: 

*Lektorat:* TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur;  
[www.text-arbeit.net](http://www.text-arbeit.net)

*Titelbild:* © Richard S. Warner

*Grafik und Satz:* Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und  
Kommunikationsdesign, [www.matthies-schnegg.com](http://www.matthies-schnegg.com)

*Druck:* DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,  
Druck auf PEFC zertifiziertem und säurefreiem Papier



## 2/2016 KLASSE VERBINDEN – IN KOOPERATION MIT DER ZEITSCHRIFT JACOBIN

Antworten auf die Krise des autoritären Neoliberalismus kommen derzeit von rechts. Politik ist das Geschäft wortgewandter Expert\*innen und Demokratie oft ein den Interessen der Vielen entzogenes Management des Status Quo. Wo liegen hier linke Handlungsmöglichkeiten? Soziale Kämpfe haben sich auf die kommunale Ebene verlagert, ringen um eine Basis der Organisation im Alltag der Einzelnen, eine Verankerung in Nachbarschaften. Sie stellen korrupten Eliten veränderte Praxen entgegen – ein ›Regieren von unten‹. Die Kommune soll als Ort der Politik zurückgewonnen werden. Es gilt populäre Praxen zu verbreitern und in unterschiedlichen Milieus der Subalternen zu verankern. Wie lassen sich die disparaten Teile der KLASSE VERBINDEN?

**BEITRÄGE** Mimmo Porcaro | Hilary Wainwright | Bernd Rießinger | Catarina Principe | Felix Wiegand | Hannah Schurian | Christos Giovanopoulos | Miriam Pieschke | Veronika Duma | Raul Zelik | u.a.

August 2016, 144 Seiten



## 1/2016 HART AN DER GRENZE

Der ›Sommer der Migration‹ ist einem Winter rassistischer Übergriffe gewichen und dieser einem Frühjahr, das uns zwischen humanitärer Katastrophe und Wahlerfolgen der AfD erstarren lässt. Eine Bearbeitung der Fluchtursachen wird nicht versucht. Stattdessen Regieren mit und im Ausnahmezustand. Das Gegenstück zur autoritären EU-Elite ist der grassierende Rechtspopulismus. Doch offenbart die massenhafte Solidarität mit den Geflüchteten auch beeindruckende Formen der Selbstermächtigung und vorsichtigen Demokratisierung von unten. Wie können daraus Ansätze für weiterreichende Organisation im Alltag entstehen? Projekte, mit denen die Linke Glaubwürdigkeit erlangen und den Rechten den sozialen Boden ihres Erfolgs abgraben kann?

**BEITRÄGE** Giorgio Agamben | Peter Birke | Barbara Fried | Fabian Georgi | David Harvey | Horst Kahrs | Bernd Kasperek | Maria Oshana | Marei Pelzer | Bodo Ramelow | u.a.

April 2016, 144 Seiten



## 3/2015 SMARTE NEUE WELT

Die Roboter kommen, die Arbeit geht? Mit Schlagworten wie »Industrie 4.0« oder »Zweites Maschinenzeitalter« werden Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise verhandelt. Nicht immer sind die strukturellen Veränderungen hinter der Ideologiefabrikation auszumachen. Digitale Revolution betrifft jedoch nicht nur Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Soziale Medien verändern Kommunikationsweisen, Lifelogging-Apps optimieren neoliberale Selbsttechnologien und mit Hilfe vernetzter Daten werden Mobilitätskonzepte wie Gesundheitsversorgung umgebaut, von den ökologischen Konsequenzen dieser SMART NEW WORLD ganz zu schweigen. Doch wer verfügt über all die Daten, Algorithmen und Infrastrukturen? Und wem gehört die frei werdende Zeit?

**BEITRÄGE** Evgeny Morozov | Ralf Krämer | Tanja Carstensen | Christoph Spehr | Bernd Rießinger | Halina Wawzyniak | Frank Pasquale | Dagmar Fink | Moritz Altenried | Antonio Negri | u.a.

Dezember 2015, 144 Seiten

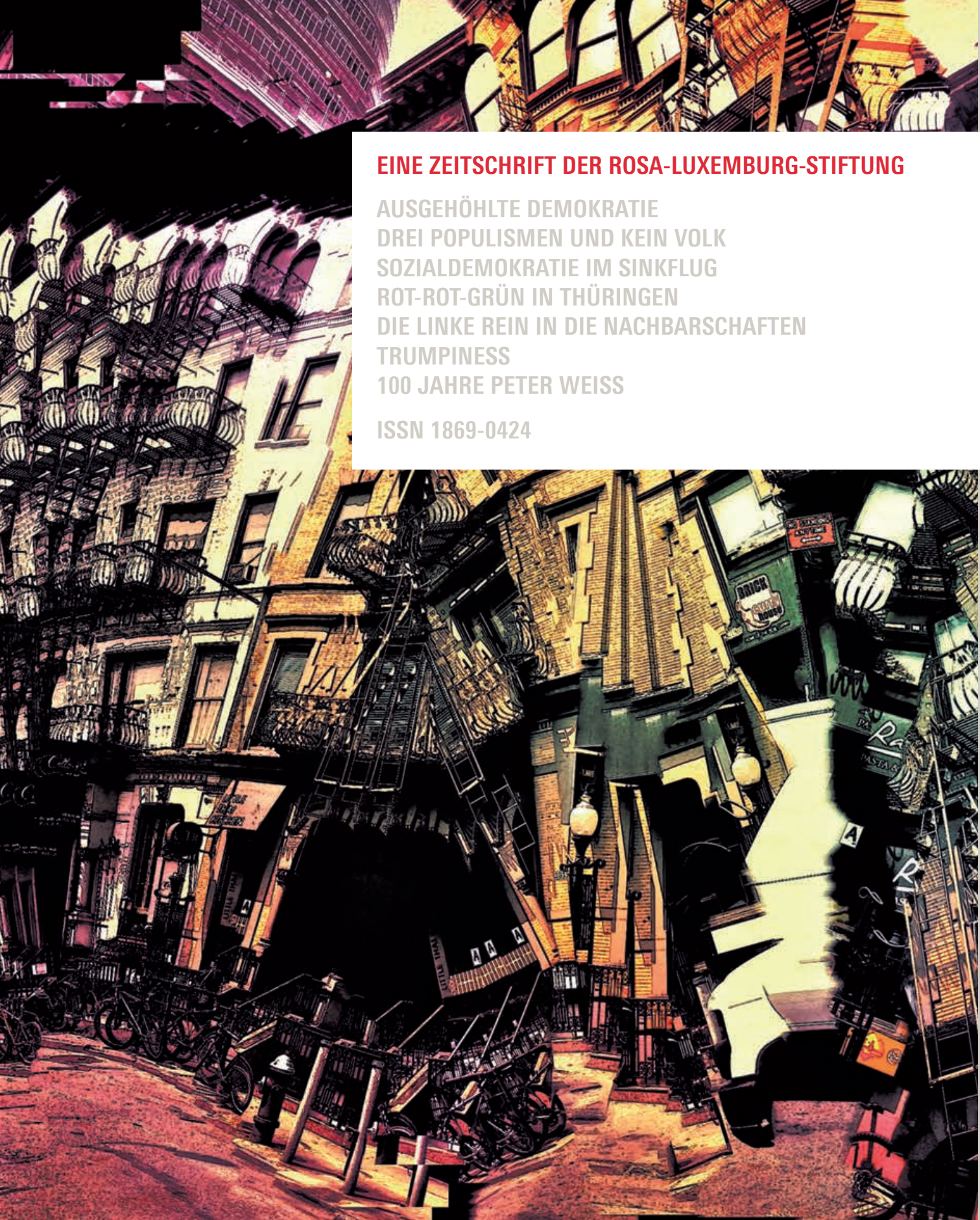


## 2/2015 DAS BISSCHEN BILDUNG

Wenn politische Alternativen schwach und Handlungsoptionen rar sind, bleibt oft der Ruf nach ›Bildung‹ – auch in der Linken. So sehr Aufklärung linker Glutkern ist, so verquer ist die Hoffnung, verbesserte Welt- und Selbsterkenntnis allein könnte eine Änderung der Verhältnisse voranbringen. Im Angesicht der eigenen Ohnmacht wird außerdem oft kritische Bildungsarbeit auf Methoden, Moderation und die Vermittlung von *skills* verengt. Austerität, Vermarktlichung und die Entsicherung von Arbeit verändern unterdessen die Bedingungen von Bildung massiv: Die Räume werden enger, die Zeit wird knapper. Dabei ist die Notwendigkeit von Kritik und Alternativen größer denn je. Was also tun mit dem BISSCHEN BILDUNG?

**BEITRÄGE** Julika Bürgin | Uwe Hirschfeld | María Do Mar Castro Varela | Alberto Garzón | Axel Rüdiger | Katrin Reimer-Gordinskaya | Laurence Cox | David Salomon | u.a.

August 2015, 120 Seiten



## EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

AUSGEHÖLTE DEMOKRATIE  
DREI POPULISMEN UND KEIN VOLK  
SOZIALDEMOKRATIE IM SINKFLUG  
ROT-ROT-GRÜN IN THÜRINGEN  
DIE LINKE REIN IN DIE NACHBARSCHAFTEN  
TRUMPINESS  
100 JAHRE PETER WEISS

ISSN 1869-0424